ein vierzigiahriges tablean.

Digitized by Google

Ger2205.8.20

Harvard College
Library

FROM THE FUND BEQUEATHED BY
Archibald Cary Coolidge
Class of 1887
PROFESSOR OF HISTORY
1908–1928
DIRECTOR OF THE UNIVERSITY LIBRARY
1910–1928

Digitized by Google

Digitized by Google

Ein vierzigjähriges Tableau.

Die

Rede des Fürsten Bismarck

vom 6. Februar 1888.

Historisch erläutert

von

Dr. H. Robolsky.

Berlin.
Hugo Steinitz Verlag.
1888.

Digitized by Google

Ger 2205.8.20

HARVARD COLLEGE LIBRARY
FROM THE
ARCHIBALD CARY COOLIDGE
FUND
NOV 3, 1930

Digitized by Google

Am 3. Februar dieses Jahres veröffentlichten der deutsche Reichsanzeiger und die Wiener Abendpost das deutsch-österreichische Bündnis vom 7. October 1879. War die erste spannende Frage auf den Zweck und die Wirkung der Veröffentlichung gerichtet, so nahm auch der neu enthüllte Inhalt der Vertragsurkunde die Aufmerksamkeit der politischen Kreise in Anspruch. Zwar konnte über die defensiven Intentionen des Bündnisses längst kein Zweifel bestehen, aber es fehlte uns noch die genauere Kenntnis der Abmachungen. In den Mitteilungen, die uns darüber in den neun Jahren des Bestehens des Vertrages in den öffentlichen Blättern von officiöser Seite gemacht waren, herrschte keine Uebereinstimmung und in den Andeutungen der Staatsmänner in Berlin, Wien und Pest keine irgendwie erschöpfende Wiedergabe des authentischen Textes. Die jetzige Veröffentlichung des Bündnisses hat uns durch Details überrascht, die den bisherigen Konjekturen und Lesarten fast in allem widersprachen. Um die Jahreswende von 1882—1883 hatte es eine Flut von officiösen Enthüllungen über den Inhalt des Vertrages gegeben. Im December 1882 brachte eine Berliner Correspondenz Folgendes: „Das wichtige Ereignis der letzten Jahre, welches seit seinem Eintreten die ganze politische Lage Europas beherrscht hat, ist das 1879 zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn abgeschlossene Bündnis. Wir haben stets behauptet, daß es sich dabei nicht um ein bloßes Protokoll handelt, welches von den Mi-

Digitized by Google

nistern, Bismarck auf der einen Seite, Haymerle und Andrassy auf der anderen, unterzeichnet sei, sondern, daß das Bündnis in aller Form abgeschlossen sei und die Unterschrift der Kaiser Wilhelm und Franz Joseph erlangt habe. Und zwar wurde uns der 15. October 1879 als der Tag angegeben, an welchem dieses Bündnis vollzogen wurde. Neuerdings ist der förmliche Abschluß eines Bündnisses durch Mitteilungen, die für officiös gelten, bestätigt worden, und da weder in Wien noch in Berlin die Thatsache in Abrede gestellt wurde, dürfen wir sie als beglaubigt ansehen. Wir sind heute in der Lage, eine verbürgte Mitteilung zu machen, wodurch es bestätigt wird, daß es sich um ein in aller Form abgeschlossenes Bündnis handelt. Wir erfahren nämlich, daß das Bündnis zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn auf eine bestimmte Frist, nämlich auf fünf Jahre, abgeschlossen ist Es dauert also bis zum 15. October 1884; aber es hat sich bisher so bewährt und verspricht auch künftig eine so große Friedensbürgschaft für beide Reiche zu bleiben, daß man wohl auf dessen Verlängerung rechnen kann. Es ist ein Verteidigungsbündnis, als dessen wesentlicher Inhalt angegeben wird, daß, wenn eines der beiden Reiche von zwei Seiten zugleich angegriffen würde, das andere Reich zur Hülfeleistung verpflichtet sei. Das ist gewiß der mächtigste Damm, welcher allen möglichen französisch-russischen Zettelungen gegenüber aufgeworfen werden kann. Ein solches Bündnis zwischen Ost und West hat um so weniger Aussicht, wenn das Gegenbündnis im Voraus gesichert ist. Uebrigens wird durch das Bündnis keineswegs ausgeschlossen, daß ein Staat dem anderen Hülfe leiste, wenn er auch nur von einer Seite angegriffen werden sollte."

Zu derselben Zeit ließ sich der offiziöse „Pester Lloyd" in einem Artikel über die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich dahin vernehmen: „Greift Frankreich allein Deutschland an, so werden in solchem Falle die Parlamente in Wien und Pest Oesterreich-Ungarns Neutralität bewahren, wie auch ein geschriebener Vortrag lauten mag." Der „Pester Nemzet", ein ebenfalls regelmäßig durch die ungarische Regierung gut unterrichtetes Blatt, brachte im August 1883 an auffallender Stelle, angeblich auf Grund verläßlichster Information, die Mitteilung, das zwischen Deutschland und der österreichisch-ungarischen Monarchie bestehende Bündnis sei bereits Ende des Vor-

Digitized by Google

jahres auf weitere sechs Jahre verlängert worden. Der „Pester Lloyd" wies gleichzeitig darauf hin, daß das im Jahre 1879 auf fünf Jahre abgeschlossene Bündnis über das Jahr 1884 hinaus seine formelle und moralische Kraft ungeschwächt bewahren werde und daß es specieller Verhandlungen zu diesem Zwecke nicht erst bedürfe, weil die Frage der Verlängerung des Bündnisses längst durch die österreichisch-ungarische und die deutsche auswärtige Regierung gelöst sei. Die Mitteilung des „Nemzet", daß die Erneuerung des Bündnisses zur Jahreswende stattgefunden hätte, brachte man in Verbindung mit der Reise des Herrn von Giers nach Varzin und Wien, mit der officiösen Preßcampagne der vorausgegangenen Herbstmonate und der Reise des Grafen Herbert Bismarck nach Wien. „Die politische Schiebung, welche im vorigen Herbst sich ankündigte, ist so zum Abschluß gekommen," wurde in Berlin bemerkt. „Die Stellung, welche der europäische Friedensbund im Augenblick einnimmt, ist eine außerordentlich starke und Niemand wird so leicht an derselben rühren wollen. Aus der Polemik, welche im Herbst v. J. geführt worden ist, darf man schließen, daß der Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich nicht nur verlängert, sondern auch in seiner Tragweite verstärkt worden ist." Eine Bestätigung dieser Auffassung fand man im October 1883 in der kategorischen Erklärung des österreichisch-ungarischen Ministers, daß Oesterreich-Ungarn einem Angriff Rußlands gegenüber nicht allein stehen werde. Man sagte: „Diese Erklärung weist darauf hin, daß der casus foederis zwischen Deutschland und Oesterreich seit den ersten Mitteilungen über die Natur des Bündnisses wesentlich erweitert ist und nunmehr jeder Angriff gegen einen der Bundesgenossen die Macht des gesammten Bundes aufruft." Nun enthält der jetzt bekannt gewordene Vertrag gar keinen Endtermin. Das Gerede von Erneuerungen u. dergl. würde sich demnach als hinfällig erweisen, wenn man nicht annehmen will, daß ursprünglich ein solcher Termin dem Vertrage beigefügt gewesen, aber bei einer der Erneuerungen weggefallen ist. Es ist aber kaum anzunehmen, daß der Text des vom 7. October 1879 datierten Vertrages in einer anderen Form jetzt publiciert, ein sollte, als in der er ursprünglich geschlossen worden ist. Jedenfalls enthält aber in Bezug auf das Eintreten des casus foederis der Vertrag Bestimmungen, über die wir bisher nur mit willkürlichen Konjecturen hingehalten worden sind. Hier er-

Digitized by Google

fahren wir jetzt erst das Richtige, und zugleich etwas durchaus Neues; — es ist die Solidarität Deutschlands und Oesterreichs im Fall eines russischen Angriffs, während Frankreich gegenüber uns nur die wohlwollende Neutralität Oesterreichs zugesichert ist.

Die Veröffentlichung des Vertrages hat, und zwar noch ehe derselben die Rede des Fürsten Bismarck vom 6. Februar folgte, Anlaß gegeben, die Entstehungsgeschichte des Bündnisses wieder mehr in den Vordergrund des Interesses treten zu lassen. Man hat die übliche Darstellung, wie sie aus den Zeitungen in die Geschichtsbücher übergegangen ist, neu aufgewärmt. Bisher konnte man darüber nur das Folgende berichten: „Im August 1879 war bald nach der herkömmlichen Sommerzusammenkunft Kaiser Wilhelms und Kaiser Franz Josephs in Gastein, auch Fürst Bismarck dorthin gekommen und hatte bei dieser Gelegenheit eine Unterredung mit dem damaligen italienischen Minister-Präsidenten Cairoli gehabt, auf welche zu Ende des Monats ein Besuch des Grafen Andrassy folgte. Dies bot der russischen Presse, welche noch von der Zeit des Berliner Congresses her den heftigsten Groll gegen Deutschland hegte, willkommenen Anlaß zu maßlosen Angriffen gegen uns, die um so weniger unbeachtet bleiben konnten, als gleichzeitig Fürst Gortschakow in Baden-Baden einen orleanistischen Zeitungs-Berichterstatter empfing und demselben in nichts weniger als zurückhaltender Weise zu verstehen gab, daß Rußland auf den Beistand der Franzosen zähle. Dies mußte um so mehr befremden, als es nach der Zusammenkunft geschah, die am 3. September zu Alexandrowo zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Zaren stattgefunden hatte. Wenn der leitende russische Staatsmann keinen Anstand nahm, sich in so unverblümt feindseliger Weise gegen das deutsche Reich zu kehren, so lag der Verdacht in der That sehr nahe, daß die Kaiserbegegnung bedeutungslos geblieben sei, und daß Rußland nur auf den geeigneten Zeitpunkt warte, um in Gemeinschaft mit Frankreich anzugreifen. Der Boden für die vom Fürsten Bismarck längst erstrebte, engere Verbindung mit Oesterreich-Ungarn erschien damit geebnet, weil es den Leitern der Wiener Politik klar sein mußte, daß nach einem siegreichen russisch-französischen Kriege gegen Deutschland bald ein Angriff Rußlands gegen die habsburgische Monarchie nicht lange auf sich warten lassen würde. — So ist am 7. October 1879 der Bündnisvertrag zwischen den beiden Reichen als die reife Frucht

Digitized by Google

der Lage selbst ins Leben getreten, und eben weil er das ist, wird und muß er auch bestehen bleiben, bis die Gefahr verschwunden ist."

Das bloß Äußerliche dieser traditionellen Darstellung liegt auf der Hand. Die bloßen Ausbrüche des Hasses der Panslavisten gegen Deutschland in der Presse würden allein weder den Fürsten Bismarck seine Kur haben abbrechen lassen, um nach Wien zu eilen, noch den Kaiser Wilhelm vermocht haben, den Kaiser Alexander II in Alexandrowo aufzusuchen, um die „Mißverständnisse" zu beseitigen. Was Fürst Bismark am 5. Dezember 1876 im Reichstage gesagt hatte: „Niemand als die kaiserlich russische Regierung selbst wäre im Stande, in die erprobte hundertjährige Freundschaft zwischen der preußischen und russischen Regierung einen Riß zu machen", und was er auf dem berliner Kongreß dem Fürsten Gortschakow gesagt hatte: „Zwingen Sie mich nicht, zwischen Ihnen und Oesterreich zu wählen", das ging jetzt in Erfüllung, nicht wegen der giftspritzenden Druckerschwärze, noch wegen der privaten causerie Gortschakow's mit einem französischen Redacteur nach dem Diner in Baden-Baden, sondern weil — um eine Formel zu gebrauchen, die Fürst Bismarck schon früher einmal gebraucht hat — das russische Kabinet selbst sich die Haltung seiner Presse angeeignet und — wie Fürst Bismarck erst jetzt am 6. Februar uns geoffenbart hat — in den Zumutungen an Deutschland sich bis zu Kriegsdrohungen von der kompetentsten Seite verstiegen hatte, die dasselbe vor die Wahl zwischen Rußland und Oesterreich stellten. Daß mit der knappen Andeutung des Reichskanzlers über diesen Punkt ein ganz neues Licht auf die Situation des Sommers von 1879 geworfen wird, mag man den Worten eines namhaften Historikers entnehmen, der über dieselbe Situation schreibt: „Das Bündnis von 1879 wurde nicht geschlossen, weil damals etwa ein Krieg gedroht hätte. Ein Krieg war für Rußland aus so schweren und vielen Gründen unmöglich, daß Gortschakow'sche Unterhaltungen mit Franzosen nur federleicht dagegen wogen. Es hatte vor kurzem erst ein Krieg sehr unbefriedigend geendet; derselbe hatte viel Geld gekostet, der Ertrag war hinter den Wünschen zurückgeblieben, die Streitmacht war sehr angegriffen aus dem Feldzug hervorgegangen, auf die Verwaltung war Tadel von allen Seiten gefallen, das alles zusammen glich schon einem vom Staat erlittenen Bankerott, worauf nun vollends die gefährlichsten Erhebungen der Nihilisten

Digitized by Google

folgten; gewiß, das war kein Augenblick für Rußland, um sich flugs in einen neuen und zehnmal schwierigeren Krieg zu stürzen. In unserm Jahrhundert pflegt ein jeder große Krieg so aufreibend zu sein, daß eine Wiederholung gleich am nächsten Tage nicht verführerisch winkt und auch der Mutwilligste sich gedämpft fühlt". So der Historiker. Rußland begleitete aber vielmehr die Truppen-Ansammlungen an der Grenze damals mit ausdrücklichen Kriegsdrohungen — das ist die überraschende Enthüllung aus der Rede vom 6. Februar, die alle bisherige Darstellungen der Sache umstößt. „Ein zweiter Graf Brandenburg" soll Fürst Bismarck gesagt haben, als er im Oktober 1879, gleich nach dem Vertrage mit Oesterreich die Nachricht von dem Tode seines ihm nahe stehenden Amtsgenossen, des Staatssecretairs für die auswärtigen Angelegenheiten, Herrn v. Bülow, erhielt. Zur Erklärung dieses Ausspruches erzählt man, daß Herr von Bülow, der die Dinge, wenn es irgend anging, gern leicht nahm und auch längere Zeit die Spannung, worin wir seit 1875 mit Rußland lebten und die sich namentlich in einem wachsenden Antagonismus zwischen den beiden Reichskanzlern zeigte, für nicht gefährlich hielt. Sein Befinden war schon unbefriedigend, als er eines Tages im Begriffe, nach Potsdam zu reisen, Depeschen erhielt, die er unterwegs las. Sie gaben ihm Auskunft über Schritte der russischen Politik, so ernst und so bedrohlich für Deutschland, daß er darüber erschrak und aufgeregt und krank in Potsdam ankam. Er nahm einen längeren Urlaub, aber ehe er nach dem Süden reisen konnte, erlag er seinem Leiden. Es ist bekannt, daß die Rücksichtslosigkeiten des Kaisers Nikolaus von Rußland gegen Preußen es waren, die unserem einstigen Ministerpräsidenten, dem Grafen Brandenburg, das Herz brachen. Es würde also jene Aeußerung sagen wollen, daß ein rücksichtsloses Vorgehen Rußlands den vielbedauerten Tod des Herrn v. Bülow verursacht habe. Sicherlich gehörte dazu mehr als das Wutgeheul der russischen Presse, als Säbelgerassel an der Grenze und als die damals cirkulierenden Gerüchte über russische Anzettelungen in Paris. Sicherlich mußten es die schwerwiegendsten Gründe sein, die den Fürsten Bismark in Gastein nach seinem eigenen Zeugnisse in hohem Grade aufregten und ihn bewogen, im September in Wien jene Abmachungen zu treffen, an deren Genehmigung durch den Kaiser er sein Reichskanzleramt setzte. Es muß ihm sehr schwer gefallen sein, das nahe und innige Verhältnis zu

Digitized by Google

Rußland aufzugeben, das bis dahin die Grundlage seiner auswärtigen Politik gebildet hatte. Aber aus jetzt erst bekannt gewordenen Gründen lag für den großen deutschen Staatsmann eine zwingende Notwendigkeit der Wahl zwischen Rußland und Oesterreich vor. Er hatte das Bündnis mit Oesterreich stets im Auge behalten, selbst damals, als die Donner von Königgrätz kaum verhallt waren und es galt, Frieden mit Oesterreich zu schließen. Er vermied alles, was Oesterreich verletzen konnte, und that alles, was er vermochte, um das spätere Bündnis mit Oesterreich vorzubereiten. In Wien verkannte man die Lage nicht. War es doch im Grunde um Oesterreichs willen, daß Deutschland sich den Haß Rußlands zugezogen hatte. Den österreichischen Staatsmännern mußte es also klar sein, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und dem deutschen Reiche die nächste Gemeinschaft der Interessen besteht, und selbst Erzherzog Albrecht, den man als das Haupt jener Partei betrachtete, welche den Gedanken an Rache für Sadowa noch immer im Stillen nährte, hatte dem deutschen Reichskanzler aus freien Stücken seine Uebereinstimmung mit dem neuen Bündnis versichert, das in Deutschland wie in Oesterreich mit größter Freude und wie die Erfüllung eines lang gehegten Herzenswunsches aufgenommen wurde.

Die „Option" zwischen Rußland und Oesterreich, vor die der deutsche Staatsmann im Jahre 1879 durch die Zumutungen und Drohungen Rußlands „von kompetentester Seite" sich unausweichlich gestellt sah, und welche zum deutsch-österreichischen Bündniß führte, hatte bereits ein Vorspiel im Jahre 1876 gehabt. Dieses Jahr bezeichnet der Reichskanzler in seiner Rede vom 6. Februar als den Wendepunkt der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Auch hier finden wir uns einer überraschenden Neuheit gegenüber, wenigstens einer Klarlegung der Verhältnisse mittelst eines einzigen Pinselstriches, die bisher uns immer unter einem günstigeren oder weniger ungünstigen Lichte erschienen. Das Jahr 1876 wurde bisher als die Blütezeit der Drei-Kaiser-Allianz von 1872 aufgefaßt, als eine Wiederaufklärung der Beziehungen, die im Frühjahr 1875 durch die bekannte Krieg-in-Sicht-Affaire zwischen Rußland und Deutschland sich getrübt hatten. Die Monarchen begegneten sich, die Diplomaten hielten Konferenzen ab, die Zeitungen feierten das friedliche Einvernehmen. Die größte Wichtigkeit der Drei-Kanzler-Konferenz in Berlin (im Juni 1876), verkündete Graf Andrassy,

Digitized by Google

liege in der Einigkeit der drei Mächte, und in dem Vorhaben, sich auch fernerhin von Fall zu Fall verständigen zu wollen. Und von eben dieser Zeit sagt jetzt Fürst Bismarck: Da sei er bereits von Rußland gedrängt worden, die Wahl zwischen ihm (Rußland) und Oesterreich zu treffen.

Man sieht aus diesen Beispielen, welche Fülle von neuen Beleuchtungen die historische Darlegung des Reichskanzlers in sich schließt Sie umfaßt die 40 Jahre, welche seit 1848 verstrichen sind, den Zeitraum also, in welchem von verworrenen Anfängen aus die Neugeburt Deutschlands unter tausend Gefahren und unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten sich vollzogen hat.

Auf der Tagesordnung des Reichstages am 6. Februar stand in erster Beratung der Gesetzentwurf betreffend die Aufnahme einer Anleihe zum Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres und in zweiter Beratung der Gesetzentwurf betreffs Aenderungen der Wehrpflicht. Sofort nachdem der Präsident des Reichtages die Verhandlung über den erstgenannten Gesetzentwurf eröffnet hatte, erhob sich der Reichskanzler Fürst Bismarck in einer Rede, deren einleitende Bemerkungen lauteten:

„Wenn ich heute das Wort ergreife, so ist es nicht, um die Vorlage, die der Herr Präsident eben erwähnte, Ihrer Annahme zu empfehlen; ich bin nicht in Sorge darüber, daß sie angenommen werden wird, und ich glaube nicht, daß ich irgend etwas dazu beitragen könnte, die Mehrheit, mit der sie angenommen wird und auf die allerdings im In- wie im Auslande ein hoher Wert zu legen ist, zu steigern. Die Herren werden in allen Fraktionen darüber ihren Sinn festgestellt haben, wie sie stimmen werden und ich habe das volle Vertrauen zum deutschen Reichstag, daß er diese Steigerung unserer Wehrkraft zu einer Höhe, auf die wir im Jahre 1867 bis 1882 allmälig verzichtet haben, daß er die uns wiedergeben wird nicht in Ansehung der augenblicklichen Lage, in der wir uns befinden, nicht in Ansehung der Befürchtungen, die heutzutage die Börse und die öffentliche Meinuug bewegen können, sondern in voraussichtsvoller Beurteilung der Gesammtlage Europas. Ich werde deshalb, wenn ich das Wort ergreife, mehr über die letztere zu reden haben, als über die Vorlage. Ich thue es nicht gern, denn in dieser Sache kann ein Wort, welches ungeschickt gesprochen wird, viel verderben, und viele Worte können nicht viel nutzen, ich will lediglich die Aufklärung der eigenen Landsleute und auch des Auslandes über die Situation fördern, die ja ohnehin sich finden wird Ich thue es ungern; aber ich fürchte, daß, wenn ich schweigen würde, dann nach den Erwartungen, welche sich an die heutige Debatte geknüpft haben, die Beunruhigung in der öffentlichen Meinung, die nervöse Stimmung in unserer und der fremden Bevölkerung, sich eher steigern als mildern würde. Man würde glauben, daß die Sache so schwierig und so kritisch ist, daß ein auswärtiger Minister gar nicht wagen kann, die Situation zu berühren. Ich spreche deshalb, aber ich kann sagen, mit Widerstreben."

Digitized by Google

Es folgt dann der Vergleich der politischen Lage mit derjenigen des Vorjahres.

„Ich könnte mich darauf beschränken, auf die Aeußerung zu verweisen, die ich an dieser selben Stelle vor etwas mehr als Jahr und Tag gethan habe. Es hat sich seitdem in der Situation wenig geändert. Mir ist heute ein Zeitungsausschnitt zugegangen, eine Zusammenstellung in der „Freisinnigen Zeitung", in einem Blatte, welches, glaube ich, meinem politischen Freunde, dem Abg. Richter, näher steht, als mir. Derselbe könnte einen passenden Anknüpfungsgegenstand bilden, um daran die weitere Lage zu entwickeln. Ich kann nur ganz allgemein darauf Bezug nehmen, auf die Hauptpunkte, die da angeführt sind mit der Erklärung: daß, wenn die Lage seitdem geändert ist, sie eher zum Guten, wie zum Schlimmen verändert ist.

Wir hatten Sorgen damals hauptsächlich vor einem Anstoß zum Kriege, der uns von Frankreich her kommen konnte. Seitdem ist in Frankreich ein friedliebender Präsident von der Regierung abgetreten, ein friedliebender ist ihm gefolgt. Das ist schon ein günstiges Symptom, daß die französische Regierung bei der Anstellung eines neuen Staatsoberhauptes nicht in die Pandorabüchse gegriffen hat, sondern daß wir darauf rechnen können, daß die friedliche Politik, als deren Vertreter der Präsident Grevy galt, von dem Präsidenten Carnot fortgesetzt werden wird. Wir haben außerdem in dem französischen Ministerium Aenderungen, deren beruhigende Bedeutung noch stärker ist, als die des Präsidentenwechsels, der mit anderen Gründen zusammenhängt. Solche Mitglieder des Ministeriums, die geneigt sein könnten, den Frieden ihres Landes und den Frieden Europas ihren persönlichen Plänen unterzuordnen, sind ausgeschieden, und andere, denen gegenüber wir diese Befürchtung nicht haben, sind eingetreten. Ich glaube also, konstatieren zu können, — und thue es gern, weil ich wünsche, die öffentliche Meinung nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen, — daß die Aspekten nach Frankreich hin friedlicher, viel weniger explosiv aussehen, als vor einem Jahre.

Die Befürchtungen, die im Laufe dieses Jahres aufgetaucht sind, haben sich auch viel mehr an Rußland geknüpft, als an Frankreich, aber ich kann sagen, an den Austausch von gegenseitigen Aufregungen, Drohungen, Beschimpfungen und Herausforderungen, welche zwischen der russisch-französischen und der deutschen Presse im Laufe des Sommers stattgefunden haben

Ich glaube aber auch, daß in Rußland die Sache nicht anders liegt, wie sie im vorigen Jahre lag. Die „Freisinnige Zeitung" hat mit besonders fettem Druck hervorgehoben, daß ich im vorigen Jahre gesagt habe:

„Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. Wir erwarten von Rußland durchaus weder einen Angriff noch eine feindselige Politik." Daß dies durch fetten Druck hervorgehoben ist, ist vielleicht in der Absicht geschehen, mir die Anknüpfung daran zu erleichtern; vielleicht auch in der Hoffnung, daß ich inzwischen anderer Meinung geworden sein könnte und heute überzeugt wäre, ich hätte mich in diesem Vertrauen zur russischen Politik vor einem Jahre geirrt. Das ist nicht der Fall. Die Gründe, die dazu hätten Anlaß geben können, liegen teils in der russischen Presse, teils in den russischen Truppenanhäufungen."

Digitized by Google

In Bezug auf die Angriffe der russischen Presse äußerte sich der Reichskanzler dahin:

„Was die Presse anbelangt, so kann ich der ein entscheidendes Gewicht an sich nicht beilegen. Man sagt, in Rußland habe sie mehr zu bedeuten, als in Frankreich. Ich bin gerade umgekehrt der Meinung: in Frankreich ist die Presse eine Macht, die auf die Entschließungen der Regierung einwirkt, in Rußland ist sie das nicht und kann das nicht sein; in beiden Fällen aber ist die Presse für mich Druckerschwärze auf Papier, gegen die wir keinen Krieg führen. Es kann für uns darin eine Herausforderung nicht liegen. Hinter jedem Artikel in der Presse steht doch nur ein einzelner Mensch, der die Feder geführt hat, um diesen Artikel in die Welt zu schicken; auch in einem russischen Blatt — nehmen wir an, es ist ein unabhängiges russisches Blatt — das mit den französischen geheimen Fonds in Beziehungen steht, ist das vollständig gleichgültig. Die Feder, die einen deutschfeindlichen Artikel darin schreibt, hat an sich Niemand hinter sich, als den, der sie in der Hand führt, den einzelnen Menschen, der in seinem Arbeitskabinet diese Elukubration zu Stande bringt, und den Protektor, den ein russisches Blatt zu haben pflegt, d h. den mehr oder weniger in die Parteipolitik verrannten höheren Beamten, der diesem russischen Blatt gerade seine Protektion widmet: — beide wiegen federleicht gegen die Autorität Sr. Majestät des Kaisers von Rußland.

In Rußland hat die Presse nicht denselben Einfluß, wie in Frankreich auf die öffentliche Meinung; sie ist höchstens der Barometer dafür, was nach Lage der russischen Preßgesetze zugelassen wird, aber ohne die russische Regierung und Sr. Majestät den Kaiser von Rußland irgendwie zu engagieren. Gegenüber den Stimmen der russischen Presse habe ich das unmittelbare Zeugnis des Kaisers Alexander selbst, nachdem ich seit mehreren Jahren vor einigen Monaten wieder die Ehre gehabt habe, von dem Zaren in Audienz empfangen zu werden. Ich habe mich auch da wiederum überzeugt, daß der Kaiser von Rußland keine kriegerischen Tendenzen gegen uns hegt, kein Absicht hat, uns anzugreifen, überhaupt Angriffskriege zu führen. Der russischen Presse glaube ich nicht; den Worten des Kaisers Alexander glaube ich und vertraue ich absolut. Wenn beide mir gegenüber auf der Wage liegen, so schnellt das Zeugnis der russischen Presse mit ihrem Haß gegen Deutschland federleicht in die Höhe, und das Zeugnis des Kaisers Alexander persönlich hat das durchschlagende Gewicht für mich. Ich sage also: die Presse veranlaßt mich nicht, unsere Beziehungen zu Rußland heute schlechter aufzufassen als vor einem Jahre."

Ueber die russischen Truppenaufstellungen bemerkt der Redner:

„Ich komme zu der anderen Frage der Truppenaufstellungen. Sie haben früher in ausgedehntem Maße stattgefunden, sie sind in der jetzigen bedrohlich erscheinenden Form, namentlich seit 1879, nach Beendigung des türkischen Krieges, aufgetreten. Es hat ja sehr leicht den Anschein, als ob die Anhäufung russischer Truppen, die in der Nähe der deutschen und der österreichischen Grenzen stattfindet, in Gegenden, wo ihre Unterhaltung teurer und schwieriger ist, als im Innern des Landes, nur von der Absicht eingegeben werden könnte, eins der Nachbarländer — sans dire: gare!

Digitized by Google

— mir fehlt gerade der deutsche Ausdruck, unvorbereitet zu überfallen und anzugreifen. Nun, das glaube ich nicht. Einmal liegt es nicht im Charakter des russischen Monarchen und stände mit seinen Aeußerungen in Widerspruch, und dann würde der Zweck davon ganz außerordentlich schwer verständlich sein. Rußland kann keine Absicht haben, preußische Landesteile zu erobern; ich glaube auch nicht, österreichische. Ich glaube, daß Rußland reichlich so viel polnische Unterthanen besitzt, wie es zu haben wünscht, und daß es keine Neigung hat, die Zahl derselben zu vermehren. Etwas Anderes von Oesterreich zu annektieren wäre noch schwieriger. Es liegt gar kein Grund vor, kein Vorwand, der einen europäischen Monarchen veranlassen könnte, nun ganz plötzlich über seinen Nachbarn herzufallen. Und ich gehe so weit in meinem Vertrauen, daß ich überzeugt bin, selbst dann, wenn wir durch irgend eine explosive Erscheinung in Frankreich, die Niemand vorher berechnen kann, und die von der heutigen Regierung in Frankreich sicher nicht beabsichtigt wird, — wenn wir uns durch deren Eintreten in einen französischen Krieg verwickelt fänden, daß darauf der russische nicht unmittelbar folgen würde, überhaupt nicht notwendig folgen würde; umgekehrt, würden wir in einen russischen Krieg verwickelt, so würde der französische ganz sicher sein; keine französische Regierung würde stark genug sein, ihn zu hindern, auch wenn sie den guten Willen dazu hätte. Aber Rußland gegenüber erkläre ich noch heute, daß ich keines Ueberfalls gewärtig bin, und nehme von dem, was ich im vorigen Jahre gesagt habe, nichts zurück.

Sie werden fragen: wozu denn die russischen Truppenaufstellungen in dieser kostspieligen Form? Ja, das sind Fragen, auf die man von einem auswärtigen Kabinet, welches dabei beteiligt ist, nicht leicht eine Aufklärung fordern kann. Wenn man Erklärungen darüber zu fordern anfinge, so könnten sie geschraubt ausfallen, und die Triplik ist auch wieder geschraubt. Das ist eine gefährliche Bahn, die ich nicht gern betrete. Truppenaufstellungen sind meines Erachtens Erscheinungen, über die man nicht — mit einem Studentenausdruck — „koramirt", kategorische Erklärungen fordert, sondern denen gegenüber man mit derselben Zurückhaltung und Vorsicht seine Gegenmaßregeln trifft.

Ich kann also über die Motive dieser russischen Aufstellungen keine authentische Erklärung geben; aber ich kann mir doch als Jemand, der mit der auswärtigen und auch mit der russischen Politik seit einem Menschenalter vertraut ist, meine eigenen Gedanken darüber machen; die führen mich dahin, daß ich annehme, daß das russische Kabinet die Ueberzeugung hat — und die Ueberzeugung wird wohl begründet sein —, daß in der nächsten europäischen Krisis, die eintreten könnte, das Gewicht der russischen Stimme in dem diplomatischen Areopag von Europa um so schwerer wiegen wird, je stärker Rußland an der europäischen Grenze ist, je weiter westlich die russischen Armeen stehen. Rußland ist als Verbündeter und als Gegner um so schneller bei der Hand, je näher es seinen westlichen Grenzen steht mit seinen Haupttruppen oder wenigstens doch mit einer starken Armee.

Diese Politik hat die russischen Truppenaufstellungen schon seit langer Zeit geleitet. Sie werden sich erinnern, daß während des Krimkrieges schon eine so große Armee im Königreich Polen stets versammelt war, daß, wenn sie rechtzeitig nach der Krim abgegangen wären, der Krimkrieg

Digitized by Google

vielleicht eine andere Wendung genommen hätte. Wenn man weiter zurückdenkt, so wird man finden, daß die Bewegung von 1830 Rußland unvorbereitet und unfähig zum Eingreifen fand, weil es keine Truppen im Westen seines Reiches in hinreichendem Maße hatte. Ich brauche also aus einer russischen Truppenanhäufung in den westlichen Provinzen (sapadni Guberni, wie die Russen sagen) noch nicht notwendig den Schluß zu ziehen, daß damit die Intention, uns zu überfallen, verbunden sei. Ich nehme an, daß man etwa auf eine neue orientalische Krisis wartet, um dann in der Lage zu sein, die russischen Wünsche mit dem vollen Gewicht einer nicht gerade in Kasan, sondern weiter westwärts stehenden Armee geltend zu machen."

Der Reichskanzler ging sodann auf die „neue orientalische Krise" über:

„Wann eine orientalische Krisis nun eintreten kann? — ja, darüber haben wir keine Sicherheit. Wir haben in diesem Jahrhundert meines Erachtens vier Krisen gehabt, wenn ich die kleineren und nicht zur vollen Entwickelung gekommenen abrechne: eine im Jahre 1809, die mit dem Friedensschluß endigte, der Rußland die Pruthgrenze gab; dann 1828, dann 1854 den Krimkrieg, und 1877, — also in Etappen von ungefähr 20 Jahren von einander entfernt und etwas darüber; warum sollte denn nun gerade die nächste Krisis früher als etwa nach dem gleichen Zeitraum, also ungefähr 1899, eintreten, auch 22 Jahre später? Ich möchte wenigstens mit der Möglichkeit rechnen, daß die Krisis hintangehalten werden kann und nicht sofort einzutreten braucht. Außerdem giebt es auch andere europäische Ereignisse, die in gleichen Perioden einzutreten pflegen. Beispielsweise polnische Aufstände. Früher hatten wir schon alle 18 bis 20 Jahre einen solchen zu gewärtigen. Vielleicht ist auch das ein Grund, warum Rußland so stark sein will in Polen, um solche zu verhindern. Ebenso Wechsel der Regierungen in Frankreich; sie pflegen auch alle 18 bis 20 Jahre einzutreten, und Niemand kann leugnen, daß ein Wechsel in der Regierung Frankreichs eine Krisis herbeiführen kann, die es jeder beteiligten Macht wünschenswert machen muß, mit vollem Gewicht in sie eingreifen zu können — ich meine, nur auf diplomatischem Wege, aber mit einer Diplomatie, hinter der ein schlagfertiges und nahe bereites Heer steht.

Wenn das die Absicht Rußlands ist, wie ich rein auf Grund des technisch-diplomatischen Urteils, das ich mir nach meiner Erfahrung bilde, viel eher vermute, als daß sie den ziemlich rüden Drohungen und Renommagen der Zeitungen entsprechen würde, so ist für uns absolut noch kein Grund, in unsere Zukunft schwärzer zu sehen, als wie wir es seit 40 Jahren überhaupt gethan haben. Es ist ja die wahrscheinlichste Krisis, die eintreten kann, die orientalische. Wenn sie eintritt, so sind wir bei der gerade nicht in erster Linie beteiligt. Wir sind da vollkommen, und ohne irgend welcher Verpflichtung zu nahe zu treten, in der Lage, abzuwarten, daß die im Mittelländischen Meere, in der Levante, nächstbeteiligten Mächte zuerst ihre Entschließungen treffen und, wenn sie wollen, sich mit Rußland vertragen oder schlagen. Wir sind weder zu dem einen noch zu dem anderen in der orientalischen Frage berufen. Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder

Digitized by Google

zu drücken und einzuwirken sucht und die Dinge zu leiten sucht, die periclitiert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht thun; wir werden, wenn orientalische Krisen eintreten, bevor wir Stellung dazu nehmen, die Stellung abwarten, welche die mehr interessierten Mächte dazu nehmen"

Der Reichskanzler bezeichnet sodann als das Motiv der Verstärkung unserer Wehrkraft nicht die augenblickliche, sondern die dauernde Kriegsgefahr:

„Es ist also kein Grund, unsere Situation im Augenblicke so ernst zu betrachten, als ob gerade die gegenwärtige Lage der Anlaß wäre, weshalb wir die gewaltige Vermehrung der Streitkräfte, die die Militärvorlage in Vorschlag bringt, heute versuchen sollten. Ich möchte die Frage der Wiedereinrichtung der Landwehr zweiten Aufgebots, kurz, die große Militärvorlage, mit der anderen, der Finanzvorlage, ganz loslösen von der Frage, wie unsere augenblickliche Situation ist. Es handelt sich da nicht um eine momentan vorübergehende Einrichtung, es handelt sich um eine dauernde, um ein dauerndes Stärkerwerden des deutschen Reichs. Daß es sich nicht um eine momentane Einrichtung handelt, das, glaube ich, wird einleuchtend gefunden werden, wenn ich Sie bitte, mit mir die Kriegsgefahren durchzugehen, welche wir seit 40 Jahren gehabt haben, ohne in eine nervöse Unruhe zu irgend einer Zeit geraten zu sein."

Der Zweck des vierzigjährigen Tableaus, wie der Reichskanzler es selber nennt, ist also, zu zeigen, daß die ganze verflossene Zeit seit 1848 ausgefüllt gewesen ist von Kriegsunruhen, und daß diese nicht erst der neuesten Zeit besonders eigenthümlich sind. Dabei läßt er die interessantesten Streiflichter auf die verschiedenen Epochen jener Periode fallen, die wir hier historisch erörtern wollen.

Der Reichskanzler beginnt:

„Wir haben im Jahre 1848, wo die Deiche und Schleusen zerbrachen, die bis dahin vielen Gewässern ihren ruhigen Lauf gewiesen hatten, gleich zwei kriegsschwangere Fragen zu verarbeiten gehabt: es war die polnische und die schleswig-holsteinische Frage. Das erste Geschrei nach den Märztagen war: Krieg gegen Rußland zur Herstellung Polens! — Bald darauf war die Gefahr, durch die schleswig-holsteinische Frage in einen großen europäischen Krieg verwickelt zu werden, außerordentlich nahe Ich brauche nicht hervorzuheben, wie 1850 durch das Abkommen von Olmütz eine große Konflagration, ein Krieg im großen Stile, verhindert wurde. Es folgten darauf vielleicht 2 Jahre ruhigerer Art, aber voller Verstimmung. Es war damals, als ich zuerst in Frankfurt Gesandter war. Im Jahre 1853 schon machten sich die Symptone des Krimkrieges fühlbar, von 1853 bis 1856 dauerte dieser Krieg; während der ganzen Dauer desselben befanden wir uns unmittelbar am Rande — des Abgrundes, will ich nicht sagen, aber des Abhanges, auf dem wir in den Krieg hineingezogen werden sollten. Ich erinnere mich, daß ich damals von 1853 bis 1855 genötigt worden

Digitized by Google

bin, ich möchte sagen, wie ein Perpendikel zwischen Frankfurt und Berlin hin- und herzugehen, weil der hochselige König bei dem Vertrauen, das er mir schenkte, mich im Grunde als den Anwalt für seine unabhängige Politik benutzte, wenn der Andrang der Westmächte ihm gegenüber, daß wir auch unsererseits Rußland den Krieg erklären sollten, zu stark und der Widerstand seines Ministeriums ihm zu weich wurde. Dann hat — ich weiß nicht wie oft — das Stück sich abgespielt, daß ich herzitiert wurde, daß ich eine mehr russenfreundliche Depesche für Seine Majestät zu entwerfen hatte, daß diese Depesche abging, daß Herr von Manteuffel seinen Abschied verlangte, und daß, nachdem die Depesche abgegangen war, ich mir von Seiner Majestät den Auftrag erbat, zu Herrn v. Manteuffel aufs Land oder sonst wohin zu fahren und ihn zu bewegen, daß er sein Portefeuille wieder übernehme. Jedesmal war aber doch das damalige Preußen dicht am Rande eines großen Krieges; es war der Feindschaft von ganz Europa außer Rußland ausgesetzt, wenn es sich weigerte, auf die westmächtliche Politik einzugehen, andernfalls aber zum Bruch mit Rußland genötigt, vielleicht auf lange Zeit, weil der Abfall Preußens vielleicht am schmerzlichsten von Rußland empfunden worden wäre.

Wir waren also in ununterbrochener Kriegsgefahr während des Krimkrieges. Derselbe dauerte bis 1856, wo er schließlich im Pariser Frieden seinen Abschluß fand und uns bei dieser Gelegenheit eine Art von Canossa bereitete im Pariser Kongresse, mofür ich die Verantwortung nicht auf mich genommen haben würde, und von der ich damals vergeblich abgeraten habe. Wir hatten gar keine Notwendigkeit, eine größere Macht zu spielen, als wir waren, und die damaligen Verträge zu unterzeichnen. Aber wir antichambrierten, um schließlich zur Unterschrift zugelassen zu werden. Das wird uns nicht wieder passieren."

Der Reichskanzler hat in früheren Reden die Haltung Preußens und seine eigene zu jener Zeit wiederholt berührt. So sagte er im Februar 1878 im Reichstage: „Die Lage, in der wir augenblicklich uns befinden, ist ja vor etwas mehr als 20 Jahren, zur Zeit des Krimkrieges, ziemlich genau schon einmal dagewesen. Ich war damals nicht Minister, aber durch das Vertrauen, mit dem der hochselige König Friedrich Wilhelm IV. mich beehrte, war ich in der Lage, bei den wichtigeren und entscheidenderen Fragen teilzunehmen. Ich weiß, welche Künste der Ueberredung, der Drohung bei Preußen angewandt wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hetzhund in einen fremden Krieg und es war nur — was dem hochseligen König nicht genug zu danken ist — der persönliche Widerstand, den der König dagegen geleistet hat, der verhindert hat daß dieser Mißgriff damals begangen wurde, daß wir einen Krieg führten, der von dem Augenblick an, wo wir den ersten Schuß thaten, der unsrige geworden wäre und Alle hinter und neben uns hätten eine gewisse Erleichterung empfunden und uns gesagt, wenn es

Digitized by Google

genug war. Der hochselige König hat mich damals in schwierigen Momenten von Frankfurt rufen lassen, um die Depeschen in seinem Sinne hier zu bearbeiten und es ist das nach dem damaligen Verfahren in unseren auswärtigen Angelegenheiten durchaus nicht sehr auffallend, daß hier ein halbes Dutzend Gesandte in Gasthöfen waren und Politik gegen ihren Minister trieben. Nun, ist es nicht anerkennenswert, daß wir damals der Versuchung, Rußland den Krieg zu verbieten, oder zu erschweren, widerstanden haben? Es war damals auch das „germanische Interesse", in welchem der Krimkrieg geführt wurde, in dessen Namen unser Beistand gefordert wurde, es war nur das Auffällige, daß der gesammte deutsche Bund diese Ansicht nicht teilte, daß es ein germanisches Interesse wäre. Ich glaube, es war das einzige Mal, wo ich mich in Frankfurt im Bundestage an der Spitze der Majorität befunden habe und wo Oesterreich in der Minorität war. Alle Stimmen waren darüber einig, daß es kein deutsches Interesse sei, trotz des angeblichen Interesses der Donauschifffahrt von Regensburg hinunter, mit welcher viel Humbug getrieben wurde. So kann ich dem Herrn Vorredner (Windthorst) anführen, daß eine von ihm sonst so hoch geachtete Autorität, die Mehrheit des alten Bundestags, in diesem Falle nicht auf seiner Seite steht, und nicht meinte, daß es ein germanisches Interesse sei, mit Rußland für Bulgarien Krieg zu führen."

Im Uebrigen sind wir über die Stellung des Herrn v. Bismarck zum Krimkriege durch das Poschinger'sche Buch „Preußen im Bundestag" sehr genau unterrichtet worden. Die preußische Politik suchte das Widerstreitende zu vereinigen, sie blieb immer in Fühlung mit Rußland und ließ sich doch von Oesterreich hinten nachschleppen. Herr v. Bismarck verbarg nur schlecht seine Verstimmung über das, was in Berlin vorging. Ein Gedanke war bei ihm zum herrschenden geworden, er war der Ausgangspunkt aller seiner Reflexionen, Pläne und Handlungen: „Los von Oesterreich". In seinen Berichten streifte er alle denkbaren politischen Kombinationen, aber immer und überall ging er vom Gegensatz zu Oesterreich aus und kehrte auf ihn zurück. Mühsam versuchte er es in Frankfurt, den Widerstand gegen die österreichische Politik zu organisieren, glaubte er in dieser Beziehung irgend etwas erreicht, so war sicher schon von Berlin aus die Nachricht von einer neuen „Verständigung" mit

Digitized by Google

Oesterreich unterwegs. „Meine hauptsächliche Besorgniß", schrieb Herr v. Bismarck an den Minister v. Manteuffel (8. Dezember 1854) ist, daß wir allmälig durch den Strom der Ereignisse zu einem Krieg gegen Rußland im österreichischen Interesse geführt werden könnten. Ich gehöre nicht zu denen, welche die russischen Interessen mit den unsern identifizieren; im Gegenteil, Rußland hat viel an uns verschuldet; auch mit der Revolution, wenigstens mit der eigenen und mit der deutschen, werden wir ohne Rußland fertig, wenn wir wollen. So ernst ein Krieg mit letzterem auch für uns sein mag, würde ich doch nicht dagegen zu raten versuchen, wenn dabei ein würdiger Kampfpreis für uns in Aussicht stände. Mir schwebt nur der Gedanke als Schreckbild vor, daß wir die Anstrengungen und Gefahren im Dienste Oesterreichs übernehmen könnten, für dessen Sünden der König so viel Nachsicht hat, als ich mir von unserm Herrn im Himmel für die meinigen wünsche." Herr von Bismarck verfolgte als Ziel die Gewinnung einer freien europäischen Stellung für Preußen an der Spitze der deutschen Staaten, um so der Lösung der deutschen Frage direkt zuzusteuern. Er schlug schon damals das Rezept zur Anwendung vor, nach welchem er im Jahre 1866 handelte. Den nach nationaler Einheit strebenden „Liberalismus" aufs neue um Preußen zu sammeln, das war das Ziel, das Herr v. Bismarck zunächst im Auge hatte. Bei dem Widerstreben, das er in allen drei Lagern fand, die, während die drei maßgebenden Großmächte, Rußland, Frankreich und England, bei Sebastopol festgenagelt lagen, allein zurückgeblieben waren, im Lager Oesterreichs, der unter der Benennung die „Bamberger" bekannten Koalition der Mittelstaaten und in Preußen selber hatte Herr v. Bismarck sich auf die Aufgabe zu beschränken, zu verhüten, daß die deutsche Frage damals im Bunde nicht gegen Preußen gelöst wurde, und die orientalische Frage soweit zu beherrschen, daß er Oesterreich das Bleigewicht der Bundesbeschlüsse anhing.

Der Reichskanzler fuhr in seiner Rede vom 6. Februar fort:

„Das war 1856. Schon im Jahre 1857 bedrohte uns die Neufchateller Frage mit Krieg; das ist nicht so bekannt geworden. Ich bin damals von dem hochseligen Könige im Frühjahr 1857 nach Paris geschickt worden, um mit dem Kaiser Napoleon über den Durchmarsch preußischer Truppen zum Angriff auf die Schweiz zu verhandeln. Was das zu bedeuten hat, wenn darauf eingegangen wurde, daß das eine weitgreifende Kriegsgefahr werden konnte, daß das uns in Verwickelung mit Frankreich

Digitized by Google

sowohl als auch mit anderen Mächten führen konnte, wird Jeder einsehen, dem ich dies mitteile. Kaiser Napoleon war nicht abgeneigt, darauf einzugehen. Meine Unterhandlungen in Paris wurden dadurch abgeschnitten, daß Se. Majestät der König sich inzwischen mit Oesterreich und der Schweiz über die Sache auf gütlichem Wege verständigt hatte. Aber die Kriegsgefahr lag doch auch in dem Jahre vor. Ich kann sagen, daß schon, wie ich auf der damaligen Mission in Paris mich befand, der italienische Krieg in der Luft lag, der ein Jahr und später ausbrach, und der uns auch wieder um Haaresbreite beinahe in einen großen europäischen Koalitionskrieg hineinzog. Wir kamen bis zur Mobilmachung; ja wir hätten losgeschlagen, ganz unzweifelhaft, wenn der Friede von Villafranca nicht etwas verfrüht für Oesterreich, vielleicht rechtzeitig für uns, geschlossen wurde; denn wir hätten den Krieg unter ungünstigen Verhältnissen zu führen gehabt; wir hätten aus dem Kriege, aus einem italienischen, der er war, einen preußisch-französischen gemacht, dessen Abschluß, Ende und Friedensschluß nachher nicht mehr von uns abhing, sondern von den Freunden oder Feinden, die hinter uns standen.

So kamen wir, ohne daß das Kriegsgewölk auch nur ein Jahr den Horizont uns freigelassen hätte, bis in die sechsziger Jahre hinein."

Herr von Bismarck schwamm gegen den Strom, der damals Deutschland mit sich fortriß. Alles drängte zu einem Kriege gegen Frankreich. Preußen sollte Oesterreich Lehnfolge leisten. Bismarck bezeichnete Italiens Befreiung als die erste Etappe für die Emanzipation Preußens und Deutschlands von dem österreichischen Doppeladler und das zu einer Zeit, wo der Prinz-Regent das Vorgehen Sardiniens noch sehr mißbilligte, und gegen Napoleon ebensoviel Mißtrauen als Abneigung hegte. Als Preußen die Mobilisierung seines Heeres anordnete, nach den österreichischen Niederlagen bei Magenta und Solferino die Uebertragung des Oberbefehls über sämmtliche deutschen Streitkräfte an den Prinz-Regenten beantragte und unter gewissen Bedingungen das Schwert für Oesterreich ziehen zu wollen schien, geriet Bismarck in große Unruhe. Am 1. Juli 1859 schrieb er von Petersburg an einen preußischen Diplomaten: „Unsere Politik finde ich bis jetzt korrekt; aber ich blicke doch mit Sorge in die Zukunft; wir haben zu früh und zu stark gerüstet, und die schwere Last, die wir uns aufgebürdet, zieht uns in die schiefe Ebene hinab. Man wird zuletzt losschlagen, um die Landwehr zu beschäftigen, weil man sich geniert, sie einfach wieder nach Hause zu schicken. Wir werden dann nicht einmal Oesterreichs Reserve, sondern wir opfern uns geradeswegs für Oesterreich, wir nehmen ihm den Krieg ab. Mit dem ersten Schuß am Rhein wird der deutsche Krieg die Hauptsache, weil er Paris

Digitized by Google

bedroht. Oesterreich bekommt Luft, und wird es seine Freiheit benutzen, um uns zu einer glänzenden Rolle zu verhelfen? wird es nicht vielmehr dahin streben, uns das Maß und die Richtung unserer Erfolge so zuzuschneiden, wie es dem spezifisch österreichischen Interesse entspricht? Und wenn es schlecht geht, so werden die Bundesstaaten von uns abfallen, wie welke Pflaumen im Winde, und jeder, dessen Residenz französische Einquartirung bekommt, wird sich landesväterlich auf das Floß eines neuen Rheinbundes retten." Am folgenden Tage schrieb er an seine Gemahlin: „Unsere Politik gleitet mehr und mehr in das österreichische Kielwasser hinein und haben wir erst einen Schuß am Rhein abgefeuert, so ist es mit dem italienisch-österreichischen Kriege vorbei, und statt dessen tritt ein preußisch-französischer auf die Bühne, in welchem Oesterreich, nachdem wir die Last von seinen Schultern genommen haben, uns so viel beisteht oder nicht beisteht, als seine eigenen Interessen es mit sich bringen. Daß wir eine sehr glänzende Siegerrolle spielen, wird es gewiß nicht zugeben." Oesterreich selbst überhob Bismarck dieser Sorge, da es, um Preußen die Gelegenheit zur Verstärkung seiner Machtstellung zu nehmen, am 11. Juli den Präliminarvertrag von Villafranca mit Napoleon abschloß.

In der Rede des Reichskanzlers wird sodann der polnische Aufstand von 1863 zur Sprache gebracht:

„Schon 1863 war eine kaum minder große Kriegsgefahr, die dem großen Publikum ziemlich unbekannt blieb, und die ihren Eindruck erst machen wird, wenn dermaleinst die geheimen Archive der Kabinette der Oeffentlichkeit übergeben sein werden. Sie werden sich des polnischen Aufstandes erinnern, der 1863 stattfand, und ich werde es nie vergessen, wie ich in jener Zeit des Morgens den Besuch zu haben pflegte von Sir Andrew Buchanan, dem englischen Botschafter, und Talleyrand, dem französischen Vertreter, die mir die Hölle heiß machten über das unverantwortliche Festhalten der preußischen Politik an der russischen und eine ziemlich drohende Sprache uns gegenüber führten; am Mittag desselben Tages hatte ich nachher die Annehmlichkeit, im preußischen Landtage ungefähr dieselben Argumente und Angriffe zu hören, die die beiden fremden Botschafter am Morgen auf mich gemacht hatten. Ich hatte das ruhig ausgehalten, aber dem Kaiser Alexander riß die Geduld, und er wollte den Degen ziehen gegenüber den Chikanen von Seiten der Westmächte. Sie werden sich erinnern, daß die französische Kriegsmacht damals schon mit amerikanischen Projecten und in Mexiko engagiert war, so daß sie nicht mit der vollen Macht auftreten konnte. Der Kaiser von Rußland wollte sich die polnischen Intriguen von Seiten der anderen Mächte nicht mehr gefallen lassen und war bereit, mit uns im Bunde den Ereignissen die Stirn zu bieten und zu schlagen, Sie werden sich erinnern,

Digitized by Google

daß damals Preußen in seinem Innern in einer schwierigen Lage war, daß in Deutschland die Gemüter bereits gährten und der Frankfurter Fürstentag sich in der Vorbereitung befand Man kann also zugeben, daß diese Versuchung für meinen allergnädigsten Herrn, diese schwierige innere Lage durch Eingehen auf ein kriegerisches Unternehmen im größten Stile abzuschneiden und zu sanieren, daß die wohl vorhanden war, und es wäre damals ganz zweifellos zum Kriege gekommen von Preußen und Rußland im Bunde gegen diejenigen, welche den polnischen Aufstand uns gegenüber beschützten, wenn Se Majestät nicht zurückgeschreckt wäre vor dem Gedanken, innere Schwierigkeiten, preußische wie deutsche, mit fremder Hülfe zu lösen, und wir haben damals, ohne die Gründe unseres Verfahrens gegenüber den uns feindlichen Projekten anderer deutscher Regierungen geltend zu machen, stillschweigend abgelehnt. Der Tod des Königs von Dänemark hat nachher alle Beteiligten auf andere Gedanken gebracht. Aber es bedurfte nur eines Ja statt eines Nein aus Gastein von Sr. Majestät dem König, und der große Krieg, der Koalitionskrieg, war 1863 schon vorhanden. Ein anderer als ein deutscher Minister würde vielleicht zugeredet haben aus Utilitätsrücksichten, als Opportunist, um unsere innere Schwierigkeiten damit zu lösen; im eigenen Volk wie im Ausland hat man eben kaum eine richtige Vorstellung von dem Maß von nationalem Sinn und pflichttreuer Gewissenhaftigkeit, welches Monarchen und Minister beim Regieren deutscher Länder leitet."

Preußen hätte demnach im Jahre 1863 von Rußland für seine neutrale Haltung eine ähnliche Unterstützung bezüglich der Lösung der deutschen Frage erhalten können, wie sie 1859 dem Königreiche Sardinien von Frankreich für seine Teilnahme am Kriege gegen Rußland zu Theil geworden ist, wenn nicht König Wilhelm es abgelehnt hätte, innere Fragen mit fremder Hülfe zu lösen, Die „Nat.-Zeit." bemerkt dazu mit Recht: „Wäre die deutsche Frage durch eine solche Koalition gelöst worden, wenn für die Lösung nicht in erster Reihe das deutsche Interesse maßgebend gewesen wäre? Wahrlich, das stolze Bewußtsein, mit welchem unsere Nation heute auf die Wiederherstellung des Reiches blicken kann, es wäre uns nie oder nur auf schmerzlichen Umwegen zu Theil geworden."

Ueber die Bedeutung der Stellung Preußens zum polnischen Aufstande von 1863 für die russisch-preußischen Beziehungen hat sich Fürst Bismarck am ausführlichsten im Januar 1886 im Abgeordnetenhause ausgesprochen, „Ich hatte in Petersburg," sagte er, die russischen Verhältnisse Polen gegenüber aus nächster Nähe beobachten können, in Folge des großen persönlichen Vertrauens, welches mir der hochselige Kaiser Alexander schenkte. Ich hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß im russischen Kabinet zwei Principien thätig waren: das eine, ich möchte sagen, das

Digitized by Google

antideutsche, welches das Wohlwollen der Polen und der Franzosen zu erwerben wünschte und welches hauptsächlich vertreten war durch den Reichskanzler Fürsten Gortschakow und in Warschau durch den Marquis Wielopolski, das andere, das hauptsächlich in dem Kaiser und anderen seiner Diener Sitz hatte, das auf dem Bedürfnis beruhte, die freundschaftlichen Beziehungen mit Preußen unter allen Umständen festzuhalten — und man kann sagen: eine preußenfreundliche, antipolnische und eine franzosenfreundliche polnische Politik kämpften um den Vorrang im russischen Kabinet. Wer die Verhandlungen der damaligen Zeit gelesen hat, wird sich der berüchtigten Konvention vom 8. Februar, der sogenannten Seeschlange, erinnern, die, wie der Erfolg gezeigt hat, praktisch gar kein Resultat hatte, aber sie hatte ihre Bestimmung erfüllt in dem Moment, wo sie in Petersburg unterzeichnet wurde, das heißt: sie entschied über die Parteinahme der kaiserlich russischen Politik für Preußen gegen die polnischen Bestrebungen, die bis dahin sehr zweifelhaft war.

Deshalb war meine Stellung als auswärtiger Minister dem russischen Kabinet gegenüber einigermaßen vorbereitet, und von allen europäischen Kabineten damals konnte man nur von diesem, ich will nicht sagen: eine Unterstützung, aber doch ein tolerari posse unserer deutschen Politik allenfalls erwarten. Ich hatte deshalb das Interesse, die Beziehungen zu Petersburg besonders zu pflegen. Wenn ich mir bewußt war, mit der Mehrzahl meiner Landsleute in diesem Raume der Volksvertreter ein und dieselben nationalen Ziele zu erstreben, so war es hart für mich, daß ich für die Erreichung dieses Zieles auch von keinem Einzigen eine Unterstützung, eine Mitwirkung zu diesem Zweck zu erwarten hatte, im Gegenteil, die eigentümliche Lage, in die wir durch eine geheime Konvention, der gegenüber man einen Bruch des zugesicherten Geheimnisses von mir zu erpressen suchte, gebracht waren, lieferte die Mittel, die übrigen europäischen Kabinette gegen uns zu verhetzen, ihnen gewissermaßen Anzeige zu machen von unseren Schwächen und von Fehlern die diesseits begangen wären, uns — ich kann es nicht anders nennen — in Paris und in London zu verklagen wegen der russenfreundlichen Politik, die wir machten und es war nicht ohne Erfolg. Ich habe durch einen Zufall, der im Jahre 1870 stattfand, indem eine Anzahl geheimer französischer Papiere in un-

Digitized by Google

sere Hände fiel, Indizienbeweise in die Hand bekommen für die Verbindungen, die damals von hiesigen Mitgliedern der Opposition mit der hiesigen französischen Gesandtschaft stattgefunden haben. Ich werde das Geheimnis darüber auch ferner bewahren, weil ich eine Veröffentlichung nicht für nützlich halte. Es sind seitdem 23 Jahre vergangen und manche politische Auffassung hat sich geändert, und Alle haben in der Politik etwas gelernt seitdem; die politische Bildung ist heut eine andere.

Also es war für uns eine sehr bedenkliche, vollkommen isolierte Lage, in der wir uns bei der damaligen polnischen Debatte in diesen Räumen befanden. Beim Beginn der polnischen Insurrektion fand ich in Paris noch eine so ziemlich wohlwollende Beurteilung; man war dort mehr antirussisch als antipreußisch. Aber, nachdem die Verhandlungen im Abgeordnetenhause stattgefunden hatten, die gewissermaßen ein Appell des Hauses an das Ausland waren in dem Sinne wie das englische Sprichwort sagt: Hit him, he has no friend — haut ihn, er hat keinen Freund, — in der Art wurden wir denunziert in Paris, da wechselte die Auffassung des Kaisers Napoleon, und er fing an, auf uns zu drücken in einer unerfreulichen Weise. Und daß wir nicht in Folge dieser Verhandlungen in diesen preußisch-deutschen Räumen nachher unter die Schraube einer diplomatischen Pression genommen worden sind, bei der England, Frankreich und Oesterreich vereinigt waren, und die wir nur entweder mit einem schmählichen Rückzug oder mit der Aufgabe des Krieges, zu dem Rußland 1863 geneigt war, als Verbündete Rußlands endigen konnten, das danken wir nur den deutschfreundlichen Regungen, die schließlich der alte Lord Russel in England noch hatte: England lehnte es ab, sich den Absichten Frankreichs anzuschließen. In der Gefahr befanden wir uns isoliert, und Preußen war damals nicht so stark wie jetzt, wir hatten den deutschen Bund nicht hinter uns. Ich stand genau an dieser selben Stelle und wurde in diesen Räumen von der fast einstimmigen Versammlung mit einer Flut voll Hohn und Haß überschüttet, wo ich dachte: „Nun, da ist der englische und französische Botschafter doch noch weniger gehässig und feindlich gegen dich, als deine Landsleute im preußischen Landtage.“ (Gelächter.) Ja, meine Herren, Sie finden das jetzt lächerlich; Sie haben nicht an meiner Stelle gestanden; Sie haben nicht Tag und Nacht das

Digitized by Google

Gefühl der Verantwortlichkeit für die Geschicke des Landes mit sich umhergetragen, was mich keine Minute verlassen hat in jener Zeit; seien Sie versichert davon.

Ich möchte Ihnen zur Bewahrheitung dessen doch noch von den ungeheuerlichen Aktenstößen, die ich, um keinen Irrtum zu begehen, in diesen Tagen durchgesehen habe, ein paar Telegramme anführen.

Eins ist vom 6. März von dem preußischen Botschafter in London, Grafen Bernstorff:

„Baron Brunnow, der heute Lord Russel gesehen, hat mir eben noch bestätigt, daß das englische Cabinet die verdächtigenden Absichten Frankreichs durchschaut und sich nicht von ihm will mit fortreißen lassen, sondern daß es die Sache Preußens in der polnischen Frage von der Rußlands trennt und die erstere jetzt als beseitigt ansieht, wenn nicht noch eine Intervention von anderer Seite stattfindet."

Ein Telegramm aus London, etwas älter, vom Februar, lautet:

„Zwei telegraphische Depeschen von gestern und eine von heute erhalten. Lord Russel erkennt an, daß Ew. Excellenz Erklärung im Abgeordnetenhause die Bedeutung der Verabredungen mit Rußland abgeschwächt, glaubt aber doch nicht ganz auf die Depesche verzichten zu können, so lange die Königliche Regierung nicht erklärt, daß sie die Konvention nicht ausführen will."

Das war also doch eine für jede unabhängige, großmächtige Regierung demütigende Zumutung, daß wir das zurücknehmen sollten; darauf konnten wir auf keinen Fall eingehen. Sie finden von dieser Depesche zu der ersten einen Fortschritt in der Entwickelung der Preußenfreundlichkeit Englands. Nachdem letzteres gesehen hatte, daß es Frankreich Ernst werden wollte, wollte es doch nicht gegen den alten Verbündeten von Waterloo Arm in Arm mit Frankreich auf diese Weise auftreten.

Unsere Situation war nicht ganz so aussichtslos, wie es den Anschein hatte, wenn nur die drei Kaisermächte, England-Indien mit eingerechnet, als Kaisermacht, die polnische Bewegung unter ihren Schutz nahmen. Die russische Politik war sehr geneigt, den Degen zu ziehen, und ist im Laufe des Sommers 1863 nur auf die Abmahnungen Seiner Majestät des regierenden Kaisers davon abgehalten worden. Es würde auch diese Absicht wahrscheinlich nur ausgeführt worden sein, wenn Rußland auf das Bündnis Preußens, auf das gleichzeitige Losschlagen Preußens hätte rechnen können. Mancher glaubte vielleicht, daß durch einen solchen Krieg, bei all den Beschwerden, die wir damals gegen unsere deutschen

Digitized by Google

Verbündeten hatten, eine zweckmäßigere Erledigung der deutschen Angelegenheiten oder wenigstens Förderung, viel früher hätte stattfinden können, als nachher geschehen ist. Seine Majestät der König hat es sich aber stets versagt, die deutsche Frage anders als mit eigener Macht zu lösen und auch seine Zwistigkeiten mit Oesterreich anders als unter vier Augen, — ich meine, im weitesten Sinne des Wortes — kurz und gut ohne fremde Hilfe zu erledigen. Diese Erwägung, das Bedürfnis, der deutschen Entwickelung einen rein selbstständigen Charakter zu bewahren und keiner auswärtigen Macht für irgend welche Förderung in dieser Richtung Dank schuldig zu sein, hat uns abgehalten, auf diese Richtung einzugehen.

Das oben erwähnte Telegramm vom Februar fährt fort:

„Eine Sommation durch identische Noten wird nicht beabsichtigt. Das englische Kabinet will überhaupt weder Preußen drohen, noch sonst verletzen; es weiß aber, daß die öffentliche Meinung ihm nicht gestatten würde, Preußen beizustehen, wenn Frankreich es angriffe, und wünscht daher dringend, daß die Königliche Regierung durch Beobachtung völliger Neutralität der französischen Regierung jeden Vorwand entziehe."

Nun, diese öffentliche Meinung in England war doch nicht zum geringsten Teil angeregt durch die Debatten, die hier stattgefunden haben, und durch die Art, in der sie von hier aus angerufen war, wie auch die Verhandlungen des englischen Parlaments und der französischen parlamentarischen Regierung hier die Hauptrolle in den Debatten spielten.

Bei den jüngsten Reichstagsverhandlungen ist dies nicht ganz in dem Maße geschehen und auch nicht möglich gewesen. Denn unsere Stellung ist nicht mehr eine so exponierte, wie sie es damals war; auch haben wir mehr Freunde im Auslande. Aber ich muß doch daran erinnern, daß eigentlich die Hauptargumente, die von unseren Gegnern im Reichstag geltend gemacht wurden, den Verhandlungen einer zwar befreundeten aber immer auswärtigen Macht, der österreichischen, entnommen waren. Es war immer ein Anklang, ein milder Anklang an die Debatten von 1863; nun die Zeiten sind ja überhaupt besser geworden.

Ein anderes Telegramm aus London vom 23. Februar lautet:

„Die öffentliche Meinung ist mehr und mehr aufgeregt wegen Polen, und auch die Freunde Preußens bedauern lebhaft die Unterstützung, welche es Rußland gewährt. Die Sprache der französischen Blätter, namentlich des „Constitutionnel", erschreckt hier im Publikum und läßt eine Ein-

Digitized by Google

mischung Frankreichs befürchten. Heut ist wieder eine Interpellation im Unterhause."

Ich verlese Ihnen dies Telegramm, damit Sie vollständig die Stimmung würdigen können, mit der ich damals hier die Angriffe im Interesse Polens abzuwehren hatte. Hier ist noch ein Bericht aus Paris vom 5. März, von dem ich nur die Anfangszeilen vorlese:

„Schon seit einigen Tagen war es nicht mehr zu bezweifeln, daß der von Frankreich gemachte und in der hiesigen Presse bereits als eine vollendete Thatsache bezeichnete Versuch, aus Anlaß der von der Königlichen Regierung mit Rußland getroffenen Verabredungen im Verein mit Oesterreich und England eine diplomatische Collektivaktion gegen Preußen einzuleiten, gescheitert sei am Widerstande Englands."

Wir erinnern noch an das folgende Faktum. Kaum war die Februarkonvention zwischen Preußen und Rußland abgeschlossen, als Napoleon den Versuch machte, mit England und Oesterreich und, wenn es angegangen wäre, mit ganz Europa gegen Preußen und Rußland energisch zu Gunsten Polens vorzugehen, in Wahrheit jedoch mit der Absicht, Rußland wohlfeilen Kaufes davon zu lassen, Preußen aber für die lange Sprödigkeit zu strafen und womöglich um die Rheinprovinz und Schlesien zu bringen. Im französischen Senate trat Prinz Napoleon am 17. März offen mit der Ansicht hervor, daß Frankreich werkthätig die Polen unterstützen müsse. Einige Tage noch vor jener Rede, deren kriegerische Spitze sich gegen Preußen richtete, sandte Lord Palmerston, der damalige englische Minister des Auswärtigen, ein Schreiben an den König von Belgien ab, das jedenfalls dazu bestimmt war, in Berlin zu wirken; dieses in dem Buche „Bismarck und Rußland" abgedruckte Schriftstück lautete: „Ew. Majestät wird erfahren haben, daß wir es abwiesen, in die Falle zu gehen, welche der französische Kaiser uns durch seinen Vorschlag einer gleichlautenden identischen Note legte, die der preußischen Regierung übergeben werden sollte. Es lag augenscheinlich in der Absicht, an der rückweisenden oder ausweichenden Beantwortung einer solchen Note einen Vorwand für die Besetzung der preußischen Rheinprovinz zu erlangen, und das Mißlingen dieses Vorschlags hat die französische Regierung in sehr üble Laune versetzt. Aber die Gefahr für Preußen und die übrigen Staaten ist noch nicht vorüber. Wenn die polnische Revolution weiter geht und Preußen sich veranlassen läßt, in irgend einer Weise feindlich gegen Polen vorzugehen, so wird

Digitized by Google

der französische Kaiser ganz sicher früher oder später und auf einen oder den anderen Vorwand hin die Rheinprovinzen besetzen, um Preußen zur Neutralität zu zwingen. Ew. Majestät würde Preußen und Deutschland einen wesentlichen Dienst erweisen, wenn Sie Ihren Einfluß bei dem König von Preußen verwenden wollten, um ihn zu bewegen, von jeder Aktion, welche sie auch immer sein möge, jenseits seiner Grenzen Abstand zu nehmen."

Der nächste Passus in der Rede des Reichskanzlers betrifft den dänischen Krieg von 1864.

„Das Jahr 1864 — wir sprachen eben von 1863 — brachte neue dringliche Kriegsgefahr. Von dem Augenblicke an, wo unsere Truppen die Eider überschritten, bin ich in jeder Woche gefaßt gewesen auf die Einmischung des europäischen Seniorenkonvents in diese dänische Angelegenheit, und Sie werden mir zugeben, daß das im höchsten Grade wahrscheinlich war. Schon damals aber haben wir wahrnehmen können, daß Oesterreich und Preußen, wenn sie geeinigt sind, obschon der ihnen zur Seite stehende Deutsche Bund damals bei Weitem nicht die militärische Bedeutung hatte, wie dieselben Länder heute haben, doch nicht so leicht von Europa angegriffen werden könnten. Das hat sich schon damals gezeigt; die Kriegsgefahr blieb aber dieselbe."

Als kurz nach dem Tode Frederik's VII. die Zollvereinsbevollmächtigten um den Herrn von Bismarck versammelt waren und ihn mit Bitten bestürmten, den Krieg mit Dänemark zu beginnen, da erwiderte er: „Ich will den Krieg wie Sie, aber ich will ihn führen Zwei gegen Drei, nicht Einer gegen Vier." Herr von Bismarck sah also, ohne Oesterreich, einen Kampf mit dem gesammten Europa voraus. Rußland wurde indessen durch die Rücksichten auf den von Preußen ihm beim polnischen Aufstande geleisteten Dienst zurückgehalten. Eine geheime russische Denkschrift aus dem Jahre 1864 bemerkt überdies: „Aus höheren Rücksichten haben wir unsere alten Rücksichten gegen Dänemark zum Schweigen bringen müssen; Dänemark ist der Beute der Demokratie verfallen." Von Frankreich sagte später einmal Herr von Bismarck, es sei ihm gelungen, in der kurzen Zeit, wo er in Paris Gesandter war, und auch trotz der polnischen Krise, die darauf folgte, eine günstige Haltung desselben in der dänischen Frage zu bewirken. So konnte Bismarck England Trotz bieten, zumal im Bunde mit Oesterreich, und andererseits dadurch, daß er sich auf den Boden des Londoner Traktats stellte, den der deutsche Bund und die öffentliche Meinung in Deutschland einfach beseitigen wollte, um sofort für den Herzog von Augustenburg

Digitized by Google

Schleswig-Holstein zu okkupieren und so durch einen Vertragsbruch Europa herauszufordern.

Weiter heißt es in der Rede:

„1865 wechselte sie (die Kriegsgefahr) die Front und es fing schon damals die Vorbereitung zu dem Kriege von 1866 an. Ich erinnere nur an eine Konseilsitzung preußischer Minister, wie sie zur Beschaffung von Geldern im Jahre 1865 in Regensburg stattfand, die durch den Gasteiner Vertrag nachher erledigt wurde. Aber Anno 1866 kam ja der Krieg im Vollem zum Ausbruch, und es war die große Gefahr vorhanden, welche wir nur durch vorsichtige Benutzung der Umstände hintangehalten haben, daß aus diesem Duell zwischen Preußen und Oesterreich nicht ein großer europäischer Koalitionskrieg wiederum entbrannte, bei dem es sich um die Existenzfrage, um Kopf und Kragen handelte."

Wie war das damalige Verhältniß Preußens zu den europäischen Mächten? Am 21. Februar 1879 sprach sich Fürst Bismarck im Reichstage über die Haltung Frankreichs im Jahre 1866 zu Preußen folgendermaßen aus: „Als ich Minister wurde, war die einzige Macht, mit der wir verhältnißmäßig gut standen, Frankreich. Die guten Beziehungen zu demselben waren günstig in Folge des bereits abgeschlossenen Handelsvertrages. Ich hatte allen Grund, dieses gute Einverständnis durch Aufrechterhaltung dieses Vertrages zu erhalten. Es ist mir dies gelungen, nicht bloß in der kurzen Zeit, in der ich in Paris Gesandter war, persönlich, sondern auch in den recht schwierigen Zeiten durch die polnische Krisis hindurch, in der Frankreich uns gegenüber stand, doch die Beziehungen, und nicht am wenigsten an der Hand dieses Handelsvertrages, so zu pflegen, daß wir schon in der dänischen Frage eine freundliche Haltung von Frankreich aus zur Seite hatten, die den Velleitäten anderer Mächte, uns den Kampf mit Dänemark nicht allein ausfechten zu lassen, von Hause aus den Boden entzog. Ja noch mehr, in dem weiteren Kampfe, der 1865 mit Oesterreich drohte, und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Zeitpunkte fortgesetzt worden, bis zu dem sie sich in der That glücklicherweise für uns fortgesetzt hat, wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder mir möglichen Weise gepflegt hätte. Dadurch entstand eine wohlwollende Beziehung mit dem Kaiser Napoleon, der seinerseits lieber mit Preußen Verträge hatte, als mit anderen, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg 1866 den Verlauf nehmen würde, den er nahm. Er rechnete darauf, daß wir geschlagen würden, und daß er uns

Digitized by Google

dann mit Wohlwollen, aber nicht ganz ohne Entgelt schützen würde. Aber es ist meiner Ansicht nach politisch ein Glück, daß er bis zur Schlacht von Sadowa, bis zu der Enttäuschung über die gegenseitige militärische Stärke uns wohlgesinnt war und mir persönlich namentlich wohlgesinnt blieb."

Aus der berühmten Depesche des Reichskanzlers vom 29. Juli 1870, worin von den vertraulichen Anträgen, die Napoleon fast während der ganzen diplomatischen Laufbahn Bismarcks an diesen hat gelangen lassen, der Schleier zum Theil weggenommen wird, geht hervor, wie Herr von Bismarck diese Anträge behandelt hat. Napoleon wollte an dem Angriff gegen Oesterreich mit den Waffen Frankreichs Teil nehmen. Er wollte Venetien seinerseits erobern, allerdings um es dem Könige Viktor Emanuel einzuhändigen, aber nur nicht so, wie dies nachher geschehen ist, sondern gegen den Verzicht auf alle Pläne, welche der napoleonischen Idee von der Rekonstruktion Italiens entgegen waren. Napoleon verlangte ferner für Frankreich das deutsche Gebiet zwischen Rhein und Mosel gegen einen Erwerb Preußens von 7 bis 8 Millionen Seelen innerhalb Deutschlands. Unklar ist bei dem in der Depesche vom 29. Juli mitgeteilten Vertragsentwurf, wie es mit dem übrigen Deutschland gehalten werden sollte. Die Bundesreform im Preußischen Sinne wird zwar gestattet, aber nicht gesagt, ob dieselbe sich auch auf Deutschland südlich vom Main beziehen sollte. Man darf wohl annehmen, daß Napoleon diese Ausdehnung der preußischen Macht, die er bei den Unterhandlungen des Prager Friedens so emsig zu hindern beflissen gewesen, auch bei dem vor dem Frieden angetragenen Bündnis zu gewähren nicht geneigt war. Es müßte denn sein, daß ihm, wenn das Bündnis nur um diesen Preis zu erhalten war, derselbe nicht zu hoch erschienen wäre für die Auslieferung Italiens und die der Landschaft zwischen Rhein und Mosel.

Wie dem sei: Bismarck lehnte die Anträge ab, aber doch so, daß dem Kaiser so viel Schimmer von Hoffnung blieb, um nicht feindselig gegen Preußen aufzutreten. „Die Unmöglichkeit, auf irgend welche Anerbietungen der Art einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft; wohl aber hielt ich es im Interesse des Friedens für nützlich, den französischen Staatsmännern die ihnen eigentümlichen Illusionen so lange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgendwelche auch nur mündliche Zusage zu machen, möglich

Digitized by Google

sein würde. Ich vermutete, daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutschlands und Europas Interesse war, gefährden würde" (Depesche vom 29. Juli 1870).

Was Rußland betrifft, so kommt Fürst Bismarck an einer späteren Stelle der Rede vom 6. Februar auf das Verhalten desselben zum Kriege von 1866 zurück. Er sagt: „Unsere Beziehungen zu Rußland waren aber durch das Erlebnis von 1866 nicht gestört. Anno 1866 war die Erinnerung an die Politik des Grafen Buol, an die Politik Oesterreichs während des Krimkrieges in Rußland noch zu frisch, um dort den Gedanken aufkommen zu lassen, daß man der österreichischen Monarchie gegen den preußischen Angriff beistehen, daß man den Feldzug erneuern könne, den der Kaiser Nikolaus im Jahre 1849 für Oesterreich geführt hatte." Als Herr von Bismarck 1862 an die Spitze des Ministeriums in Berlin trat, herrschte — wie er sich in der schon erwähnten Rede vom 21. Februar 1879 ausdrückte — am preußischen Hofe eine „ziemliche Verstimmung" gegen Rußland. Man hatte in Berlin nicht die Selbstmacht vergessen, mit welcher Kaiser Nikolaus 1853 in den Krieg gegen die Türken zog, und gegenüber dem Vertreter Englands, als er demselben seine Disposition über die Länder der hohen Pforte auseinandersetzte, auf die Frage, was Preußen dazu meinen werde, die Zustimmung desselben als sich von selbst verstehend voraussetzte. Die preußischen Diplomaten, die mit der neuen Aera des Jahres 1858 aufkamen, und mit denen Bismarck selbst bis in die Zeiten des norddeutschen Bundes wirtschaftete, hatten sich seit dem Jahre 1851 an dem von Bethmann-Hollweg gegründeten „Preußischen Wochenblatt" beteiligt und dessen antirussischen Liberalismus in die neue Aera verpflanzt. Er allein brachte „persönlich bessere Traditionen in Bezug auf Rußland aus Petersburg mit nach Berlin", verlor sein Ziel mitten in den Stürmen des parlamentarischen Konflikts „nie aus den Augen" und befestigte an seinem Hofe „jene besseren Beziehungen" zu Rußland 1863 durch den Vertrag gegen den polnischen Aufstand.

Wie aus den kürzlich im „Russischen Archiv" veröffentlichten Mitteilungen des verstorbenen Feldmarschalls Fürsten Bariatinski erhellt, war dieser vertraute Freund Kaisers Alexander II für eine Beteiligung Rußlands an dem Kriege Preußens gegen Oesterreich im Jahre 1866, weil er eine solche Beteiligung für ein Lebensinteresse

Digitized by Google

Rußlands erachtete. Und wirklich wurde eine solche auch lebhaft in Erwägung gezogen. Er äußerte sich hierüber: „Ich kam hier (in Petersburg) an auf eine Einladung des Kaisers zu den Familienfesten anläßlich der silbernen Hochzeit Ihrer Majestäten, als ehemaliger Brautführer bei der Hochzeit. Bei dieser Gelegenheit hielt ich es für meine Pflicht, dem Kaiser darzulegen, daß bald der Krieg Preußens gegen Oesterreich beginnen werde und daß wir diesen Krieg nicht vorübergehen lassen dürften, ohne selbst Anteil an demselben zu nehmen, angesichts dessen, daß bei der Vortrefflichkeit der preußischen Armee der Krieg für Preußen ein Triumpf sei und Berlin dann, zum offenen Schaden für Rußland, eine erhöhte politische Bedeutung erhalten würde. Wenn aber die Niederlage Oesterreichs durch die vereinigten Streitkräfte Rußlands und Preußens vollzogen würde, so könnten wir, indem wir den Fehler von 1849 wieder gut machen, Ungarn zu einem selbstständigen Königreich gestalten und die übrigen Bestände des österreichischen Staates in zwei Teile teilen, die deutschen Provinzen für Preußen, die slavischen unter dem Schutz Rußlands. Nach einem solchen Ausgange des Krieges würde in der Folge die Lösung der orientalischen Frage ohne jede Mühe erreicht werden, da sich die Schlüssel zu derselben in Wien befänden. Ich mußte mehrere Male den Kaiser inständig bitten, seine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wie sehr seine Beteiligung an dem Kriege gerade eine Notwendigkeit sei, Ich betonte, daß der Krieg sehr kurz sein und keine großen Geldopfer fordern werde; daß aber die Aussichten auf unsere künftige Stellung im Orient vorzügliche seien. Blieben wir aber kaltblütige Zuschauer der sich an unseren Grenzen abspielenden Ereignisse, so würden wir vielleicht in fünf bis zehn Jahren teuer dafür bezahlen müssen, daß wir nicht verstanden hätten, den Augenblick zu benutzen und aus demselben jeglichen Vorteil zur Stärkung der russischen Macht zu ziehen. Mein Drängen hatte endlich zur Folge, daß der Kaiser befahl, in seinem Kabinet unter seinem Vorsitz ein geheimes Komité zu versammeln, bestehend aus dem Kriegsminister Miljutin, dem Minister des Auswärtigen Gortschakow, und mir.“ — Leider hat der verstorbene Feldmarschall nicht gestattet, das zu veröffentlichen, was in jener geheimen Sitzung beschlossen wurde. Jedenfalls geben aber diese von vertrautester Seite des Fürsten erfolgte Veröffentlichungen einen hochinteressanten Einblick in die damaligen gegen-

Digitized by Google

seitigen Beziehungen. In welche Lage moralischer Abhängigkeit von Rußland wäre Preußen-Deutschland geraten, meint der Petersburger Berichterstatter der „Köln. Ztg." hierzu, wenn die Grundlage zur Wiederherstellung des deutschen Reiches mit russischer Hülfe erfolgt wäre. Würde 1866 nicht Jedermann gesagt haben, der Sieg Preußens über Oesterreich sei nur der russischen Hülfe zu verdanken? Und die weitere Folge würde gewesen sein, daß Deutschland jetzt im Westen die unversöhnlichen Franzosen, im Osten das übermäßig starke russisch-slavische Reich, wenn notwendig verbündet mit dem „dankbaren Ungarn", als Nachbaren hätte.

Nach der gewöhnlichen Lesart machte der Tag von Königgrätz den Fürsten Gortschakow, dem bis dahin die „Einbildung" der Preußen, welche aus eigener Macht die politische und territoriale Gestalt des Festlandes umändern wollten, lächerlich erschienen war, sehr gedankenvoll und trübte seine Stimmung. „Er hatte sich, wie Napoleon III., verrechnet, wenigstens, wenn keine preußische Niederlage, doch einen langen Kampf zwischen den beiden Gegnern des Jahres 1866 erwartet, eine diplomatische Intervention Rußlands für unausbleiblich gehalten und am Schlusse dieser Phantasie stand ihm das Bild, in welchem Rußland als Ordner eines neuen Europas und als wohlwollender Protektor eines mäßig arrondierten Preußens glänzte. Bismarck beschwor diesen Sturm durch die Beschleunigung der Friedensunterhandlungen und durch die Sendung des Generals v. Manteuffel, der als Bote seines Königs und als vertrauter Dolmetscher von dessen Gesinnungen den Zaren in Petersburg von den Diensten überzeugte, die ihm eine Erweiterung der deutschen Macht Preußens leisten könne. Der Sieg des preußischen Premier-Ministers über einen Diplomaten, mit dem er seit 1859 an der Newa die zukünftige Gestalt Europas erwogen und den er in den politischen Wirren unterstützt hatte, bildete den Schluß einer hundertjährigen Geschichte und zugleich die Einleitung zu einer neuen Phase der gegenseitigen Verhältnisse zwischen Preußen und Rußland." Diese Darstellung entspricht nicht genau der Auffassung, die der Reichskanzler von der Stellungnahme Rußlands zum Kriege von 1866 entwirft. Er sagt darüber: „Unser Krieg von 1866 wurde eher mit einer gewissen Genugthung gesehen, man gönnte den Oesterreichern das damals in Rußland." Jedenfalls beweist die Erfahrung, welche der König

Digitized by Google

von Hannover mit seinem Hilfsgesuch beim Kaiser Alexander II. nach den Nikolsburger Festsetzungen machte, daß Rußland ein sichtbares Hervortreten seines früheren Einflusses auf deutsche Verhältnisse gegenüber der Bismarck'schen Politik für unfruchtbar und nutzlos hielt. Ihm genügte als Ersatz die Ueberwachung Oesterreichs durch Preußen; für diese Unterbindung seines Rivalen an der unteren Donau und in Stambul opferte es gern eine Einwirkung auf die deutschen Mittelstaaten, die bei den erweiterten politischen Verhältnissen doch nur zu kleinen Triumphen führen konnte, und vergalt Preußen seine Dienste in Oesterreich durch die Bewachung desselben im Kriege des Jahres 1870.

Fürst Bismarck fährt in seiner Rede fort:

„Das war 1866, und schon 1867 folgte die Luxemburger Frage, wo es doch auch nur einer etwas festeren Antwort von uns — wie wir sie vielleicht gegeben haben würden, wenn wir damals so stark gewesen wären, um mit Sicherheit einen guten Erfolg vorauszusehen — bedurfte, um den großen französischen Krieg schon damals herbeizuführen. Von da ab, 1868/69, sind wir bis 1870 ununterbrochen in der Befürchtung vor dem Krieg, vor den Verabredungen geblieben, die zur Zeit des Herrn v. Beust in Salzburg und anderen Orten zwischen Frankreich, Italien und Oesterreich getroffen wurden und von denen man besorgte, daß sie auf unsere Kosten geschehen wären. Es war damals die Befürchtung vor dem Kriege so groß, daß ich in dieser Zeit als Ministerpräsident den Besuch von Kaufleuten und Industriellen erhalten habe, die mir sagten: Diese Unsicherheit ist ja ganz unerträglich; schlagen Sie doch lieber los! Lieber Krieg, als länger in diesem Druck auf allen Geschäften zu verharren! Wir haben ruhig abgewartet, bis auf uns losgeschlagen wurde, und ich glaube, wir haben wohl daran gethan, uns so einzurichten, daß wir die Angegriffenen blieben und nicht die Angreifer waren."

Von deutscher Seite ist lange der Vorwurf nicht verstummt, daß Bismarck den Ausspruch der militärischen Autoritäten entgegen es verschmähte, das im Frühjahr 1867 militärisch sehr schwach vorbereitete Frankreich viel leichteren Kaufes als drei Jahre später niederzuwerfen. Anstatt den Krieg, den er leicht hätte haben können, herbeizuziehen, oder vielmehr die Kriegsgelegenheit festzuhalten, schlug Bismarck die Neutralisierung Luxemburgs vor, um Deutschlands westliche Verteidigungslinie zu sichern. Im Uebrigen opferte er die politische Zugehörigkeit Luxemburgs zu Deutschland. Er selbst hat in der Zirkulardepesche vom 29. Juli 1870 dieses Verhalten damit erläutert, daß er den Krieg mit Frankreich nicht für so unvermeidlich gehalten habe, daß nicht gewisse Möglichkeiten der Zukunft diesen Krieg beiden Völkern hätten ersparen können. Daß er diesen

Digitized by Google

Möglichkeiten den Raum des Wirkens nicht verschließen wollte, so lange er noch an sie glauben konnte, ist gewiß ein Zeichen hoher staatsmännischer Vorsicht und Gewissenhaftigkeit. Manches, ja die meisten Gemüter in Deutschland mögen damals schon vor Freude geschwellt worden sein bei dem Gedanken, Frankreich von deutschen Waffen und nur von unseren Waffen niedergeworfen zu sehen. Bismarck erkannte, daß er diese stolze Möglichkeit, die für ihn vielleicht Gewißheit war, nur ins Leben rufen dürfe, wenn Frankreichs Wille ihn dazu gezwungen. Denn wie sicher auch der Sieg, dieser Sieg mußte Deutschland unter das Gesetz einer über einen unberechenbaren Zeitraum sich erstreckenden Lage stellen, der Lage, gleich dem Ritter St. Georg Fuß und Schwert unverwandt auf einen knirschenden Gegner zu setzen. Eine solche Lage schafft kein denkender, kein gewissenhafter Staatsmann seinem Volke anders, als gezwungen.

Aber diese Erwägung wird nicht die einzige gewesen sein, die Bismarck bestimmte, in der Luxemburger Frage den vermittelnden Weg aufzusuchen. Militärisch war der Krieg mit Frankreich vielleicht damals leicht, politisch nicht. Das plötzliche Emporkommen Preußens, die ungeahnte Kraft, die es so sorgsam gepflegt und so plötzlich anwendete, hatte überall unbehagliche Empfindungen erweckt, die noch nicht überwunden waren. Die Inanspruchnahme Luxemburgs hätte das gegen Preußen erwachte Mißtrauen nur verschärfen müssen. In der Depesche vom 29. Juli 1870 sagt der Reichskanzler: „Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu rieten, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut Niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Uebel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zu Gute kam."

In der Rede vom 6. Februar heißt es weiter:

„Nun, nachdem dieser große Krieg von 1870 geschlagen war, frage ich Sie: ist irgend ein Jahr ohne Kriegsgefahr gewesen? Anfangs der siebziger Jahre — schon gleich, wie wir nach Hause kamen, — hieß es:

Digitized by Google

Wann ist denn der nächste Krieg? Wann wird die Revanche geschlagen werden? In fünf Jahren doch spätestens? Man sagte uns damals: die Frage, ob wir Krieg führen sollen und mit welchem Erfolg — es war das ein Abgeordneter des Centrums, der mir das im Reichstage vorhielt —, hängt doch heutzutage nur von Rußland ab; Rußland allein hat das Heft in Händen. — Auf diese Frage komme ich vielleicht später zurück. — Ich will einstweilen nur noch das 40jährige Bild durchführen, indem ich erwähne, daß im Jahre 1876 schon wieder die Kriegsunwetter im Süden zusammenzogen, im Jahre 1877 der Balkankrieg geführt wurde, der doch nur durch den in Berlin abgehaltenen Kongreß verhindert wurde, eine Konflagration von ganz Europa herbeizuführen, und daß nach dem Kongresse sich plötzlich ein ganz neues Bild uns im Ausblick nach Osten eröffnete, da Rußland uns unser Verhalten auf dem Kongreß übel genommen hatte. — Ich komme vielleicht auch später darauf zurück, wenn meine Kräfte mir das erlauben.

Es trat dann eine gewisse Rückwirkung der intimen Beziehungen der drei Kaiser ein, die uns eine Zeit lang mit mehr Ruhe in die Zukunft sehen ließ; aber bei den ersten Symptomen von der Unsicherheit der Beziehungen der drei Kaiser oder von dem Ablauf der Verabredungen, die sie mit einander getroffen hatten, bemächtigte sich unserer öffentlichen Meinung dieselbe nervöse und, wie ich glaube, übertriebene Aufregung, mit der wir heute und die letzten Jahre zu kämpfen haben, namentlich halte ich sie heute für besonders unmotiviert. . . ."

Was aus diesem historischen Rückblick zu folgern ist. „Ich bin nun weit entfernt, aus der Thatsache, daß ich sie für heute unmotivirt halte, den Schluß zu ziehen, daß wir einer Verstärkung der Wehrkraft nicht bedürften, sondern umgekehrt. Daher dieses 40jährige Tableau, das ich eben, vielleicht nicht zu Ihrer Erheiterung, aufgerollt habe, — und ich bitte um Verzeihung; aber wenn ich ein Jahr hätte fehlen lassen von denen, welche Sie doch alle schaudernd selbst mit erfahren haben, so würde man nicht den Eindruck haben, daß der Zustand der Besorgnis vor großen Kriegen, vor weiteren Verwickelungen, deren Koalitionsergebnisse Niemand vorher beurteilen kann, daß dieser Zustand ein permanenter ist bei uns, und daß wir uns darauf ein für allemal einrichten müssen; wir müssen, unabhängig von der augenblicklichen Lage, so stark sein, daß wir mit dem Selbstgefühl einer großen Nation, die unter Umständen stark genug ist, ihre Geschicke in ihre eigene Hand zu nehmen, auch gegen jede Koalition — mit dem Selbstvertrauen und mit dem Gottvertrauen, welches die eigene Macht verleiht, und die Gerechtigkeit der Sache, die immer auf deutscher Seite bleiben wird nach der Sorge der Regierung —, daß wir damit jeder Eventualität entgegensehen können und mit Ruhe entgegensehen können.

Wir müssen, kurz nnd gut, in diesen Zeiten so stark sein, wie wir irgend können, und wir haben die Möglichkeit, stärker zu sein als irgend eine Nation von gleicher Kopfstärke in der Welt; — ich komme darauf noch zurück —, es wäre ein Vergehen, wenn wir sie

Digitized by Google

nicht benutzten. Sollten wir unsere Wehrkraft nicht brauchen, so brauchen wir sie ja nicht zu rufen. Es handelt sich nur um die eine nicht sehr starke Geldfrage, — nicht sehr starke, wenn ich beiläufig erwähne —, ich habe keine Neigung, auf die finanziellen und militärischen Ziffern einzugehen —, daß Frankreich in den letzten Jahren 3 Milliarden auf die Verbesserung seiner Streitkräfte verwandt hat, wir kaum 1½ mit Einschluß dessen, was wir Ihnen jetzt zumuten. Indessen ich überlasse es dem Herrn Kriegsminister und den Vertretern der Finanzabteilung, das auszuführen."

Unsere geographische Lage und ihre Folgen. „Wenn ich sage, wir müssen dauernd bestrebt sein, allen Eventualitäten gewachsen zu sein, so erhebe ich damit den Anspruch, daß wir noch größere Anstrengungen machen müssen als andere Mächte zu gleichem Zwecke, wegen unserer geographischen Lage. Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten. Frankreich hat nur seine östliche Grenze, Rußland nur seine westliche Grenze, auf der es angegriffen werden kann. Wir sind außerdem der Gefahr der Koalition nach der ganzen Entwickelung der Weltgeschichte, nach unserer geographischen Lage und nach dem vielleicht minderen Zusammenhang, den die deutsche Nation bisher in sich gehabt hat im Vergleich mit anderen, mehr ausgesetzt, als irgend ein anderes Volk. Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten. Er hat uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt, und er hat in Rußland kriegerische Neigungen groß werden lassen, die in früheren Jahrhunderten nicht in dem Maße vorhanden waren. So bekommen wir gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden, indem sie uns ihre Stacheln in unseren beiden Flanken fühlen lassen; sie zwingen uns zu einer Anstrengung, die wir sonst vielleicht nicht leisten würden, sie zwingen uns auch zu einem Zusammenhalten unter uns Deutschen, das unserer innersten Natur widerstrebt; sonst streben wir lieber auseinander. Aber die französisch-russische Presse, zwischen die wir genommen werden, zwingt uns zum Zusammenhalten und wird unsere Kohäsionsfähigkeit auch durch Zusammendrücken erheblich steigern, so daß wir in dieselbe Lage der Unzerreißbarkeit kommen, die fast allen anderen Nationen eigentümlich ist, und die uns bis jetzt noch fehlt. Wir müssen dieser Bestimmung der Vorsehung aber auch entsprechen, indem wir uns so stark machen, daß die Hechte uns nicht mehr thun, als uns ermuntern."

Es folgt nun eine geschichtliche Abrechnung mit Rußland. Der Kanzler geht zurück bis auf den Beginn dieses Jahrhunderts,

Digitized by Google

er zählt auf, was Preußen Rußland zu danken und welche Gegendienste es geleistet hat. Die Quintessenz dieser Darstellung ist: Wir sind quitt. Das „Saldo der Dankbarkeit" ist, wie der Kanzler sich ausdrückt, von Rußland stark benutzt und bei Olmütz ganz getilgt worden. Schließlich habe die notwendig gewordene „Option" zwischen Rußland und Oesterreich Deutschland zum Bündnis mit dem letzteren geführt. Der sehr ausführliche Exkursus lautet:

„Wir hatten ja früher in den Zeiten der heiligen Alliance — mir fällt ein altes amerikanisches Lied dabei ein, welches ich von meinem verstorbenen Freunde Motley gelernt habe; der sagt: In good old colonial times, when we lived under a king — nun, das waren eben patriarchalische Zeiten, da hatten wir eine Menge Geländer, an denen wir uns halten konnten, und eine Menge Deiche, die uns vor den wilden europäischen Fluten schützten. Da war der Deutsche Bund, und die eigentliche Stütze und Fortsetzung und Vollendung des Deutschen Bundes, zu deren Dienst er gemacht, war die heilige Alliance. Wir hatten Anlehnung an Rußland und Oesterreich, und vor allen Dingen: wir hatten die Garantie der eigenen Schüchternheit, daß wir niemals eine Meinung äußerten, bevor die Anderen gesprochen hatten. Das alles ist uns abhanden gekommen; wir müssen uns selber helfen. Die heilige Alliance hat Schiffbruch erlitten im Krimkriege — nicht durch unsere Schuld. Der deutsche Bund ist durch uns zerstört worden, weil die Existenz, die man uns in ihm machte, weder für uns noch für das deutsche Volk auf die Dauer erträglich war. Beide sind aus der Welt geschieden. Nach der Auflösung des deutschen Bundes, nach dem Kriege von 1866, wäre also für das damalige Preußen oder Norddeutschland eine Isolierung eingetreten, wenn wir darauf hätten rechnen müssen, daß man uns von keiner Seite die neuen Erfolge, die großen Erfolge, die wir errungen hatten, verzeihen würde; gern sind die Erfolge des Nachbarn von der anderen Macht niemals gesehen.

Unsere Beziehungen zu Rußland waren aber durch das Erlebnis von 1866 nicht gestört. Anno 1866 war die Erinnerung an die Politik des Grafen Buol, an die Politik Oesterreichs während des Krimkrieges in Rußland noch zu frisch, um dort den Gedanken aufkommen zu lassen, daß man der österreichischen Monarchie gegen den preußischen Angriff beistehen, daß man den Feldzug erneuern könne, den der Kaiser Nikolaus im Jahre 1849 für Oesterreich geführt hatte. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich einen Augenblick setze; ich kann so lange nicht stehen.

Für uns blieb deshalb die natürlichste Anlehnung immer noch die russische, die, abgesehen vom vorigen, in diesem Jahrhundert ihren sehr berechtigten Ursprung in der Politik des Kaisers Alexander I. genommen hat. Ihm war Preußen in der That Dank schuldig. Er konnte 1813 an der polnischen Grenze ebenso gut umkehren und Frieden schließen; er konnte später Preußen fallen lassen. Damals haben wir in der That die Herstellung auf dem alten Fuß wesentlich dem Wohlwollen des Kaisers Alexander I. oder — wenn Sie skeptisch sein wollen — sagen Sie, der russischen Politik, wie sie Preußen brauchte, zu danken gehabt.

Digitized by Google

Diese Dankbarkeit hat die Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. beherrscht. Das Saldo, welches Rußland im preußischen Konto hatte, ist durch die Freundschaft, ich kann fast sagen, durch die Dienstbarkeit Preußens während der ganzen Regierungszeit des Kaisers Nikolaus ausgenützt und in Olmütz, kann ich sagen, getilgt worden. In Olmütz nahm der Kaiser Nikolaus nicht für Preußen Partei, schützte uns nicht einmal vor üblen Erfahrungen, vor gewissen Demütigungen, wie der Kaiser Nikolaus überhaupt doch im ganzen mehr Vorliebe für Oesterreich als für Preußen hatte; der Gedanke, daß wir Rußland während seiner Regierung irgend welchen Dank schuldig wären, ist eine historische Legende.

Wir haben aber, so lange der Kaiser Nikolaus lebte, unsererseits doch die Tradition Rußland gegenüber nicht gebrochen; wir haben im Krimkriege, wie ich vorher schon erzählte, unter erheblichen Gefahren und Bedrohungen festgehalten an der russischen Aufgabe. Se. Majestät der hochselige König hatte keine Neigung — was damals, wie ich glaube, möglich gewesen wäre —, mit einer starken Truppenaufstellung eine entscheidende Rolle in dem Kriege zu spielen. Wir hatten Verträge geschlossen, nach denen wir verpflichtet waren, zu einer gewissen Zeit 100,000 Mann aufzustellen. Ich schlug Sr. Majestät damals vor: stellen wir nicht 100,000, sondern 200,000 Mann auf, und stellen wir sie à cheval auf, so daß wir sie nach rechts und links gebrauchen können, so sind Ew. Majestät heute der entscheidende Richter des Krimkrieges Ihrerseits. Indessen der hochselige König war für kriegerische Unternehmungen nicht geneigt, und das Volk kann ihm dafür nur dankbar sein. Ich war damals jünger und unerfahrener, als ich heutigen Tages bin. Indessen haben wir immerhin für Olmütz keine Rancüne getragen während des Krimkrieges, wir kamen aus dem Krimkriege als Freunde Rußlands heraus, und ich habe in der Zeit, wo ich Gesandter in St. Petersburg war, die Frucht dieser Freundschaft durch eine sehr wohlwollende Aufnahme am Hof und in der Gesellschaft genießen können. Auch unsere Parteinahme für Oesterreich im italienischen Kriege war nicht nach damaligen Geschmack des russischen Kabinets, aber sie hatte keine nachteilige Rückwirkung. Unser Krieg 1866 wurde aber mit einer gewissen Genugthuung gesehen; man gönnte den Oesterreichern das damals in Rußland. Im Jahre 1870 in unserem französischen Kriege hatten wir wenigstens noch die Satisfaktion, gleichzeitig mit unserer Verteidigung und siegreichen Abwehr dem russischen Freunde einen Dienst im Schwarzen Meere erweisen zu können. Es wäre die Freigebung des Schwarzen Meeres dnrch die Kontrahenten keineswegs wahrscheinlich gewesen, wenn nicht die deutschen Truppen siegreich in der Nähe von Paris gestanden hätten. Wenn sie z. B. geschlagen wären, so, glaube ich, wäre der Abschluß des damaligen Londoner Abkommens zu Gunsten Rußlands so leicht nicht gewesen. Also auch der Krieg von Anno 70 hinterließ keine Verstimmung zwischen uns und Rußland.

Ich führe diese Thatsachen an, um Ihnen die Genesis des Vertrages mit Oesterreich darzulegen, der vor wenigen Tagen publiziert worden ist, und um die Politik Seiner Majestät gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, daß sie die Kriegsmöglichkeiten für das Deutsche Reich erweitert hätte durch Hinzufügung derjenigen, welche Oesterreich ohne sein Verschulden betreffen könnte. Ich bin deshalb im Begriff, Ihnen

Digitized by Google

zu schildern, wie es kam, daß die von mir persönlich stets mit Vorliebe gepflegten traditionellen Beziehungen zwischen uns und Rußland sich so gestalteten, daß wir zum Abschluß des vorgestern publizierten Vertrages veranlaßt wurden.

Die ersten Jahre nach dem französischen Kriege vergingen noch im besten Einverständnis; im Jahre 1875 trat zuerst eine Neigung meines russischen Kollegen, des Fürsten Gortschakow, zu Tage, sich mehr um Popularität in Frankreich als bei uns zu bemühen und gewisse künstlich herbeigeführte Konstellationen dazu zu benutzen, um der Welt durch ein hinzugefügtes Telegramm glauben zu machen, als hätten wir 1875 irgend einen entfernten Gedanken daran gehabt, Frankreich zu überfallen, und als wäre es das Verdienst des Fürsten Gortschakow, Frankreich aus dieser Gefahr errettet zu haben. Das war das erste Befremden, welches zwischen uns auftrat, und welches mich zu einer lebhaften Aussprache mit meinem früheren Freunde und späteren Kollegen veranlaßte. Demnächst und gleichzeitig hatten wir immer noch die Aufgabe festgehalten, den Frieden zwischen den drei Kaisern festzuhalten, die Beziehungen fortzusetzen, die zuerst eingeleitet waren durch den Besuch der Kaiser von Rußland und von Oesterreich 1872 hier in Berlin und durch die darauf folgenden Gegenbesuche. Es war uns das auch gelungen. Erst 1876 vor dem türkischen Kriege traten uns gewisse Nötigungen zu einer Option zwischen Rußland und Oesterreich entgegen, die von uns abgelehnt wurden. Ich halte nicht für nützlich, in die Details darüber einzugehen; sie werden mit der Zeit auch einmal bekannt werden. Es hatte unsere Ablehnung die Folge, daß Rußland sich direkt nach Wien wandte, und daß ein Abkommen — ich glaube, es war im Januar 1877 — zwischen Oesterreich und Rußland geschlossen wurde, welches die Eventualitäten einer orientalischen Krise betraf, und welches Oesterreich für den Fall einer solchen die Besetzung von Bosnien u. s. w. zusicherte. Dann kam der Krieg, und wir waren recht zufrieden, wie das Unwetter sich weiter südlich verzog, als es ursprünglich Neigung hatte. Das Ende des Krieges wurde hier in Berlin durch den Kongreß definitiv herbeigeführt, nachdem es vorbereitet war durch den Frieden von San Stefano. Der Friede von San Stefano war meiner Ueberzeugung nach nicht viel bedenklicher für die antirussischen Mächte und nicht sehr viel nützlicher für Rußland, als nachher der Kongreßvertrag gewesen ist. Der Friede von San Stefano hat sich ja, kann man sagen, nachher von selber eingefunden, indem das kleine, ich glaube 800,000 Seelen umfassende Ostrumelien eigenmächtig die Wiederherstellung der — nicht ganz — der alten San-Stefano-Grenze auf sich nahm und sich Bulgarien anfügte. Es war also der Schaden, den der Kongreß in den Abmachungen von San Stefano angerichtet hat, nicht so sehr schlimm. Ob diese Abmachungen von San Stefano gerade ein Meisterwerk

Digitized by Google

der Diplomatie waren, das lasse ich dahingestellt sein. Wir hatten damals sehr wenig Neigung, uns in die orientalischen Sachen zu mischen, ebenso wenig wie heute. Ich war schwer krank in Friedrichsruh, als mir von russischer Seite das Verlangen amtlich mitgeteilt wurde, zur definitiven Beilegung des Krieges einen Kongreß der Großmächte nach Berlin einzuberufen. Ich hatte zunächst wenig Neigung dazu, einmal, weil ich in der körperlichen Unmöglichkeit, war, dann aber auch, weil ich keine Neigung hatte, uns so weit in die Sache zu verwickeln, wie die Rolle des Präsidierens eines Kongresses nothwendig mit sich bringt. Wenn ich schließlich dennoch nachgegeben habe, so war es einerseits das deutsche Pflichtgefühl im Interesse des Friedens, namentlich aber das dankbare Andenken, das ich an die Gnade des Kaisers Alexander II. für mich stets bewahrt habe, das mich veranlaßte, diesen Wunsch zu erfüllen. Ich erklärte mich dazu bereit, wenn es uns gelänge, die Einwilligung von England und von Oesterreich zu beschaffen. Rußland übernahm, die Einwilligung von England zu besorgen, ich nahm auf mich, sie in Wien zu befürworten; es gelang, und der Kongreß kam zu Stande.

Während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, soweit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, ungefähr so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre auf diesem Kongreß; ja ich kann fast sagen, der dritte, denn den Fürsten Gortschakow kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter Grafen Schuwalow vertreten war, kaum annehmen.

Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht befürwortet, ja, den ich nicht durchgesetzt hätte. Ich bin in Folge des Vertrauens, das mir der leider verstorbene Lord Beaconsfield schenkte, in den schwierigsten kritischen Momenten des Kongresses mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruch nahe stand, dessen Zustimmung im Bett erreicht; — kurz, ich habe mich auf dem Kongreß so verhalten, daß ich dachte, nachdem er zu Ende war: nun, den höchsten russischen Orden in Brillanten besitze ich längst, sonst müßte ich den jetzt bekommen. Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es selten einem fremden Minister vergönnt gewesen ist.

Welches mußte also meine Ueberraschung und meine Enttäuschung sein, wie allmälch eine Art von Preßkompagnie in Petersburg anfing, durch welche die deutsche Politik angegriffen, ich persönlich in meinen Absichten verdächtigt wurde. Diese Angriffe steigerten sich während des darauf folgenden Jahres bis 1879 zu starken Forde-

Digitized by Google

rungen eines Druckes, den wir auf Oesterreich üben sollten in Sachen, wo wir das österreichische Recht nicht ohne weiteres angreifen konnten. Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten, denn, wenn wir uns Oesterreich entfremdeten, so gerieten wir, wenn wir nicht ganz isoliert sein wollten in Europa, notwendig in Abhängigkeit von Rußland. . . . . Wäre eine solche Abhängigkeit erträglich gewesen? Ich hatte früher geglaubt, sie könnte es sein, indem ich mir sagte: wir haben gar keine streitigen Interessen; es ist gar kein Grund, warum Rußland je die Freundschaft uns kündigen sollte. Ich hatte wenigstens meinen russischen Kollegen, die mir dergleichen auseinandersetzten, nicht geradezu widersprochen. Der Vorgang betreffs des Kongresses enttäuschte mich, der sagte mir, daß selbst ein vollständiges Indienststellen unserer Politik (für gewisse Zeit) in die russische uns nicht davor schützte, gegen unseren Willen und gegen unser Bestreben mit Rußland in Streit zu geraten. Dieser Streit über Instruktionen, die wir an unsere Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden gegeben oder nicht gegeben hatten, steigerten sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite.

Das ist der Ursprung unseres österreichischen Vertrages. Durch diese Drohungen wurden wir gezwungen, zu der von mir seit Jahrzehnten vermiedenen Option zwischen unseren beiden bisherigen Freunden zu schreiten. Ich habe damals den Vertrag, der vorgestern publiziert worden ist, in Gastein und Wien verhandelt, und er gilt noch heute zwischen uns.

In dieser Auseinandersetzung mit Rußland ist zunächst der Passus hervorzuheben, wo von der im Jahre 1870 während des Krieges erfolgten Aufhebung der beschränkenden Bestimmungen des Pariser Vertrages von 1856 die Rede ist. Der Kanzler sagt, daß Preußen darin Rußland unterstützt habe. Das widerspricht derjenigen Version, nach welcher schon „nach der Königgrätzer Ueberraschung und nach dem Scheitern seines Versuches, den Folgen derselben durch ein diplomatische Intervention Halt zu gebieten, Gortschakoff, der in einem Rundschreiben vom 30. August 1866 angesichts des Zerfalls der europäischen Solidarität für Rußland die Freiheit des Handels in Anspruch genommen und das nationale Interesse zur einzigen Richtschnur seines Verhaltens erhoben, jetzt nachholte, was er damals noch nicht leisten konnte, indem er in seinem Rundschreiben vom 31. Oktober 1870 die Bestimmung des Pariser Vertrages von 1856, welche Rußlands Macht auf dem schwarzen Meere einschränkte, kündigte. Preußen wurde, wie sich Bismarck gegen den

Digitized by Google

englischen Bevollmächtigten in Versailles erklärte, durch diesen Schritt „unangenehm überrascht", es hatte keine vorhergehende Anzeige von diesem Bruch der Verträge erhalten. Gleichzeitig schickte der russische Kanzler an die republikanische Regierung zu Tours eine Note und ließ deren Freundschaftsversicherungen durch den Geschäftsträger vor dem damaligen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Chaudordy, dahin erläutern, daß die Interessen Frankreichs und Rußlands dieselben seien und notwendig zu einer dauerhaften Allianz führen müßten. So ward damals schon, unter den Mauern von Paris, der spätere Zwist zwischen Gortschakow und Bismarck eingeleitet. Nach Königgrätz wurde er angekündigt und durch den Kaiser von Rußland noch beigelegt; wenige Jahre nach dem französischen Kriege hatte er schon den Schein eines Bruchs zwischen Preußen und Rußland angenommen."

Dagegen bemerkt Fürst Bismarck in seiner Rede vom 6. Februar: „Auch der Krieg von Anno 70 hinterließ keine Verstimmung zwischen uns und Rußland". Daß Fürst Bismarck sich „unangenehm" überrascht gezeigt habe, hat allerdings Odo Russel, der den Auftrag hatte, sich zu beklagen, Aequivalente zu verlangen und vor allem seine Regierung über die Natur und Tragweite der Vereinbarungen des Berliner Hofes mit dem Petersburger aufzuklären, amtlich nach London berichtet. Den gegenwärtigen Aeußerungen Bismarcks entspricht aber der folgende Bericht: „Auf Russel's Frage: Wie aber wird Ihre Haltung sein, wenn ein Konflikt ausbrechen sollte? antwortete Herr v. Bismarck, daß er kein Verehrer der Konjekturalpolitik sei, daß er seine Haltung nach den Umständen bestimmen werde, und daß er an diesem Tage, zu dieser Viertelstunde keine Veranlassung habe, sich in eine Sache zu mischen, die Deutschland nur indirekt berühre. Er fügte hinzu, daß wenn auch Dankbarkeit und Politik zwei unversöhnliche Begriffe seien, er nichts desto weniger gezwungen sei, anzuerkennen, daß Kaiser Alexander sich immer Deutschland gegenüber außerordentlich sympathisch gezeigt habe, während die Haltung Oesterreichs zweideutig, die Englands nichts weniger als liebenswürdig war. Was die Zukunft betrifft, so kenne er sie nicht, und ziehe vor, nicht von ihr zu reden. Uebrigens finde er, daß man sich bezüglich der Geschicklichkeit der russischen Politik in sonderbaren Uebertreibungen ergehe; man betrachte sie als von subtiler Feigheit, voll List, Umwegen und Kunstgriffen, während sie ganz einfach harmlos

Digitized by Google

(candide) ist; wäre sie gewitzigter, sie hätte den Pariser Vertrag vollständig zerrissen, dann hätte man ihr Dank dafür gewußt, wenn sie einige Stücke davon wieder aufgenommen und sich mit der Herstellung ihrer Souveränetät im Schwarzen Meere begnügt hätte."

Das Jahr 1875 brachte die viel erörterte Krieg- in -Sicht-Affaire. Der Reichskanzler erwähnt in seiner Rede die in diesem Jahre zuerst hervorgetretene Neigung des Fürsten Gortschakow, sich mehr um Popularität in Frankreich, als in Deutschland zu bemühen und „gewisse künstlich herbeigeführte Konstellationen" (den katholischen Dreibund Frankreich-Italien-Oesterreich unter den Auspizien des Papstes) dazu zu benutzen, um die Welt glauben zu machen, als hätte Deutschland im Frühjahr 1875 irgend einen entfernten Gedanken daran gehabt, Frankreich zu überfallen, und als wäre es das Verdienst des Fürsten Gortschakow, Frankreich aus dieser Gefahr errettet zu haben. Dieses Kapitel ist im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Enthüllungen des inzwischen verstorbenen Generals Leflô, der zu der Zeit, wo die Krieg- in -Sicht-Affaire spielte, französischer Botschafter in Petersburg war, gründlich erörtert worden. Die Nordd. A. Z. fertigte jene Enthüllungen mit den Worten ab:

„Der General Leflô mag aus eignem Antriebe oder auf höheren Befehl an die kriegerischen Absichten Deutschlands geglaubt und seinen Befürchtungen in Petersburg Ausdruck gegeben haben; aber nach seinem eigenen Zugeständniß erwies sich diese Furcht als unbegründet.

Als er dem Kaiser Alexander II. von „den schwarzen Punkten" sprach, welche Fürst Bismarck heraufbeschwöre und die geeignet wären, die Ruhe Frankreichs auf's Tiefste zu erschüttern, antwortete ihm der Zar, der in Bezug auf die deutsche Politik besser informiert war, als alle französischen Staatsmänner, Deutschland sei „sehr entfernt" einen Krieg zu wollen: er, der Zar, wisse bestimmt (pertinemment), daß der Kaiser Wilhelm „ganz entschieden gegen jeden neuen Krieg sei". (résolument opposé à toute nouvelle guerre.) — Es beweist dies mehr als alles Andere, daß von einem deutscherseits gegen Frankreich geplanten Angriffe im Jahre 1875 nicht die Rede war, denn der Kaiser Wilhelm allein, ohne dessen Wille kein deutscher Soldat in's Feld geschickt werden kann, hat über Krieg und Frieden zu bestimmen, und dieser war nach dem kompetenten

Digitized by Google

Zeugnis des Kaisers Alexander „entschieden gegen jeden neuen Krieg."

Die Grundlosigkeit der Leflô'schen Befürchtungen oder Behauptungen tritt noch greller hervor, wenn man die aus der Sendung des Herrn von Radowitz nach Petersburg entnommenen Argumente prüft. — Der General Leflô behauptet, Herr v. Radowitz sei nach Petersburg entsendet worden, um dem Zaren Kompensationen im Orient zu versprechen, wenn er Deutschland ungehindert über Frankreich herfallen lassen wollte. — Diese Vorschläge seien abgewiesen worden.

Der General Leflô macht keinen Versuch, diese Erfindung durch Beweismittel oder Indizien zu begründen. — Sie ist einfach aus der Luft gegriffen und hat keine andere Unterlage als die Dreistigkeit, mit der sie erfunden ist. — Die Rückkehr des Herrn v. Radowitz von seiner Sendung nach Petersburg fand früher statt, als der hohle Kriegslärm überhaupt von französischen Agenten im Einverständnis mit dem Fürsten Gortschakow in Szene gesetzt wurde. Sie hatte keinen weiteren Zweck als den der geschäftlichen Vertretung des abwesenden Botschafters durch einen Diplomaten, der den Rang eines Gesandten besaß, dabei die Intentionen der Regierung genau kannte, weil er bis dahin im Auswärtigen Amte in Berlin gearbeitet hatte, und der der Dialektik des Fürsten Gortschakow gewachsen war."

Als nach dem Sturze Thiers im Jahre 1873, mit der Präsidentschaft Mac Mahons die klerikalen und monarchistischen Elemente Frankreichs emporgekommen waren und Fürst Bismarck in einer Depesche vom 4. Januar 1874 an den deutschen Botschafter erklärte, daß ein klerikales Frankreich der geschworene Feind Deutschlands sei, wurde dem Reichskanzler als weiterer Inhalt dieser Depesche die Aeußerung zugeschrieben, daß, falls ein Zusammenstoß unzweifelhaft und unvermeidlich sei, die deutsche Regierung den Zeitpunkt nicht abwarten werde, der etwa für Frankreich je nach dem Stande seiner Kriegsbereitschaft der passendste wäre. Dieselbe Erklärung sollte, wie der französische Botschafter Gontaut-Biron an den Herzog von Decazes berichtete, auch Herr v. Radowitz gethan haben, und zwar bei Gelegenheit der Vermehrung der Cadres der französischen Armee, die im Frühjahr 1875 große Unruhe in Deutschland hervorrief. Ende Mai, als der französische Kriegslärm, dem jene angeblichen Aeußerungen des Fürsten v. Bismarck, des Herrn v. Radowitz und anderer

Digitized by Google

als Vorwand dienten, schon ausgetobt hatte, sagte der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Derby, im englischen Oberhause: „Es sei bekannt, daß vor einigen Wochen eine sehr tief gehende Beunruhigung über die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich stattfand. Persönlichkeiten von höchstem Ansehen in Berlin hätten erklärt, daß die französische Armee ein Gegenstand der Gefahr für Deutschland geworden sei, indem die so ungeheuer vermehrten Zahlenverhältnisse derselben deutlich den Entschluß bekundeten, demnächst den Krieg zu erneuern, und es bliebe, wenn die Absicht zu einem Angriff auf Deutschland bestehe, letzterem nichts übrig, als zu seiner eigenen Verteidigung den ersten Schlag zu führen. Auch sage man in Berlin, daß, so wenig auch Deutschland den Krieg wünsche, es doch notwendig sein würde, daß Frankreich seine Armee beträchtlich reduziere, um den Frieden zu sichern.“ Der deutsche Reichs- und preußische Staatsanzeiger bemerkte zu dieser Erklärung: „Daß die Vermehrung der Cadres hier eine gewisse Beunruhigung erzeugt hat, ist richtig. Diese Beunruhigung hat aber nicht im entferntesten zu kriegerischen Entschließungen oder auch nur Erwägungen in Deutschland geführt und hat bei der Reichsregierung zu keiner Zeit die Absicht bestanden, eine Aufforderung zur Reduktion der Streitkräfte oder auch nur zur Sistierung der Armee-Reorganisation an die französische Regierung zu richten.“

Dieses Dementi sprach die Reichsregierung von dem ausgesprengten Verdachte frei, ohne zugleich andere „Persönlichkeiten von höchstem Ansehen in Berlin“ zu umfassen. Möglich, daß in Berlin es Kreise gab, die auf einen Präventiv-Krieg drangen. Beim Fürsten Bismarck traf aber das schon zitierte Wort zu, das er in seiner Depesche vom 24. Juli 1870 geschrieben: „Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu rieten, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut Niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Uebel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zu Gute kam.“

Digitized by Google

Fürst Bismarck hat wieder ein Jahr nach der Unruhe von 1875 Gelegenheit genommen, den Gedanken an einen „Krieg aus Vorsicht" weit von sich abzuweisen, indem er bemerkte: „Denken Sie sich, meine Herren, meine Lage, wenn ich vor einem Jahre hier vor Sie getreten wäre und hätte Ihnen auseinandergesetzt, wir müssen Krieg führen, ich weiß Ihnen eigentlich einen ganz bestimmten Grund dafür nicht anzugeben, wir sind nicht angegriffen und nicht beleidigt, aber die Situation ist gefährlich, wir haben mehrere mächtige Armeen zu Nachbarn, die französische Armee reorganisiert sich in einer Weise, die in der That beunruhigend ist, ich verlange von Ihnen eine Anleihe von 200 Millionen Thalern, um zu rüsten. Würden Sie da nicht sehr geneigt gewesen sein, zunächst nach dem Arzte zu schicken, um untersuchen zu lassen, wie ich dazu käme, daß ich nach meiner langen politischen Erfahrung die kolossale Dummheit begehen könnte, so vor Sie zu treten und zu sagen: es ist möglich, daß wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden, damit wir dem nun zuvorkommen, fallen wir rasch über unsere Nachbarn her und hauen sie zusammen, ehe sie sich vollständig erholen — gewissermaßen Selbstmord aus Besorgnis vor dem Tode und das inmitten einer ganz behaglichen ruhigen Stellung, wo kein Mensch gewußt hätte, was eigentlich für ein casus belli, was für ein Grund zum Kriege vorliegen könnte?"

Fürst Bismarck verwies also die ihm 1875 zugeschriebene Idee eines „Krieges aus Vorsicht" in die Sphäre des Irrsinns.

Es ist dieser Politik, von welcher unser Staatsmann sich während der ganzen Zeit seiner Wirksamkeit hat leiten lassen, durchaus entsprechend, wenn er nach glaubhaften Versicherungen schon vor seiner Rede vom 6. Februar den Ausspruch gethan: Für ihn existiere der militärische Gesichtspunkt nicht, daß Deutschland Frankreich überlegen sei, vielmehr bestände der einzige Gesichtspunkt, aus dem die Sache anzusehen sei, in der Thatsache: Wenn Deutschland es mit einem ungerechten Angriff zu thun hat, ist es im Stande, das Doppelte und Dreifache dessen zu leisten, was ihm rein militärisch an Mitteln zu Gebote stände.

Heerführer und überhaupt Militärs haben, wie die Geschichte beweist, stets andere „Gesichtspunkte" gehabt. Die Theorie des Zuvorkommens, die Benutzung des augenblicklichen militärischen Uebergewichts spielt in der Kriegsgeschichte eine große Rolle.

Digitized by Google

Wir citieren aus einem französischen Geschichtsschreiber, aus einem Werke, welches vor etwa zehn Jahren erschienen ist:

„Sollte er bis zum letzten Augenblick in dieser zuwartenden Stellung verharren, stillsitzen, bis sein Feind ihn auf seinem Gebiete aufsuche, um des Feindes Unrecht desto augenscheinlicher zu machen? oder aber war es nicht besser, über ihn herzufallen, ehe er mit seinen Vorbereitungen fertig war und seine Kombinationen durch einen jener raschen Angriffe zu vereiteln, welche oft die beste Art der Verteidigung sind?"

So schreibt Lanfrey im fünften Band seiner Histoire de Napoléon I. über die Lage, in welcher der Kaiser von Rußland sich befand, nicht etwa von der Zeit im Jahre 1812, als die Heersäulen des Imperators sich in Bewegung setzten, sondern von der Periode 1810—1811, als äußerlich noch tiefer Friede zwischen den Höfen von St. Petersburg und Paris herrschte. Dergleichen hat für manchen Politiker schon als Staatsmoral gegolten. Des deutschen Staatsmanns Politik hat dagegen immer auf den in der oben erwähnten Depesche von 1870 enthaltenen Worten beruht: „Ich betrachte auch einen siegreichen Krieg immer als ein Unheil, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß." Der so lange als der kriegerische Unruhestifter Europas angesehene Staatsmann ist eher ein Elihu Burrit, als das. Dem Kriege aus dem Wege zu gehen bis zur Erschöpfung der letzten Friedensmittel, das ist das System des Mannes von Blut und Eisen. „Nach der Schlacht von Königgrätz," erzählte einmal Fürst Bismarck privatim, „war ich ganz allein für den Frieden, alle waren gegen mich, es ist gar nicht zu sagen. Der König war ungehalten, die Generale tobten über den Civilisten. Ich erklärte dem König, ich werde die Verantwortlichkeit der Fortsetzung des Krieges nicht auf mich nehmen und zurücktreten. Aber wenn der König trotzdem Krieg führen und meinethalben ein oströmisches Kaiserreich gründen und nach Konstantinopel gehen wollte, so erbäte ich mir eine Stelle bei der aktiven Armee, um zu beweisen, daß es mir nicht an Mut fehle." Ein Jahr später spielte die Luxemburger Frage. Von deutscher Seite, sagten wir schon oben, ist der Vorwurf lange nicht verstummt, daß Bismarck dem Ausspruch einer militärischen Autorität wie Moltke entgegen es verschmähte, das im Frühjahr 1867 militärisch sehr schwach vorbereitete Frankreich viel leichteren Kaufs, als drei

Digitized by Google

Jahre später niederzuwerfen. Den Krieg mit Frankreich wollte Bismarck 1870 noch vermeiden.

Wäre es auf das deutsche Volk und auf die Armee angekommen, man hätte gleich bei der ersten Zumutung Benedetti's in Ems losgeschlagen. Erst die zweite, die stärkere Zumutung an den König von Preußen, Garantien für die Zukunft zu geben gegen Wiederkehr solcher angeblichen Herausforderung Frankreichs, ließ auch bei Bismarck die Geduld reißen.

Summa: Fürst Bismarck ist nicht der Meinung derjenigen Politiker und Militärs, welche einem Kriege deswegen nicht nach Kräften vorbeugen, weil er doch unvermeidlich sei. „Denn Niemand durchschaut die Absichten der Vorsehung bezüglich der Zukunft." Der bloß „militärische Gesichtspunkt" darf einen Politiker nicht bestimmen. Höher als die militärischen Kräfte der Nation stehen die moralischen Potenzen.

Die Frage des Präventiv-Krieges, des Krieges aus Vorsicht oder aus militärischer Zweckmäßigkeit hat der Reichskanzler wieder in seiner Rede vom 6. Februar erörtert. Er forderte den Reichstag auf, für einen solchen Angriffskrieg die Milliarde zu versagen, auch wenn er selbst sie fordere. Das Gewicht der Imponderabilien, das schwerer wiege, als das materielle des Gegners, würde bei einem Angriffskriege uns fehlen, bei einem Verteidigungskriege aber auf unserer Seite sein. Dieser Ausspruch ist nicht bloß für die gegenwärtige Lage gethan. Wie derselbe Gedanke schon seit 1866 die Politik des Reichskanzlers geleitet hat, wird er auch in Zukunft dem deutschen Volke den Frieden erhalten und nur dem Angriffe die Abwehr entgegensetzen, dann aber auch die ganze materielle und moralische Kraft einsetzen, über welche das deutsche Volk gebietet. Wir verlassen dieses Thema und folgen der chronologischen Uebersicht der Februar-Rede weiter. Von der russisch-französischen Komödie des Frühjahrs 1875 geht der Reichskanzler auf die „Nötigungen" über, die im Jahre 1876 Deutschland zu einer Option zwischen Österreich und Rußland zwingen sollten, worauf es im Januar 1877 zu einem Abkommen über Deutschlands Kopf hinweg zwischen Rußland und Oesterreich kam.

Indem er von diesen „Nötigungen" sprach, erklärte der Reichskanzler nicht für nützlich, in die Details darüber einzugehen. Man muß annehmen, daß die Dinge, die hier verschwiegen werden, zu nahe mit der brennenden Frage unserer

Digitized by Google

Gegenwart zusammenhängen. Dasselbe Thema, d. h. die Geschichte des Jahres 1876, ist im vorigen Frühjahr vielfach in der Berliner, Wiener, Pester und russischen Presse verhandelt worden, und dabei hat sich ein solcher Gegensatz und Widerspruch der Darstellung herausgestellt, nicht blos zwischen der deutschen und russischen, sondern auch zwischen der ersteren und österreichischen, daß der Schleier, den auch Fürst Bismarck über diese Periode wirft, indem er nur einen Zipfel desselben hebt, um uns wenigstens etwas in das Verborgene hineinschauen zu lassen, uns um so mehr in Spannung erhält.

Die Vorgeschichte des Krieges von 1877, die Geschichte des Kongresses von 1878, des Bündnisses von 1879 bedarf noch der vollen Beleuchtung; aber wir haben doch wichtige Winke durch die Andeutungen des Reichskanzlers erhalten. Wir wissen jetzt, daß schon drei Jahre vor dem Bündnis von 1879 eine „Nötigung" für Deutschland, zwischen Oesterreich und Rußland zu wählen, nahe war, wir wissen, daß damals Rußland und Oesterreich sich näherten, um hinter dem Rücken Deutschlands eine gemeinsame Position zu den orientalischen Dingen einzunehmen. Wir erfahren das von hoher Autorität — aber vor fast einem Jahr (April und Mai 1887) haben offiziöse Blätter in Oesterreich und Ungarn, haben namentlich auch Staatsmänner daselbst die Sache nicht ebenso dargestellt.

In der Rede des Fürsten Bismarck finden sich die deutlichsten Anklänge an die Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." aus dem April und Mai vorigen Jahres, als dieselbe Frage erörtert wurde. Fürst Bismarck sagt in seiner Rede, durch das Abkommen vom Januar 1877 sei Oesterreich von Rußland die Besetzung von Bosnien u. s. w. zugesichert worden und die „Nordd. Allg. Ztg." vom vorigen Jahre hat uns diese Zusicherung als die vorweg genommene Gegenleistung Rußlands für Oesterreichs Neutralität in dem zu erwartenden Kriege bezeichnet. Dasselbe offiziöse Blatt hat erklärt: „Rußland hatte eben zu jener Zeit verschiedene Wünsche, deren Erfüllung von Seiten Oesterreichs für die eigenen Zwecke Rußlands im Orient als ein Bedürfnis angesehen wurde. Der Preis für die Erfüllung dieser Wünsche bildete die vertragsmäßige Zusage der Besetzung Bosniens durch Oesterreich. Diese vertragsmäßige Zusage ist älter als der Berliner Traktat und konnte auf dem Berliner Kongreß nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Die Beziehungen der beiden

Digitized by Google

Kabinette von Wien und Petersburg waren 1876 und 77 vertrauensvolle und intime und weit entfernt von Uebelwollen."

Ferner: „Fürst Gortschakow hat beim Beginn der Verhandlungen mit Oesterreich die Bedingung gestellt, daß dieselben vor Deutschland geheim zu halten seien, vielleicht aus dem Grunde, weil er voraus sah, daß diese und andere vertrauliche Verhandlungen, welche er gleichzeitig mit Deutschland führte, mit einander nicht so verträglich wären, daß nicht die einen durch die andern hätten Schaden leiden können." Und weiter: „Die Verabredungen, welche Rußland durch den Vertrag vom Januar 1877 über Bosnien und die Herzegowina mit Oesterreich bindend getroffen hatte, ließen sich im Jahre 1878 in Berlin nicht mehr rückgängig machen und ist dies von russischer Seite auch gar nicht versucht worden."

Dagegen gab in Pest der Ministerpräsident Tisza auf die Interpellation Iranyi's im ungarischen Abgeordnetenhause (21. Mai 1887) Erklärungen ab, die bei aller Reserve darauf hinausliefen, daß am 15. Januar 1877 nur die Möglichkeit einer Okkupation Bosniens u. s. w. ins Auge gefaßt worden sei, und erst der Kongreß 1878 Oesterreich das Mandat der Okkupation verliehen habe. Es ruht daher noch ein gewisses Dunkel auf den Vorgängen von 1876, die doch das Vorspiel des Kongresses und die Vorgeschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses bilden. Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt" sagte über die Antwort Tisza's auf die erwähnte Interpellation:

„Wie der Ministerpräsident Herr von Tisza erklärt hat, ist eine Verständigung mit Rußland auf der Basis unserer damaligen Politik erfolgt. Wir haben bei den Unterhandlungen mit Rußland durchaus nicht den Wunsch nach dem Besitz Bosniens und der Herzegowina ausgesprochen. Wir haben noch damals die Möglichkeit erwogen, daß es der Türkei gelingen würde, ihre Autorität in diesen Provinzen zu erhalten, und daselbst Ruhe und Ordnung zu sichern. Wir haben den Gedanken einer Okkupation nur als ein Auskunftsmittel für den Fall in Aussicht genommen, als diese Annahme nicht zutreffen sollte. Was wir in Reichstadt feststellen wollten und festgestellt haben, ist nur, daß wir nicht dulden konnten, daß irgend ein anderer Faktor, eine andere politische Macht in jener Sphäre zur Herrschaft gelange, welche unsere Interessen so nahe berührt. Auf dieser Grundlage wurde auch das Uebereinkommen mit Rußland erzielt,

Digitized by Google

welches, alle Eventualitäten der herannahenden Orientkrisis erwägend, für dieselbe die Haltung unserer Monarchie unter Zustimmung des russischen Kaiserreichs festgestellt hat. Wir wollen nicht darüber streiten, ob in der That schon durch dieses Uebereinkommen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina stipuliert worden ist. Nach den Aufschlüssen des ungarischen Ministerpräsidenten wurden sie jedoch für gewisse Fälle und zur Abwehr von Gestaltungen, welche unsere Machtstellung im Orient gefährden konnten, für möglich erklärt und eine solche Möglichkeit auch von Rußland für zulässig befunden."

Der Pester Lloyd brachte im Mai 1887 einen Artikel, mit dem Graf Andrassy in Verbindung gebracht wurde, und der entschieden erklärte, dieser Staatsmann habe 1876 und 1877 Rußland nur zu verstehen gegeben: „daß wir (Oesterreich) zwar die Türken nicht aus Bosnien und der Herzegowina verdrängen wollten, so lange sie im Stande sind, in diesen unseren Nachbarländern Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, daß wir aber, falls die Türken dieser Aufgabe nicht gewachsen wären und daher in der Lage dieser beiden Länder notgedrungen irgend eine Aenderung eintrete müßte, die Okkupation derselben durch irgend eine andere Macht, sei es eine große oder kleine, absolut nicht dulden, sondern sofort selbst einschreiten würden, um in der unmittelbaren Nähe unserer Grenzen, so weit dies eben möglich, geordnete Zustände herzustellen." „Die Klausel, fuhr der Pester Lloyd fort, daß dieser Schritt nur dann stattfinden solle, wenn wir dazu im Interesse unserer eigenen Sicherheit, durch die Ohnmacht der Turkei genötigt werden sollten, beweist wohl zur Genüge, daß nicht der Ländererwerb unser Ziel war, und daß die Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina somit für uns keinen von langer Hand angestrebten Gewinn repräsentierte, für welchen wir, sei es an Rußland, sei es an irgend Jemand Andern zu irgend einer Gegenleistung verpflichtet gewesen wären. Die Gestaltung der Okkupation dieser Länder war also nicht und konnte nach alledem auch nicht der „Preis" sein, welchen uns Rußland für unsere Neutralität im russisch-türkischen Kriege bezahlte; denn erstens hatte diese Neutralität, wie wir schon auseinandergesetzt, ganz andere, aus unserer eigenen Situation geschöpften Gründe, und konnten wir für dieselbe somit auch von Niemandem einen Preis beanspruchen; zweitens waren dieser Neutralität ganz bestimmt von uns in voraus genau bezeichnete

Digitized by Google

Grenzen gesteckt und Rußland wäre wohl nicht so thöricht gewesen, uns in voraus einen Preis zuzugestehen für einen Dienst, welchen wir ihm jeden Augenblick versagen konnten; drittens ist uns das Mandat für die Okkupation und Administration Bosniens und der Herzogewina nicht von Rußland, sondern gegen dessen Willen vom Berliner Kongresse erteilt worden. Und daß selbst in diesem Punkte Deutschland den Wünschen Rußlands näher stand, als jenen Oesterreich-Ungarns, daß es daher von der russischen Presse höchst ungerecht ist, wenn sie der deutschen Politik heute das Gegenteil zum Vorwurf macht, dafür spricht eine charakteristische Thatsache, zu deren Kenntnis wir durch eine Mitteilung des verstorbenen Ministers des Auswärtigen Baron Haymerle (bekanntlich eines der Vertreter Oesterreich-Ungars am Berliner Kongresse) gelangt sind. Noch in jener Nacht, welche dem für die Verhandlung der bosnischen Angelegenheit bestimmten Sitzungstage voranging, schickte Fürst Bismarck — es war bereits spät nach Mitternacht — seinen Sohn Herbert zum Grafen Andrassy, mit der Bitte, derselbe möge sich's doch noch einmal überlegen, ob es nicht besser wäre, die Forderung Oesterreich-Ungarns bezüglich Bosniens und der Herzogewina fallen zu lassen. Welche Antwort Graf Adrassy auf diese Zumutung erteilte, das läßt sich aus dem Berichte über die am nächsten Tage abgehaltene Sitzung des Kongresses beiläufig erraten."

Der „Pester Lloyd" leugnet die Existenz eines Spezialvertrages zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland. Wie dem auch sein mag, der vom Reichskanzler in seiner Rede vom 6. Februar aufgehobene Zipfel des Schleiers läßt uns zum ersten Male die Wahrnehmung machen, daß mitten in der Zeit der Blüte der Drei-Kaiser-Allianz derselbe Fürst Gortschakow, der bereits 1875 den „Krieg in Sicht" in Scene gesetzt hatte, im darauf folgenden Jahre ein falsches Spiel gegen Deutschland spielte und bereits damals Deutschland vor die Wahl zwischen Oesterreich und Rußland stellte.

Das Drei-Kaiser-Bündnis litt an einer innern Unwahrheit. Es mußte sich auflösen und zum deutsch-österreichischen Bündnis führen. Wir verstehen erst jetzt jene Mahnung, welche im April 1876 die Nordd. A. Z. ganz unerwartet an die deutsche Presse richtete, indem sie sagte:

„Wir haben die deutsche Presse davor zu warnen, daß sie die ehemals unterschätzte Freundschaft Rußlands jetzt nicht über-

Digitized by Google

schätze. Eine Freundschaft ist nur dann eine echte und wahre, wenn sie auf gegenseitiger Achtung beruht. Die Achtung, welche besonders nach den Erfolgen des letzten Jahrzehnts der deutsche Name in Rußland erworben, kann aber leicht beeinträchtigt werden, wenn die deutsche Presse bei jedem vorhandenen oder nicht vorhandenen Anlaß die Freundschaft Rußlands als eine Lebensfrage für Deutschland behandelt. Das ist sie nicht . . . Sie gilt den Deutschen mit Recht für wertvoll. Aber gerade deshalb, meinen wir, sollte es sorgfältig vermieden werden, im Auslande den Schein zu erwecken, als ob von dieser Freundschaft für Deutschland alles abhinge. Auch die russische Presse kann nur zu leicht dahin gelangen, die Beziehungen beider Reiche falsch zu beurteilen, wenn deutsche Blätter solche ängstlichen Erörterungen anstellen. . . . Die deutsche Presse möge in Zukunft dem Gebot der Selbstachtung folgen, welches in diesem Falle zur nationalen Pflicht wird, und die Freundschaft zu Rußland zwar so hoch wie möglich stellen, aber nicht vergessen, daß dieselbe auf dem wohlverstandenen gegenseitigen Interesse beider Mächte beruht."

Im letzten Monat des Jahres 1876 nahm der Reichskanzler wiederholt Gelegenheit, sich über die Stellung Deutschlands zur orientalischen Frage zu äußern. Bei den Tischgesprächen am 1. und 2. Dezember sagte er:

„Die Aufgabe Deutschlands sei eine Friedensaufgabe; aber es könne anderen Nationen nicht einen akademischen Rat erteilen, um sie von einer Aktion zurückzuhalten, die sie in ihrem Lebensinteresse fänden. Gegenwärtig einen Rat an Rußland zu erteilen, sei mißlich. Die Folge davon würde sein, daß die russische Nation verstimmt würde und dies wäre schlimmer, als eine vorübergehende Differenz mit einer Regierung. Bedenklich würde es sein, wenn Oesterreich in den Konflikt hineingezogen würde und sich in seiner Integrität bedroht fühlen sollte. Dann wäre es Deutschlands Beruf, für den Bestand Oesterreichs und überhaupt im Großen und Ganzen für den der jetzigen Landkarte einzustehen."

Die Wärme, mit welcher von Oesterreich gesprochen war, während Rußland nur im Vorübergehen erwähnt wurde, schien manchen Politikern, ein vollgültiger Beweis dafür, daß die Intimität mit Rußland vollständig in die Brüche gegangen sei. Die Interpellation des Abgeordneten Richter (Hagen) über die russische

Digitized by Google

Zollpolitik gab dem Reichskanzler Gelegenheit, am 5. Dezember im Reichstag selbst auf's deutlichste und eingehendste über Deutschlands Stellung zu der orientalischen Krisis sich auszusprechen. Der Kern der Rede, in welcher das Interesse Deutschlands an der schwebenden Frage für so gering erklärt wurde, daß es nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre, war:

„Mein Bestreben, und meine mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: in dem diplomatischen Verkehr dahin zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbeteiligten Mächten stehen, ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen sollen, wie wir können. Es könnte uns nur dadurch diese Aufgabe verdorben und gestört werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegentheil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe durch Haß gegen den anderen beweisen sollen. Ich bin aber nicht des Glaubens, daß man uns solche Zumutungen machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden. Im Gegenteil, unsere Allen gegenüber freundschaftliche und wohlwollende Stellung ist von jedem Einzelnen gewürdigt worden. Man hat dieselbe ganz natürlich gefunden, und uns mit jeder unbilligen Zumutung verschont."

Am 19. Februar 1878, also gegen Ende des Krieges (der Friedensvertrag von San Stefano wurde am 3. März abgeschlossen) äußerte sich der Reichskanzler in der Rede, in der er sich als den ehrlichen Makler bezeichnete, über das Verhältnis zu Oesterreich dahin:

„Ich kann dem Herrn Abgeordneten Windthorst versichern, daß er nicht nötig hat, uns gegenüber die Interessen Oesterreichs zu vertreten. Unsere Beziehungen zu Oesterreich sind die der Gegenseitigkeit, voller Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andere Parteien in Oesterreich noch mächtiger waren, als sie dies heute sind. Nicht blos von Monarch zu Monarch, nicht blos von Regierung zu Regiernng — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demjenigen freundschaftlichen Verhältnis,

Digitized by Google

welches ihm die Möglichkeit giebt, mir jede Frage, die er für notwendig hält im Interesse Oesterreichs, offen zu stellen und er hat die Ueberzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Ueberzeugung, daß er mir die Wahrheit über Oesterreichs Absichten sagt. Ein solches Verhältnis ist ein sehr günstiges, wenn man sich gegenüber einen Minister hat, bei dem man von der Wahrheit dessen, was er auf sein Wort versichert, vollständig überzeugt ist. In der angenehmen Lage befinden wir uns mit Oesterreich. In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, war es anders; da habe ich österreichische Kollegen im Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: es ist mir gleichgültig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen. Der Graf Andrassy glaubt mir und ich glaube ihm, was er mir sagt und wir brauchen zu diesem Verhältnis die Vermittelung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können."

Es ist auffallend, daß auch über die Initiative in Bezug auf die Berufung des Kongresses von 1878 Widerspruch zwischen Berliner und Pester Angaben herrscht. Der Pester Lloyd bestritt im Mai 1887 gegenüber der Nordd. A. Z., daß der Kongreß auf Verlangen Rußlands zusammenberufen worden sei. Nicht dieses, sondern Oesterreich-Ungarn habe die Anregung dazu gegeben, während Rußland den Vorschlag nicht ohne einiges Widerstreben annahm. Deutschland selbst habe diesen Sachverhalt in der Einleitung anerkannt, indem es in der Einleitung bemerkte: „In Uebereinstimmung mit der von der österreichisch-ungarischen Regierung ergriffenen Initiative" u. s. w. Bekanntlich heißt es in der Einleitung zum berliner Friedensvertrage: „Nach dem Vorschlage der österreichisch-ungarischen Regierung und auf Einladung der deutschen Regierung." Jedenfalls hatte Deutschland kein Interesse daran, ob ein Kongreß stattfand oder nicht. Der Friede von St. Stefano enthielt nichts, was für Deutschland ein Bedürfnis der Revision geschaffen hätte. Hätte Rußland geglaubt, jenen Frieden aufrecht erhalten zu müssen, so würde es durch Deutschland daran nicht verhindert worden sein.

Fürst Gortschakow hat mehrere Jahre nach dem Kongreß in einem Privatgespräch geäußert: „Den Berliner Vertrag von 1878 halte ich für eines der dunkelsten Blätter in meinem Leben. Als ich aus Berlin nach St. Petersburg zurückkehrte, drückte ich

Digitized by Google

mich in der Denkschrift an den Kaiser gerade in dieser Weise aus. Ich schrieb in den allerunterthänigsten Bericht. „Der Berliner Traktat ist das dunkelste Blatt in meiner dienstlichen Carrière.“ Se. Majestät Kaiser Alexander Nikolajewitsch geruhte Höchsteigenhändig diesen Zeilen die Bemerkung hinzuzufügen. „In meiner auch.“

Es ist eine kaum erklärliche Thatsache, daß in Rußland Deutschland für diesen Ausgang verantwortlich gemacht worden ist. Niemand ist im Stande, aus den Kongreßverhandlungen einen einzigen Fall nachzuweisen, wo russische Anträge von der deutschen Vertretung auf dem Kongreß bekämpft oder auch nur nicht unterstützt worden sind. In einigen Fällen hat sich die deutsche Vertretung gemeinschaftlich mit der russischen in der Minderheit befunden; in den meisten aber ist es dem deutschen Einfluß bei entstehender Meinungsverschiedenheit über russische Wünsche gelungen, den letzteren die Zustimmung der andern Mächte zu verschaffen; mitunter, und gerade bei den wichtigsten Fragen der Gebietsabtretungen an Rußland, nicht ohne Schwierigkeit und nur durch die unumwundene Erklärung, daß Deutschland auf seine Betheiligung an den Kongreßverhandlungen verzichten werde, wenn die russischen Anträge abgelehnt würden. Der Reichskanzler konnte daher in seiner Rede vom 6. Februar mit Recht sagen, er habe auf dem Kongreß als der vierte Bevollmächtigte Rußlands (neben Gortschakow, Schuwalow, Oubril) gehandelt.

Von Fürst Gortschakow wurde später auch erzählt, er habe gesagt: er sei mit Deutschland wegen dessen mangelnder Unterstützung des großbulgarischen Planes im Frieden von San Stefano quitt. Nun hat Graf Schuwalow niemals die Unterstützung Deutschlands für den großbulgarischen Plan nachgesucht und weder er noch ein anderer russischer Diplomat haben hierzu jemals den Auftrag von seiner Regierung gehabt. Nur mit der englischen Regierung hat Graf Schuwalow über die Frage zu unterhandeln gehabt, ob und bis zu welcher Grenze England ohne Kriegsfall der neuen bulgarischen Schöpfung zustimmen würde. Es war dies die Balkangrenze und deren Ergänzung durch Ost-Rumelien. „Erst nachdem dies Programm als eventuelle Kongreßgrundlage zwischen England und Rußland vereinbart war, hat Rußland, verbunden mit Deutschland, unterhandelt und dann allerdings durch den Grafen Schuwalow, im Namen des Kaisers Alexander, das deutsche Kabinet vermocht, den Berliner Kongreß

Digitized by Google

auf der Basis jenes englisch-russischen Abkommens zu berufen. Letzteres geschah, nachdem Deutschland sich aus eigenem Antriebe noch der Zustimmung Oesterreichs im Prinzip versichert hatte. Nach diesem, wie wir glauben, aktenmäßigen Hergange, ist es also ganz unmöglich, daß Fürst Gortschakow geäußert haben könne, er sei wegen mangelnder Unterstützung Deutschlands für den großbulgarischen Plan nunmehr mit Deutschland quitt. Die deutsche Unterstützung für den großbulgarischen Plan hat Rußland niemals von Deutschland verlangt, wäre sie verlangt worden, so hätte Deutschland in seinen eigenen Interessen kaum einen Grund gehabt, den großbulgarischen Gedanken zu bekämpfen. Für Großbulgarien Krieg zu führen, etwa gegen Oesterreich und England, würde Deutschland allerdings schwerlich bereit gewesen sein, Rußland aber hat auch wiederholt erklärt, daß es darauf nicht rechne; aber auch die friedliche diplomatische Befürwortung Deutschlands hat es von dem deutschen Kabinet niemals verlangt. Rußland hat vorgezogen, mit England direkt und nur mit England über die Basen des Kongresses zu verhandeln.

Die Ursachen davon mögen in den Persönlichkeiten der verschiedenen russischen Staatsmänner gelegen haben, die Thatsache aber ist zweifellos, daß in Berlin wenig, in Wien nicht genug und nur in England maßgebend in der dem Kongreß vorhergehenden Zeit von Seiten Rußlands verhandelt wurde. Ebenso wenig ist jemals klar geworden, ob eine Verlängerung der russischen Okkupation in Berlin keine Unterstützung finden würde. Das russische Kabinet hat hierüber niemals eine Frage an das Berliner gestellt. Der Kongreß ist durch das deutsche Kabinet auf Wunsch und Antrag des russischen allein berufen worden und auf demselben ist das vor dem Kongreß zwischen Petersburg und London vereinbart gewesene russisch-englische Programm mit deutscher Unterstützung durchgeführt worden." So die Nordd. A. Z.

Daß die russischen Anträge auf dem Kongreß und also auch die deutsche Unterstützung derselben auf dem Kongreß nicht weiter gingen, als geschehen, lag nicht in dem Mangel an deutscher Unterstützung, sondern in der Abneigung Rußlands, es auf einen Krieg mit England ankommen zu lassen und diese Abneigung war wieder dadurch begründet, daß Rußland es versäumt hatte, in dem Zeitpunkte, wo es hierzu die militärische Möglichkeit hatte, Besitz von Konstantinopel und den Meerengen zu ergreifen. Es war ein politischer Fehler, dies zu unterlassen und dann einen

Digitized by Google

Frieden, wie den von San Stefano, schließen zu wollen. Im Besitze der Meerengen hätte Rußland einen Seekrieg abwarten können. Alle Versuche, die Schuld dieses strategischen Fehlers Deutschland aufzubürden, werden vor der Kritik der Geschichte auf die Dauer keinen Bestand haben. Die Andeutung aber, als ob die Politik des deutschen Reichskanzlers durch persönliche Abneigung gegen den Fürsten Gortschakow geleitet worden wäre, ist eine unwahre und unwürdige; hätte ein solcher Antagonismus den Kanzler beherrscht, so würde er sicher nicht in seiner Rede vom 19. Februar 1878 gesagt haben, er werde niemals, wo es sich um die Interessen Deutschlands handle, die Verantwortung dafür übernehmen, eine sichere, seit einem Menschenalter erprobte Freundschaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern. Diese Äußerung würde, wenn er und seine ganze Politik sich unter dem Einfluß einer Abneigung gegen Fürst Gortschakow befunden hätte, vollkommen widersinnig erscheinen. Zur Zeit des Kongresses stand die deutsche Politik beiden östlichen Kaiserreichen mindestens gleich nahe, wie dies in amtlichen Aktenstücken und Thronreden mehrfach bekundet worden ist. Ihr Streben war auf die Erhaltung des Friedens und der Einigkeit unter den drei großen monarchischen Mächten gerichtet. Dies ist auch heute noch der Fall, wenn auch die feindliche Behandlung und die Drohungen, denen Deutschland nach dem Kongreß und besonders 1879 von russischer Seite ausgesetzt war, die Wirkung gehabt haben, daß der deutschen Politik ihre Beziehungen zu Österreich als gesicherter für die Zukunft erscheinen mußten. Sie hat jedoch daraus keine Veranlassung genommen, in ihrem Streben, auch die Freundschaft Rußlands zu pflegen, irgendwie nachzulassen.

Es wird übrigens erzählt, daß nach dem Tode Gortschakows (1883) Herr von Giers bei der Sichtung der Papiere des Verstorbenen auf eine, wenn auch nicht amtliche, so doch mehr als private Correspondenz zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Fürsten Gortschakow stieß. Ersterer machte in dieser Correspondenz Rußland, und zwar zu einer Zeit, da das deutsch-österreichische Bündnis noch nicht abgeschlossen war, den Antrag zu einer engeren Vereinigung, Fürst Gortschakow hat von dem Inhalt dieser Correspondenz nie etwas verlauten lassen. Die Politik Gortschakows ging dahin, kein rechtes Vertrauen zwischen Rußland und Deutschland aufkommen zu lassen. Als daher Herr von Giers

Digitized by Google

diese Correspondenz dem Kaiser vorlegte, war derselbe nicht nur erstaunt, sondern auch nicht wenig erbittert über die Täuschung, der er von Seiten des verstorbenen Fürsten ausgesetzt worden war. Die Folge hiervon war die Reise des Herrn von Giers nach Varzin, wo der Minister im Auftrage des Kaisers dem Fürsten Bismarck rückhaltlose Mitteilung vom Verhalten des verstorbenen Fürsten Gortschakow machte und nun seinerseits auf Anschluß Rußlands an die deutsch-österreichische Allianz antrug.

Katkow selber hat einmal in einer Anwandlung von Aufrichtigkeit, und zwar im Jahre 1883, alles das zugegeben. Es hatte damals um die Jahreswende Herr Iwan de Woestyne schwindelhaften Angedenkens im „Figaro" einen Artikel „La guerre" veröffentlicht, der für die Notwendigkeit eines Krieges zwischen Rußland und Deutschland plaidierte. Mit schneidiger Logik und ehrlicher Entrüstung trat Herr Katkow diesem unsittlichen Verhetzungsversuch entgegen und wies die ganze Unsinnigkeit eines Krieges mit Deutschland nach. Besonders energisch bekämpfte Herr Katkow den Irrtum, Deutschland habe die ihm 1870 erwiesenen Dienste vergessen, habe während der orientalischen Ereignisse sich hinterlistig und feindselig erwiesen und die russischen Lorbeern nach dem Kriege gepflückt.

„Die Pflicht der historischen Wahrheit nötigt uns, uns gegen diese, nicht ohne Hintergedanken verbreitete und völlig falsche Anschauung zu erheben."

Man setze böse Absichten bei denen voraus, die man selbst ungerecht behandelt habe. Herr Katkow schob damals die Schuld an dem Vorurteil „den unglaublichen Sonderbarkeiten unserer Diplomatie" zu, die „komischen Ursprungs, in ihren Wirkungen verhängnißvoll waren."

„Unsere Diplomatie — heißt es weiter in dem hochinteressanten Artikel — wünschte nicht nur vor und nach dem Kriege keine Freundschaft mit Deutschland, sondern verhielt sich sogar jedem Versuche gegenüber, ein Einvernehmen zu erzielen, feindlich. Unsere Diplomatie stellte es sich zur Aufgabe, rein in gar nichts mit dem deutschen Kanzler zusammenzugehen, selbst darin nicht, wo es sich um das Interesse und die Ehre Rußlands handelte. Sie zog es vor, mit dem unzweifelhaften Feinde Rußlands im Orient, mit England, mit den Lords Beakonsfield und Salisbury Kompromisse abzuschließen. Wir traten in dem Kongresse bereits mit einem fertigen Programm auf, und dieses Programm stammte

Digitized by Google

aus London. Alle unsere Zugeständnisse wurden England und nicht Deutschland zu Gefallen gemacht. Dagegen stand in allen noch offenen Fragen Fürst Bismarck stets auf unserer Seite. Den Interessen seines Landes dienend, erschien Bismarck bisweilen russischer selbst, als unsere Diplomatie, die keinen nationalen Boden unter ihren Füßen fühlte. Die aus unreiner Quelle stammende Intrigue, der es darauf ankommt, unsere Beziehungen zum Nachbarstaat zu trüben, agitiert jetzt gegen den berliner Traktat, der uns angeblich vom deutschen Kanzler aufgehalst worden sein soll. Es ist nichts falscher als diese Insinuation. Sogar das Geschick Bosniens und der Herzegowina war längst vor dem Berliner Kongreß entschieden, unter Vermittelung nicht des deutschen, sondern des russischen Kanzlers, gelegentlich der Entrevue in Reichsstadt. Was aber den Vertrag von San Stefano betrifft, so finden wir in seinem Instrumente selbst unzweifelhafte Beweise dafür, daß er nicht dauernd abgeschlossen worden, sondern nur als Material dienen sollte, für Zugeständnisse an Beakonsfield und nicht an Bismarck, der solche gar nicht nöthig hatte."

So schrieb Herr Katkow am 2. Januar 1883 in der „Moskauer Zeitung," das hat weder ihn, noch andere gehindert, hinterher immer von neuem das konträre Gegenteil zu behaupten.

Das Jahr 1879 steigerte die Vorwürfe auf russischer Seite gegen Deutschland bis zu „kriegerischen Drohungen von kompetentester Seite." „Das russische Kabinet eignete sich die Haltung seiner Presse an," die gewaltig mit dem Säbel rasselte und Revanche für den Berliner Vertrag schnob. Den letzten Grund ihres Unmuts sprach die deutsch-feindliche Stimmung in Rußland so wenig aus, als sie es heute thut. Deutschland hätte im Jahre 1878 die Knochen des pommerschen Musketiers für die Gortschakow-Ignatiew'sche Politik einsetzen sollen, es hätte am Rhein, an der Donau, an der Nordsee Konstantinopel für die Russen erobern sollen, das diesen selbst unerreichbar war, als es bereits unter ihren Kanonen lag. Das friedliche deutsche Volk wurde nicht aufgeboten, um die damalige russische Orientpolitik gegen die zu jener Zeit in der Luft liegende Koalition von England, Oesterreich und Frankreich herauszuhauen — das ist die unverzeihliche Sünde der deutschen Politik.

Welchen Grund oder Vorwand hatten nun die russischen

Digitized by Google

„Kriegsdrohungen von kompetentester Seite?“ In der Presse hat man sich einigermaßen verlegen diesem plötzlich aufgegebenen Rätsel gegenüber gezeigt.

Es sind auch im Auslande sehr verschiedene Hypothesen aufgestellt worden, während es uns sehr nahe zu liegen scheint, die starken Zumutungen, die von Rußland an Deutschland gemacht wurden und deren Ablehnung zu Kriegsdrohungen führte, mit jener Situation im Jahre 1879 in Zusammenhang zu bringen, in der Rußland sich befand, die Räumung des türkischen Gebietes in demselben Zeitpunkt vollenden zu sollen und auch nach langem Zögern schließlich vollendete, wo die Oesterreicher sich anschickten, noch über die Bosnischen Grenzen hinaus vorzurücken. In Rußland hatte sich das Volk in der Hoffnung gewiegt, der Berliner Vertrag würde in Bezug Bosniens auf dem Papier stehen bleiben; es sah in der Okkupation desselben eine Kränkung für das Zarenreich, die unmöglich vom Papier in die Wirklichkeit übergehen könne. Aber der Berliner Vertrag gelangte strikte zur Ausführung; es kam auch die vorbehaltene Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der Pforte über Novi-Bazar zum Abschluß. In Rußland brauste ein heftiger Zorn darüber auf, der nicht bloß Oesterreich, sondern auch Deutschland galt. Es trat jetzt der Moment ein, von dem Fürst Bismarck sagt: „Die Angriffe auf meine Person steigerten sich zu scharfen Forderungen eines Druckes, den wir auf Oesterreich ausüben sollten in Sachen, wo die österreichischen Rechte nicht zu bezweifeln waren.“ So ergiebt sich der klare Zusammenhang zwischen den uns bereits bekannt gewesenen Thatsachen und den Enthüllungen des Fürsten Bismarck.

Der nächste Abschnitt der Rede des Reichskanzlers erörtert die Frage: Was die Veröffentlichung des Bündnißvertrages mit Oesterreich nicht bedeutet und was dieses Bündnis selbst bedeutet. Es heißt daselbst:

„Die Publikation ist in den Zeitungen zum Teil, wie ich gestern und vorgestern gelesen habe, irrtümlich aufgefaßt worden; man hat in derselben ein Ultimatum, eine Warnung, eine Drohung finden wollen. Das konnte um so weniger darin liegen, als der Text des Vertrages dem russischen Kabinet seit Langem bekannt war, nicht erst seit dem November v. J. Wir haben es der Ehrlichkeit entsprechend gefunden, einem loyalen Monarchen, wie der Kaiser von Rußland es ist, schon früher keinen Zweifel darüber zu lassen, wie die Sachen liegen. Ich halte es auch nicht für möglich, diesen Vertrag nicht geschlossen zu haben; wenn wir ihn nicht geschlossen hätten, so müßten

Digitized by Google

wir ihn heute schließen. Er hat eben die vornehmste Eigenschaft eines internationalen Vertrags, nämlich er ist der Ausdruck beiderseitiger dauernder Interessen, sowohl auf österreichischer Seite, wie auf der unserigen. Keine Großmacht kann auf die Dauer in Widerspruch mit den Interessen ihres eigenen Volkes an dem Wortlaut irgend eines Vertrages kleben, sie ist schließlich genötigt, ganz offen zu erklären: die Zeiten haben sich geändert, ich kann das nicht mehr, — und muß das vor ihrem Volke und vor dem Vertrag schließenden Teile nach Möglichkeit rechtfertigen. Aber das eigene Volk ins Verderben zu führen an dem Buchstaben eines unter anderen Umständen unterschriebenen Vertrages, das wird keine Großmacht gutheißen. Das liegt aber in diesen Verträgen in keiner Weise drin. Sie sind eben — nicht nur der Vertrag, den wir mit Oesterreich geschlossen haben, sondern ähnliche Verträge, die zwischen uns und anderen Regierungen bestehen, namentlich Verabredungen, die wir mit Italien haben —, sie sind nur der Ausdruck der Gemeinschaft in den Bestrebungen und in den Gefahren, die die Mächte zu laufen haben. Italien sowohl wie wir sind in der Lage gewesen, das Recht, uns national zu konsolidieren, von Oesterreich zu erkämpfen. Beide leben jetzt mit Oesterreich in Frieden und haben mit Oesterreich das gleiche Bestreben, Gefahren, die sie gemeinsam bedrohen, abzuwehren, den Frieden, der dem Einen so teuer ist wie dem Anderen, gemeinsam zu schützen, die innere Entwickelung, der sie sich widmen wollen, vor Angriffen geschützt zu sehen. Dieses Bestreben, und dabei auch das gegenseitige Vertrauen, daß man die Verträge hält, und daß durch die Verträge Keiner von dem Andern abhängiger wird, als seine eigenen Interessen es vertragen, — das Alles macht diese Verträge fest, haltbar und dauerhaft.

Wie sehr unser Vertrag mit Oesterreich der Ausdruck des beiderseitigen Interesses ist, das hat sich schon in Nikolsburg und hat sich 1870 gezeigt. Schon bei den Verhandlungen in Nikolsburg waren wir unter dem Eindruck, daß wir Oesterreich — und ein starkes, aufrechtes Oesterreich — auf die Dauer doch nicht missen könnten in Europa. 1870, als der Krieg zwischen uns und Frankreich ausbrach, war ja die Versuchung für manches verletzte Gefühl in Oesterreich außerordentlich nahe liegend, diese Gelegenheit zu benutzen, und dem Feind von 1866 gegenüber Revanche zu üben; aber die besonnene und voraussichtige Politik des österreichischen Kabinets mußte sich fragen: was ist dann die Folge? in welche Stellung geraten wir, wenn wir den Franzosen beistehen, um Preußen resp. Deutschland zu besiegen? Was wäre dann die Folge gewesen, wenn Frankreich mit Hilfe Oesterreichs über uns gesiegt hätte? Oesterreich hätte doch bei einer solchen Politik kaum einen anderen Zweck haben können, als wiederum seine frühere Stellung in Deutschland einzunehmen,

Digitized by Google

denn das war eigentlich das Einzige, was es im Jahre 1866 aufgegeben hat; andere Bedingungen waren nicht, die pekuniären Bedingungen waren ganz unbedeutend. Nun, wie wäre die Lage Oesterreichs im deutschen Bunde als Präsidialmacht gewesen, wenn es sich sagen mußte, daß es Deutschland das linke Rheinufer im Bunde mit Frankreich genommen, daß es die süddeutschen Staaten wiederum in eine Rheinbundsabhängigkeit von Frankreich gebracht, und daß es Preußen unwiderruflich zur Anlehnung an Rußland und zur Abhängigkeit von Rußlands künftiger Politik verurtheilt hätte? Eine solche Stellung war für österreichische Politiker, die nicht vollständig von Zorn und Rache verblendet waren, unannehmbar.

Das ist aber auch bei uns in Deutschland der Fall. Denken Sie sich Oesterreich von der Bildfläche Europas weg, so sind wir zwischen Rußland und Frankreich auf dem Kontinent mit Italien isoliert, zwischen den beiden stärksten Militärmächten neben Deutschland, wir ununterbrochen zu jeder Zeit einer gegen zwei, mit großer Wahrscheinlichkeit, oder abhängig abwechselnd von einem oder vom anderen. So kommt es aber nicht. Man kann sich Oesterreich nicht wegdenken: ein Staat wie Oesterreich verschwindet nicht, sondern ein Staat wie Oesterreich wird dadurch, daß man ihn im Stich läßt, wie es in den Villafranca-Feststellungen angenommen wurde, entfremdet und wird geneigt werden, dem die Hand zu bieten, der seinerseits der Gegner eines unzuverlässigen Freundes gewesen ist.

Kurz, wenn wir die Isolierung, die gerade in unserer angreifbaren Lage für Deutschland gefährlich ist, verhüten wollen, so müssen wir einen sicheren Freund haben. Wir haben vermöge der Gleichheit der Interessen, vermöge dieses Vertrages, der Ihnen vorgelegt ist, zwei zuverlässige Freunde, — zuverlässig, nicht aus Liebe zu einander; denn Völker führen wohl aus Haß gegeneinander Krieg; aber aus Liebe, das ist noch gar nicht dagewesen, daß sich das eine für das andere opfert. Sie führen auch aus Haß nicht immer Krieg. Denn, wenn das der Fall wäre, dann müßte Frankreich in ununterbrochenem Kriege nicht nur mit uns, sondern auch mit England und Italien sein; es haßt alle seine Nachbarn. Ich glaube auch, daß der künstlich aufgebauschte Haß gegen uns in Rußland weiter nicht von Dauer sein wird. Mit unseren Bundesgenossen in der Friedensliebe einigen uns nicht nur Stimmungen und Freundschaften, sondern die zwingendsten Interessen des europäischen Gleichgewichts und unserer eigenen Zukunft.

Und deshalb glaube ich: Sie werden die Politik Sr. Majestät des Kaisers, die das publizierte Bündnis abgeschlossen hat, billigen, obschon die Möglichkeit eines Krieges dadurch verstärkt wird."

Digitized by Google

Um das, was hier von der „besonnenen und voraussichtigen Politik" des österreichischen Kabinets gesagt ist, richtig zu verstehen, muß man zwei Perioden in der damaligen Zeit unterscheiden. „Zorn und Rache" leiteten die Emigranten-Politik des Herrn von Beust vor dem Kriege; sie diktierten die geheimen Abmachungen mit Frankreich und Italien. Nach Ausbruch des Krieges, nach Wörth und Spichern, nach Rußlands Hervortreten zu Gunsten Deutschlands gewann die „besonnene und voraussichtige Politik" des österreichischen Kabinets die Oberhand, so daß Herr Thiers auf seiner berühmten Rundreise in Wien kein Gehör mehr fand.

Die Februarrede behandelt sogann das Thema, worin wir stark und andern Nationen überlegen sind:

„Es ist ja unzweifelhaft, daß durch die Annahme dieses neuen Gesetzes das Bündnis, in dem wir stehen, außerordentlich an Kraft gewinnt, weil das durch das Deutsche Reich gebildete Mitglied seinerseits außerordentlich verstärkt wird. Die Vorlage bringt uns einen Zuwachs an waffentüchtigen Truppen, einen möglichen Zuwachs — brauchen wir ihn nicht, so brauchen wir ihn auch nicht zu rufen, dann können wir ihn zu Hause lassen; haben wir ihn aber zur Verfügung, haben wir die Waffen für ihn — und das ist ja durchaus notwendig; ich erinnere mich der von England 1813 für unsere Landwehr gelieferten Karabiner, mit denen ich noch als Jäger ausexerziert worden bin; das war kein Kriegsgewehr. Das können wir ja nicht plötzlich anschaffen; haben wir aber die Waffen dafür, so bildet dieses neue Gesetz eine Verstärkung der Friedensbürgschaften und eine Verstärkung der Friedensliga, die gerade so stark ist, als wenn eine vierte Großmacht mit 700,000 Mann Truppen — was ja früher die höchste Stärke war, die es gab — dem Bunde beigetreten wäre.

Diese gewaltige Verstärkung wird, wie ich glaube, auch beruhigend auf unsere eigenen Landsleute wirken, und wird die Nervosität unserer öffentlichen Meinung, unserer Börse und unserer Presse einigermaßen ermäßigen. Ich hoffe, sie werden Linderung fühlen, wenn sie sich das klar machen, daß nach dieser Verstärkung und von dem Augenblicke an, wo das Gesetz unterzeichnet und publiziert ist, die Leute da sind: die Bewaffnung wäre notdürftig auch jetzt vorhanden; aber wir müssen sie besser anschaffen, denn wenn wir eine Armee von Triariern bilden, von dem besten Menschenmaterial, das wir überhaupt in unserem Volke haben, von den Familienvätern über 30 Jahre, dann müssen wir auch für sie die besten Waffen haben, die es überhaupt giebt, wir müssen sie nicht mit dem in den Kampf schicken, was wir für unsere jungen

Digitized by Google

Linientruppen nicht für gut genug halten, sondern der feste Mann, der Familienvater, diese Hünengestalten, deren wir uns noch erinnern können aus der Zeit, wo sie die Brücke von Versailles besetzt hatten, müssen auch das beste Gewehr an der Schulter haben, die vollste Bewaffnung und die ausgiebigste Kleidung zum Schutz gegen Witterung und alle äußeren Vorkommnisse.

Da dürfen wir nicht sparen. Aber ich hoffe, es wird unsere Mitbürger beruhigen, wenn sie sich nun wirklich den Fall denken, an den ich nicht glaube, daß wir von zwei Seiten gleichzeitig überfallen würden — die Möglichkeit ist ja, wie ich Ihnen vorhin an dem 40jährigen Zeitraum entwickelt habe, für alle möglichen Koalitionen doch immer vorhanden —, wenn das eintritt, so können wir an jeder unserer Grenzen eine Million guter Soldaten in Defensive haben. Wir können dabei Reserven von einer halben Million und höher, auch von einer ganzen Million, im Hinterland behalten und nach Bedürfnis vorschieben. Man hat mir gesagt: das wird nur die Folge haben, daß die Anderen auch noch höher steigen. Das können sie nicht. Die Ziffer haben sie längst erreicht. Wir haben die Ziffer im Jahre 1867 heruntergesetzt, weil wir glaubten, jetzt haben wir den Norddeutschen Bund, wir können es uns jetzt leichter machen, da können wir die Leute über 32 Jahr freilassen. In der Folge haben unsere Nachbarn eine längere Dienstzeit adoptiert, viele eine 20jährige Dienstzeit. — Der Herr Kriegsminister, wenn er das Wort ergreifen will, wird Ihnen das näher auseinandersetzen können; in der Ziffer sind sie ebenso hoch wie wir, aber in der Qualität können sie es uns nicht nachmachen. Die Tapferkeit ist ja bei allen zivilisierten Nationen gleich; der Russe, der Franzose schlagen sich so tapfer wie der Deutsche; aber unsere Leute, unsere 700,000 Mann sind kriegsgedient, rompus au métier, ausgediente Soldaten, und die noch nichts verlernt haben. Und was uns kein Volk in der Welt nachmachen kann: wir haben das Material an Officieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure Armee zu kommandieren.

Das ist, was man nicht nachmachen kann. Dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem anderen Lande wieder vorkommt. Das Maß von Bildung, welches erforderlich ist, um einen Offizier und Unteroffizier zum Kommando zu befähigen nach den Ansprüchen, die der Soldat an ihn macht, existiert bei uns in sehr viel breiteren Schichten als in irgend einem andern Lande. Wir haben mehr Offiziermaterial und Unteroffiziermaterial als irgend ein anderes Land, und wir haben ein Offizierkorps, welches uns kein anderes Land der Welt nachmachen kann.

Darin besteht unsere Ueberlegenheit und ebenso in der Ueberlegenheit unseres Unteroffizierkorps, welches ja die Zöglinge unseres

Digitized by Google

Offizierkorps bilden. Das Maß von Bildung, welches einen Offizier befähigt, nicht nur die sehr strengen Anforderungen an seinen Stand, an Entbehrungen, an Pflege der Kameradschaft unter sich, sondern auch die außerordentlich schwierigen sozialen Aufgaben zu erfüllen, deren Erfüllung notwendig ist, um die Kameradschaft, die bei uns, Gott sei Dank, im höchsten Grade in rührenden Fällen existiert zwischen Offizieren und Mannschaften, um die ohne Schaden der Autorität herzustellen, das können uns die anderen nicht nachmachen, das Verhältnis, wie es in deutschen Truppen zwischen Offizieren und Mannschaften namentlich im Kriege mit wenigen üblen Ausnahmen besteht — exceptio firmat regulam; aber im Ganzen kann man sagen, kein deutscher Offizier läßt seinen Soldaten im Feuer im Stich und holt ihn mit eigener Lebensgefahr heraus, und umgekehrt kein deutscher Soldat läßt seinen Offizier im Stich — das haben wir erfahren.

Wenn andere Armeen gleiche Truppenmassen, wie wir sie hiermit zu schaffen beabsichtigen, mit Offizieren und Unteroffizieren besetzen sollen, so werden sie unter Umständen genötigt sein, Offiziere zu ernennen, denen es nicht gelingen wird, eine Kompagnie durch ein enges Thor herauszuführen und noch viel weniger, die schweren Obliegenheiten zu erfüllen, die ein Offizier seiner Mannschaft gegenüber hat, um sich deren Achtung und deren Liebe zu bewahren, das Maß von Bildung, welches dazu erforderlich ist, und das Maß von Leistung, welches überhaupt bei uns an Kameradschaft und Ehrgefühl aus dem Offizier herausgedrückt wird, das kann ja kein Reglement und keine Anordnung der Welt im Auslande aus dem Offizierstande herausdrücken. Darin sind wir Jedermann überlegen, und deshalb können sie es uns nicht nachmachen. Ich bin also darüber ohne Sorge.

Außerdem aber ist noch ein Vorteil der Annahme dieses Gesetzes: gerade die Stärke, die wir erstreben, stimmt uns selbst notwendig friedfertig. Das klingt paradox, es ist aber doch so.

Mit der gewaltigen Maschine, zu der wir das deutsche Heerwesen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff. Wenn ich heute hier vor Sie treten wollte und Ihnen sagen — wenn die Verhältnisse eben anders lägen, als sie meiner Ueberzeugung nach liegen —: wir sind erheblich bedroht von Frankreich und Rußland; es ist vorauszusehen, daß wir angegriffen werden — meiner Ueberzeugung nach glaube ich es als Diplomat nach militärischen Nachrichten hierüber, es ist nützlicher für uns, daß wir als Defensive den Vorstoß des Angriffes benutzen, daß wir jetzt gleich schlagen; der Angriffskrieg ist für uns vorteilhafter zu führen, und ich bitte also den Reichstag um einen Kredit von einer Milliarde oder einer halben Milliarde, um den Krieg gegen unsere beiden Nachbarn heute zu unternehmen, — ja, meine Herren, ich weiß

Digitized by Google

nicht, ob Sie das Vertrauen zu mir haben würden, mir das zu bewilligen. Ich hoffe nicht.

Aber wenn Sie es thäten, würde es mir nicht genügen. Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem Alle, die ihn mitmachen, Alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein; es muß ein Krieg sein, der mit dem Enthusiasmus geführt wird wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden. Es ist mir noch erinnerlich der ohrengellende, freudige Zuruf am Kölner Bahnhofe, und so war es von Berlin bis Köln, so war es hier in Berlin. Die Wogen der Volkszustimmung trugen uns in den Krieg hinein, wir hätten wollen mögen oder nicht. So muß es auch sein, wenn eine Volkskraft wie die unsere zur vollen Geltung kommen soll. Es wird aber sehr schwer sein, den Provinzen, den Bundesstaaten und ihren Bevölkerungen das klar zu machen: Der Krieg ist unvermeidlich, er muß sein. Man wird fragen: Ja, seid ihr denn dessen so sicher? wer weiß? Kurz, wenn wir schließlich zum Angriff kommen, so wird das ganze Gewicht der Imponderabilien, die viel schwerer wiegen als die materiellen Gewichte, auf der Seite unserer Gegner sein, die wir angegriffen haben. Das „heilige Rußland" wird entrüstet sein über den Angriff. Frankreich wird bis an die Pyrenäen hin in Waffen starren. Ganz dasselbe wird überall geschehen. Ein Krieg, zu dem wir nicht vom Volkswillen getragen werden, der wird geführt werden, wenn schließlich die verordneten Obrigkeiten ihn für nötig halten und erklärt haben; er wird auch mit vollem Schneid und vielleicht siegreich geführt werden, wenn man erst einmal Feuer bekommen und Blut gesehen hat. Aber es wird nicht von Hause aus der Elan und das Feuer dahinter sein, wie in einem Kriege, wenn wir angegriffen werden. Dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich bei dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen. Diese Ueberlegenheit dürfen wir uns nicht entgehen lassen, selbst wenn wir, was viele Militairs, nicht nur die unserigen, annehmen, jetzt unseren künftigen Gegnern überlegen sind. Die unserigen glauben das alle: natürlich jeder Soldat glaubt das; er würde beinahe aufhören, ein brauchbarer Soldat zu sein, wenn er nicht den Krieg wünschte und an seinen Sieg darin glaubte. Wenn unsere Gegner etwa vermuten, daß es die Furcht vor dem Ausgange ist, der uns friedfertig stimmt, dann irren sie sich ganz gewaltig.

Wir glauben ebenso fest an unseren Sieg in gerechter Sache wie irgend ein ausländischer Lieutenant in seiner Garnison beim dritten Glase Champagner glauben kann, und wir vielleicht mit

Digitized by Google

mehr Sicherheit. Also es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird.

„Ich bin also nicht für irgend welchen Angriffskrieg, und wenn der Krieg nur durch unseren Angriff entstehen könnte — Feuer muß aon irgend Jemandem angelegt werden, wir werden es nicht anlegen — nun, weder das Bewußtsein unserer Stärke, wie ich es eben schilderte, noch das Vertrauen auf unsere Bündnisse wird uns abhalten, unsere bisherigen Bestrebungen, den Frieden überhaupt zu erhalten, mit dem bisherigen Eifer fortzusetzen. Wir lassen uns da durch keine Verstimmungen leiten und durch keine Abneigung bestimmen. Es ist ja unzweifelhaft, daß die Drohungen und die Beschimpfungen, die Herausforderungen, die an uns gerichtet worden sind, auch bei uns eine ganz erhebliche und berechtigte Erbitterung erregt haben und das ist beim Deutschen recht schwer, denn er ist dem Nationalhaß an sich unzugänglicher wie irgend eine andere Nation; wir sind aber bemüht, sie zu besänftigen, und wir wollen nach wie vor den Frieden mit unseren Nachbarn, namentlich aber mit Rußland suchen. Wenn ich sage: namentlich mit Rußland, so bin ich der Meinung, daß Frankreich uns bei diesen Bemühungen keine Sicherheit auf Erfolg gewährt, wenngleich ich nicht sagen will, daß es nichts hilft; wir werden nie Händel suchen, wir werden Frankreich nie angreifen, wir haben in den vielen kleinen Vorfällen, die die Neigung unserer Nachbarn, zu spionieren und zu bestechen, verursacht hat, immer eine sehr gefällige und eine freundliche Beilegung herbeigeführt, weil ich es für ruchlos halten würde, um solcher Lappalien willen einen großen nationalen Krieg zu entzünden, oder auch nur wahrscheinlich zu machen. Das sind Fälle, wo es heißt: der Vernünftigere giebt nach. Ich nenne also vorzugsweise Rußland, und da habe ich dasselbe Vertrauen auf das Gelingen, in welchem ich vor einem Jahre gesprochen habe, und welches dieses freisinnige Blatt hier so fett gedruckt hat. Ohne ein Nachlaufen oder, wie ein deutsches Blatt sich roh ausdrückt, „Wettkriechen" vor Rußland! — die Zeit ist vorbei; um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Thür gewiesen; wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis wieder zu gewinnen, aber wir laufen Niemand nach. Das hält uns aber nicht ab — im Gegenteil, es ist uns ein Sporn mehr, die

Digitized by Google

Vertragsrechte, die Rußland uns gegenüber hat, mit doppelter Genauigkeit zu beobachten.

Zu den Vertragsrechten gehören auch solche, die nicht von allen unseren Freunden anerkannt werden: ich meine, dazu gehören die Rechte, die wir auf dem Berliner Kongreß Rußland in Betreff Bulgariens erworben haben, und die bis 1885 ganz unangefochten bestanden haben. Es ist gar keine Frage für mich, der ich die Kongreßbeschlüsse mitvorbereitet und mitunterzeichnet habe, daß wir Alle damals der Meinung waren, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien Rußland zufallen sollte, nachdem es seinerseits auf Ost-Rumelien verzichtet hatte, indem es die mäßige Satisfaktion gab, die Grenze des seinem Einflusse anheimfallenden Gebiets um 800,000 Seelen auf 3 Millionen ungefähr zurückzuschrauben. In Folge dieser Auffassung des Kongresses hat Rußland bis 1885 zunächst den Fürsten ernannt, einen nahen Verwandten des Kaiserhauses, von dem damals Niemand annahm und annehmen konnte, daß er etwas Anderes würde sein wollen als ein getreuer Anhänger der russischen Politik. Es hat die Kriegsminister, einen großen Theil der Offiziere ernannt, kurz und gut, es hat in Bulgarien geherrscht; da ist gar kein Zweifel daran. Die Bulgaren oder ein Teil von ihnen oder der Fürst — ich weiß nicht, wer — sind nicht damit zufrieden gewesen, es hat ein Staatsstreich, ein Abfall von Rußland stattgefunden. Dadurch ist ein faktisches Verhältniß entstanden, welches wir mit Gewalt der Waffen zu remidieren, keinen Beruf haben, welches aber die Rechte, die Rußland aus dem Kongreß nach Hause gebracht hat, doch theoretisch nicht alterieren kann. Ob, wenn Rußland diese Rechte gewaltsam geltend machen wollte, sich daran Schwierigkeiten knüpfen würden, das weiß ich nicht, das geht uns auch nichts an. Wir werden gewaltsame Mittel nicht unterstützen und auch nicht dazu raten; ich glaube auch nicht, daß Neigung dazu da ist, — ich bin ziemlich gewiß, daß sie nicht vorhanden ist. Wenn aber Rußland auf diplomatischem Wege versucht, sei es auch durch eine Anregung auf das Einschreiten des Oberherrn von Bulgarien, des Sultans, wenn es versucht, das herbeizuführen, so halte ich es für die Aufgabe einer loyalen deutschen Politik, sich dabei rein an die Bestimmungen des Berliner Vertrags zu halten und an die Auslegung, die wir ihnen damals ganz ohne Ausnahme gegeben haben, und an der, mich wenigstens, die Stimmung der Bulgaren nicht irre machen kann. Bulgarien, das Ländchen zwischen Donau und Balkan, ist überhaupt kein Object von hinreichender Größe, um daran die Konseqnenzen zu knüpfen, um seinetwillen Europa von Moskau bis an die Pyrenäen und von der Nordsee bis Palermo hin in einen Krieg zu stürzen, dessen Ausgang kein Mensch voraussehen kann; man würde am Ende nach dem Kriege kaum mehr wissen, warum man sich geschlagen hat.

Digitized by Google

Also das kann ich erklären, daß die Unfreundlichkeiten, die wir in der russischen öffentlichen Meinung, in der russischen Presse namentlich, erfahren haben, uns nicht abhalten werden, sobald Rußland den Wunsch ausspricht, die diplomatischen Schritte diplomatisch zu unterstützen, welche Rußland eben thun kann, um seinen Einfluß auf Bulgarien wieder zu gewinnen. Ich sage absichtlich: sobald Rußland den Wunsch ausspricht. Wir sind früher mitunter bemüht gewesen, russische Wünsche auf vertrauliche Andeutungen hin zu erfüllen; wir haben aber erleben müssen, daß russische Blätter sich fanden, die sofort nachzuweisen versuchten, daß gerade diese Schritte der deutschen Politik die feindseligsten gegen Rußland gewesen wären und die uns deshalb angriffen, weil wir den russischen Wünschen vorausgegangen waren in der Erfüllung. Wir haben das auch auf dem Kongreß gethan; es wird uns aber nicht wieder passieren. Wenn Rußland uns amtlich auffordert, die Schritte zur Herstellung der kongreßmäßigen Situation in Bulgarien beim Sultan als Souverain zu unterstützen, so trage ich kein Bedenken, Se. Majestät dem Kaiser zu raten, daß das geschieht. Dies erfordern die Verträge von unserer Loyalität dem Nachbar gegenüber, mit dem wir, mag die Stimmung sein, welche sie will, doch immer das grenznachbarliche Verhältnis und große und gemeinsame monarchische Interessen, sowie Interessen der Ordnung allen Gegnern der Ordnung in Europa gegenüber zu vertreten haben, und dessen Monarch vollständiges Verständnis hat für diese Aufgabe der verbündeten Monarchen. Daß der Kaiser von Rußland, wenn er findet, daß die Interessen seines großen Reiches von hundert Millionen Unterthanen ihm gebieten, Krieg zu führen, daß er dann Krieg führen wird, daran zweifle ich garnicht. Aber die Interessen können ihm ganz unmöglich gebieten, diesen Krieg gerade gegen uns zu führen; ich halte es auch nicht für wahrscheinlich, daß ein solches Interessengebot überhaupt nahe liegt."

Schlußbemerkung: Wir fürchten keine Drohung und lieben den Frieden!

„Ich glaube nicht an eine unmittelbar bevorstehende Friedensstörung — wenn ich mich resumieren soll — und bitte, daß Sie das vorliegende Gesetz unabhängig von diesem Gedanken und dieser Befürchtung behandeln. lediglich als eine volle Herstellung der Verwendbarkeit der gewaltigen Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat, für den Fall, daß wir sie brauchen; brauchen wir sie nicht, dann werden wir sie nicht rufen; wir suchen den Fall zu vermeiden, daß wir sie brauchen.

Dieses Bestreben wird uns noch immer einigermaßeu erschwert durch drohende Zeitungsartikel vom Auslande, und ich möchte die Mahnung hauptsächlich an das Ausland richten, doch diese Drohungen

Digitized by Google

zu unterlassen. Sie führen zu nichts. Die Drohung, die wir — nicht von der Regierung — aber in der Presse erfahren, ist eigentlich eine unglaubliche Dummheit, wenn man bedenkt, daß man eine große und stolze Macht, wie es das Deutsche Reich ist, durch eine gewisse drohende Gestaltung der Druckerschwärze, durch Zusammenstellung von Worten glaubt einschüchtern zu können. Man sollte das unterlassen, dann würde man es uns leichter machen, unseren beiden Nachbarn auch gefälliger entgegenzukommen. Jedes Land ist auf die Dauer doch für die Fenster, die seine Presse einschlägt, irgend einmal verantwortlich; die Rechnung wird an irgend einem Tage präsentiert in der Verstimmung des anderen Landes. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht — aber durch Drohungen ganz gewiß nicht! Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesammte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß Derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird, und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!"

Unter dem Eindruck dieser Rede gab alsdann der Abgeordnete von Franckenstein die folgende Erklärung ab:

„Ich stelle den Antrag, den Gesetzentwurf der Budgetkommission zur Vorberatung zu überweisen, um daselbst die nötigen und möglichen Aufschlüsse zu erhalten. Dieses Anleihegesetz erscheint als eine Konsequenz des Wehrpflichtgesetzes und ich bin von allen meinen Freunden beauftragt, bei der nachfolgenden Beratung dieses Gesetzes die Enbloc-Annahme desselben zu beantragen. Wir wollen damit die Anerkennung und Berücksichtigung der dermaligen Gesammtlage zum Ausdruck gebracht wissen." Die Führer der andern Parteien stimmten zu, worauf Fürst Bismarck erklärte:

„Ich kann nur Zeugnis dafür ablegen, daß die verbündeten Regierungen für ein so entschlossenes und rasches Entgegenkommen dankbar sein werden, und darin nicht nur einen Beweis des Vertrauens des Reichstags erkennen, sondern auch eine wesentliche Verstärkung, welche diese Vorlage für die Garantien des Friedens haben wird."

Die Einmütigkeit, mit der alle verbündeten deutschen Regierungen wie alle Fraktionen des Reichstages beschlossen haben,

Digitized by Google

was unter den heutigen Verhältnissen für die Sicherheit des deutschen Reiches nötig war, ist dem Kaiser Wilhelm in seinen letzten Lebensstunden noch eine Stärkung und ein Trost geworden. Mit dem Vertrauen zur Zukunft Deutschlands, mit dem Bewußtsein, eine einmütige, eine opferwillige, eine dem neu errichteten Kaiserhause ganz und voll ergebene Nation zu hinterlassen, ist er gestorben. Möge Kaiser Friedrich III. von eben dieser Entschlossenheit der Nation her die Kraft gewinnen, das Lebenswerk seines hochseligen Vaters aufrecht zu erhalten! Möge ihm auch noch lange der Berater zur Seite bleiben, der vierzig Jahre lang durch Rat und That dem Erneuerer der alten Kaiserherrlichkeit das Werk hat schaffen helfen, das wie ein Granitbau vor uns steht, und dessen Erhaltung jetzt den festen Händen des Nachfolgers anvertraut ist!

Wenn zu den bedeutungsvollsten Stellen der Rede des Fürsten Bismarck vom 6. Februar gerade diejenige gehört, an welcher er die militärische Politik scharf zurückweist, d. h. diejenige Politik, welche die augenblicklich militärische Ueberlegenheit als ausschlaggebenden Grund zur Entscheidung für den Krieg anerkennt, so hat Kaiser Friedrich schon wiederholt in früheren Jahren gelegentlich angedeutet, wie er über Krieg und Frieden denkt. Wir dürfen uns versichert halten, daß die Frage: „Sollen wir als die militärisch Stärkeren zuerst losschlagen?“ nie an ihn herantreten wird, ohne sofort abgewiesen zu werden. Das ganze Gewicht der Imponderabilien, die viel schwerer wiegen als das materielle Gewicht auf Seiten der Gegner, wenn wir uns lediglich auf Seite der Defensive halten, die Verdoppelung, die Verdreifachung der militärischen Leistungsfähigkeit Deutschlands durch die in einem solchen Falle eintretenden moralischen Potenzen, die Bedeutung des Gedankens der Defensive in der heutigen Culturwelt überhaupt, dürfte wohl kaum irgendwo eine höhere Würdigung finden, als beim Kaiser Friedrich, der in seinem Regierungsprogramm es hervorhebt, daß sein ganzes Bestreben sein werde, das Werk seines Vaters in dem Sinne fortzuführen, in dem es begründet wurde, nämlich Deutschland zu einem Hort des Friedens zu machen und die Wohlfahrt des deutschen Landes zu pflegen. „Unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großthaten werde ich zufrieden sein, wenn dereinst von meiner Regierung gesagt werden kann, sie sei meinem Volke wohlthätig, meinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen,“ heißt es in dem Erlaß

Digitized by Google

Sr. Majestät an den Reichstag. Als im Jahre 1867 die Luxemburger Frage spielte, gab es in Berlin Militärs, welche sagten, der Kampf mit Napoleon sei unvermeidlich, werde derselbe von Preußen jetzt nicht aufgenommen, so werde er diesem in wenigen Jahren, wenn Napoleon seine Rüstung vollendet habe, aufgedrängt, aber dann seien die Chancen minder günstig. Bismarck war nicht dieser Ansicht; denn jedes Jahr — so dachte er schon damals — welches für den Frieden gewonnen wird, vermehrt die Aussicht auf dessen dauernde Erhaltung und mindert die Gefahr, daß es wirklich zum Kriege kommen werde. Auf seiner Seite aber stand unser heutiger Kaiser, der zu jener Zeit, also vor zwanzig Jahren, zum ersten Präsidenten des Reichstages, zu Simson sagte: „Sie haben den Krieg nicht gesehen, hätten Sie ihn gesehen, so würden Sie das Wort nicht so ruhig aussprechen. Ich habe den Krieg erfahren, und ich muß Ihnen sagen, es ist die größte Pflicht, wenn es irgend möglich ist, den Krieg zu vermeiden. In der That, Krieg zu machen ist eine furchtbare Verschuldung. Sogar wenn ein Staatsmann die Notwendigkeit des Krieges voraussieht, so darf er ihn nicht künstlich herbeiziehen, außer wenn er ein Genie und des Schicksals sicher ist. Sonst heißt das Gott versuchen. Aber den Krieg, wenn er kommt, erwarten und bestehen, das ist Mannespflicht. In jenem Falle ist die öffentliche Meinung und der Himmel mit uns.“ – Der dauernde Leitstern deutscher Reichspolitik ist vom Nachfolger des Kaisers Wilhelm neu bekräftigt worden. Die kleine Militärpartei, welche in Berlin vorhanden sein soll, würde demnach haltloser wie je dastehen. Freilich, auch unter dem friedlichsten Herrscher werden wir uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, den Fürst Bismarck am 6. Februar ebenfalls ausgesprochen hat: den gegenwärtigen Zustand mit der Wucht seiner Kriegslasten als einen dauernden anzusehen und auf einen Krieg gefaßt zu sein, wie wir es wenig unterbrochen in dem vierzigjährigen Zeitraum, den der Reichskanzler uns am 6. Februar vorgeführt hat, gewesen sind, ohne die Nervosität unserer öffentlichen Meinung, unserer Börse und unserer Presse von heute.

Digitized by Google

Die Hysterie. Ihr Wesen und ihre Behandlung. Populäre Darstellung von Dr. J. Ruhemann. 2. Auflage . . . . . Preis Mk. 1,50

Die Darstellung dieser schwierigsten und räthselhaftesten aller Krankheiten ist ausgezeichnet, die Rathschläge zu ihrer Behandlung sind gut und werden zur Erleichterung des Loses der unglücklichen Hysteriker männlichen und weiblichen Geschlechtes das Ihrige beitragen. *Post.*

Es ist in der vorliegenden Schrift dem Verfasser gelungen, ein einheitliches Bild von der ausserordentlich complicirten, vielfach andere Krankheitsgebiete streifenden Affection zu entwerfen. *Bresl. Morgenzeitung.*

Anerkannt muss . . . werden, dass der Verfasser sich seiner Aufgabe mit vielem Geschick erledigt und in dem vorliegenden Büchlein Alles Wissenswerthe über Hysterie — ja wir glauben noch mehr als das Wissenswerthe — in gefälliger Form dem Laienpublikum mitgetheilt hat. *Bohemia.*

Nirgends prätendirt das Büchlein, einen Ersatz für den Arzt zu gewähren; es beabsichtigt allein, dem Kranken und seiner Umgebung eine bessere Einsicht, ein grösseres Verständniss für das in mancher Beziehung so räthselhafte Leiden zu verschaffen. *Berl. Fremdenblatt.*

❦❦❦

Die Bedeutung von Krankheiten für die Ehe. Mit besonderer Berücksichtigung der Erblichkeit. Von Dr. P. Berger. 3. Tausend. Preis Mk. 2,00

Der Verfasser berührt mit der vorliegenden Schrift mit Recht einen der wundesten Punkte unseres gesellschaftlichen Körpers und zwar in einer für das grosse Publikum berechneten, gemeinverständlichen Form. *Bresl. Morgen-Zeit.*

Berger's Schrift ist eine für jeden gebildeten lesenswerthe Belehrung über die so wichtige sociale Frage des Eheverbotes bei erblichen Krankheiten und wird gewiss keinen Schaden stiften, was man bekanntlich nicht von allen populären Schriften behaupten kann. *Bohemia.*

Der Verfasser, dessen vortreffliches Werk über „Nervenschwäche" wir seiner Zeit gebührend gewürdigt haben, sucht im vorliegenden Werke eine Hygiene der Ehe dadurch zu begründen, dass er die gesundheitsschädlichen Einflüsse, unter denen sie zu leiden hat, in systematischer Weise erörtert. Insbesondere hebt er das Wesen der Vererbung in ihrer Bedeutung für die Ehe hervor. In dezender Weise ist Alles Anstössige und das Gefühl Verletzende bei Besprechung der hauptsächlich in Betracht kommenden Krankheiten vermieden, so dass es allen als Rathgeber empfohlen werden kann. *Post.*

Ein sehr wichtiges, bisher aber vernachlässigtes Gebiet behandelt Dr. P. Berger „Die Bedeutung von Krankheiten für die Ehe." Nach einer anschaulichen Darlegung über die Vererbung körperlicher und geistiger Eigenschaften im Allgemeinen untersucht Dr. Berger, welche Krankheiten an sich durchaus das Eingehen einer Ehe verbieten, bei welchen anderen es nicht gerade verboten, aber doch nicht rathsam ist sich zu verheirathen und schliesslich unter welchen Umständen man das Eingehen einer Ehe einige Zeit hinausschieben soll. Eine Tabelle erleichtert die Uebersicht. *Voss. Zeitung.*

❦❦❦

Digitized by Google

Das beste Buch über das Schachspiel

ist der

Neueste Leitfaden

des

Schachspiels.

Mit 120 verschiedenen Diagrammen

und

42 erläuterten Muster-Partien folgender Schachmeister und Schach-Clubs:

A. Anderssen, Alexander, Barnes, Bird, de la Bourdonnais, Cochrane, Crefelder Club, Deacon, S. Dubois, Düsseldorfer Club, F. Geiger, D. Harrwitz, P. Hirschfeld, Horwitz, Kieseritzky, J. Kolisch, L. Krause, J. Löwenthal, S. Loyd, Mac Donnell, C. Mayer, J. Minckwitz, P. Morphy, G. R. Neumann, L. Paulsen, J. Rosanes, S. Rosenthal, v. Schenck, E. Schmidt, G. Schnitzler, Schoumoff, W. Steinitz, H. Staunton etc. etc.

von

J. H. Zukertort, Redacteur der neuen Berliner Schachzeitung.

und

J. Dufresne, fr. Redacteur der Berliner Schachzeitung.

Vierte Auflage.

Preis 2 Mark.

Sammlung medizinischer Wegweiser

jeder Band 1 Mark.

Diät und Wegweiser für Magenkranke

von

Dr. Boas,

Specialarzt für Magenkrankheiten in Berlin.

Mit Holzschnitten.

Das *Köln. T.* schreibt u. A.: Das Büchelchen bezweckt insbesondere, „den Magenkranken eine leicht fassliche und übersichtliche, dabei kurze Anleitung für ihr Verhalten, besonders mit Rücksicht auf Ernährung, Diät, Badekuren u. a. zu sein. Die Schrift verdient um so mehr die Beachtung aller Magenleidenden, als sie in gemeinverständlicher Weise den Laien Aufschluss und Belehrung über all' jene vielen Details in der Lebensweise bietet, welche nicht stricte zu den Verordnungen des Arztes gehören und doch für den Kranken so ausserordentlich wichtig sind.

Diät und Wegweiser für Zuckerkranke

mit besonderer Berücksichtigung des Saccharin

von

Dr. W. Schröder,

pract. Arzt in Berlin.

Die *Südd. Presse* sagt über das Büchelchen u. A.: — mit kurzer knapper Darstellungsform wird eine erschöpfende Analyse derjenigen diätetischen Massnahmen verbunden, welche als heilbringend von der Wissenschaft anerkannt sind.

Diät und Wegweiser für Blutarme

von

Dr. Paul Berger,

pract. Arzt in Berlin.

Die *St. Petersburger Zeitung* schreibt: Wir können dem Bändchen dieselben Eigenschaften nachrühmen, welche die bisher in der Sammlung erschienenen Broschüren auszeichnet. Bei der erschreckenden Zunahme von Bleichsucht können wir dem Buche eine grosse Verbreitung vorhersagen.

Die Sammlung bringt demnächst die nachfolgenden Hefte:

Diät und Wegweiser für Fettleibige.
" " " Darmleidende.
" " " Leberkranke.
" " " Lungenkranke.
" " " Herzkranke.
" " " Nervenkranke.

Digitized by Google

Druck von A. Winser, Berlin SW., Friedrichstr. 214.

Digitized by Google

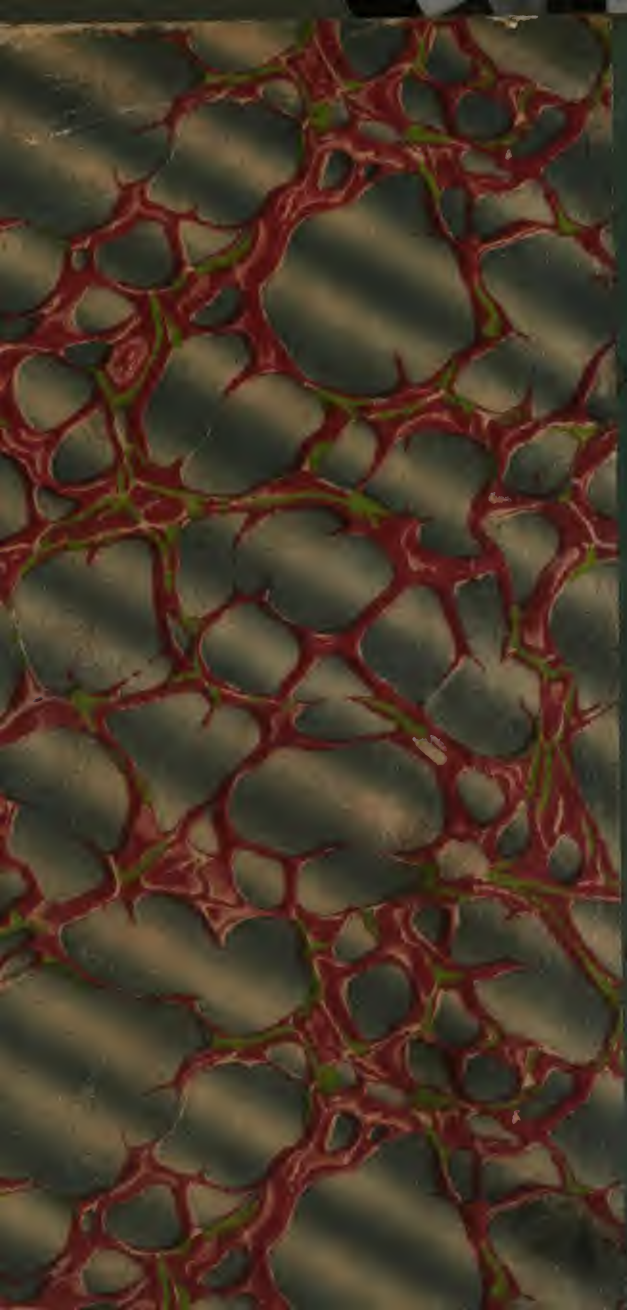
Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google


digitized by Google